

## 45. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 21. November 2001

---

### Inhalt

	Seite		Seite
<b>Mitteilungen des Präsidenten</b> .....	2926	Frage 928 (Überführung des WGT-Sondervermögens in das Allgemeine Grundvermögen und Zukunft der BBG) Ministerin der Finanzen Ziegler .....	2933
<b>1. Fragestunde</b>		Frage 929 (LKW-Maut) Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer .....	2934
Drucksache 3/3513 einschließlich Korrekturblatt .....	2926	Frage 930 (Planfeststellungsverfahren für das Projekt 17 im Bereich der Südtrasse [Teltowkanal]) Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer .....	2934
Frage 921 (Schule und Wirtschaft) Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche ...	2926	Frage 931 (ZiS 2000) Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer .....	2936
Frage 939 (Terrorismusbekämpfung) Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter .....	2927		
Frage 923 (Jugendarbeitslosigkeit) Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel .....	2928	<b>2. Aktuelle Stunde</b>	
Frage 924 (Situation der Landwirtschaft im Land Brandenburg) Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler .....	2929	<b>Thema:</b> <b>Zukunft des Landes Brandenburg unter sich verändernden finanzpolitischen Rahmenbedingungen</b>	
Frage 925 (Reform der Lehrerausbildung in Brandenburg) und Frage 926 (Lehrerausbildung im Land Brandenburg) Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche ...	2930	Antrag der Fraktion der CDU .....	2937
Frage 927 (Verbesserung der Fahrschulausbildung) Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer .....	2932	Lunacek (CDU) .....	2937
		Frau Osten (PDS) .....	2939
		Bischoff (SPD) .....	2940

	Seite		Seite
Frau Hesselbarth (DVU) .....	2943	Entschließungsantrag der Fraktion der PDS	
Ministerin der Finanzen Ziegler .....	2943		
Vietze (PDS) .....	2946		
Lunacek (CDU) .....	2947	Drucksache 3/3558 .....	2962
<b>3. Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Kirchensteuergesetzes</b>		Christoffers (PDS) .....	2962
Gesetzentwurf der Landesregierung		Müller (SPD) .....	2965
		Frau Fechner (DVU) .....	2966
Drucksache 3/3489		Dr. Ehler (CDU) .....	2967
<u>1. Lesung</u> .....	2949	Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß .....	2969
<b>4. Budgetfinanzierung der ZukunftsAgentur Bran- denburg (ZAB)</b>		<b>7. Rahmenbedingungen für Mittelstand und Handwerk im Land Brandenburg</b>	
Konzept der Landesregierung		Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU	
Drucksache 3/3490 .....	2949	Drucksache 3/3522 .....	2971
Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß .....	2949	Bartsch (CDU) .....	2971
Christoffers (PDS) .....	2950	Christoffers (PDS) .....	2972
Müller (SPD) .....	2950	Müller (SPD) .....	2973
Schuldt (DVU) .....	2951	Schuldt (DVU) .....	2975
Dr. Ehler (CDU) .....	2952	Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß .....	2975
<b>5. Nachhaltige Entwicklung in der Region Berlin- Brandenburg und Reform des Föderalismus</b>		<b>8. Flächendeckende Drogenschnelltests im Land Brandenburg</b>	
Große Anfrage 25 der Fraktion der PDS		Antrag der Fraktion der DVU	
Drucksache 3/2796		Drucksache 3/3517 .....	2976
Antwort der Landesregierung		Claus (DVU) .....	2976
Drucksache 3/3382 .....	2952	Homeyer (CDU) .....	2977
Vietze (PDS) .....	2952	Frau Kaiser-Nicht (PDS) .....	2978
Gemmel (SPD) .....	2954	<b>9. Bundesratsinitiative zur Änderung des Strafge- setzbuches in der Fassung der Bekanntma- chung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 322), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsaus- schüsse des Deutschen Bundestages (Untersu- chungsausschussgesetz) vom 19.06.2001 (BGBl. I S. 1142)</b>	
Claus (DVU) .....	2956	Antrag der Fraktion der DVU	
Ministerpräsident Dr. Stolpe .....	2957	Drucksache 3/3518 (Neudruck) .....	2978
Dombrowski (CDU) .....	2959	Schuldt (DVU) .....	2978
Frau Tack (PDS) .....	2961	Homeyer (CDU) .....	2979
<b>6. Beschäftigungswirksamkeit von Wirtschafts- und Arbeitsförderung</b>		Vietze (PDS) .....	2980
Große Anfrage 27 der Fraktion der PDS			
Drucksache 3/2959			
Antwort der Landesregierung			
Drucksache 3/3443			

	Seite		Seite
<b>10. Bundesratsinitiative zur Ablehnung des Entwurfs des Zuwanderungsgesetzes der Bundesregierung und zur grundlegenden Reform des bestehenden Flüchtlings- und Ausländerrechts anstelle des beabsichtigten Zuwanderungsgesetzes</b>		<b>Anlagen</b>	
Antrag der Fraktion der DVU		Gefasste Beschlüsse .....	2983
Drucksache 3/3519 (2. Neudruck) .....	2980	Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 21. November 2001 .....	2984
Frau Hesselbarth (DVU) .....	2980	Korrektur des Protokolls der 43. Plenarsitzung des Landtages Brandenburg am 24. Oktober 2001 .....	2986
Homeyer (CDU) .....	2982		
Frau Wolff (PDS) .....	2982	Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

**Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr****Präsident Dr. Knoblich:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 45. Sitzung des Landtages Brandenburg in seiner 3. Wahlperiode. Ich begrüße Sie damit zum vorletzten Zyklus von Landtagssitzungen im Jahr 2001.

Mein Gruß gilt gleichermaßen den Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten wie den Regierungsmitgliedern, aber auch der Presse. Ein herzliches Willkommen auch unseren Gästen aus dem Lindenhof-Gymnasium, die heute bei uns sind!

(Allgemeiner Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich einige Bemerkungen machen.

Die Ergänzungsvorlage zum Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplanes 2002/2003, Drucksache 3/3488, ist durch den Einreicher nach Bekanntwerden der Steuermindereinnahmen zurückgezogen worden.

Mit der Einladung ist Ihnen ein Entwurf der Tagesordnung zugegangen. Er muss jedoch modifiziert werden.

Ich teile Ihnen mit, dass Tagesordnungspunkt 10 entfällt, da der Antrag „Bundesratsinitiative zur steuerlichen Entlastung von Alleinerziehenden“, Drucksache 3/3520, durch den Antragsteller zurückgezogen wurde.

Die Fraktionen, vertreten durch die Parlamentarischen Geschäftsführer, schlagen vor, den Antrag „Rahmenbedingungen für Mittelstand und Handwerk im Land Brandenburg“, Drucksache 3/3522, unter Tagesordnungspunkt 7 mit Redezeiten von jeweils fünf Minuten je Fraktion zu beraten.

Gibt es von Ihrer Seite über diese Änderungen hinaus weitere Anmerkungen zur Tagesordnung? - Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich um Ihr zustimmendes Handzeichen, damit wir nach der so geänderten Tagesordnung verfahren können. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann verfahren wir so.

Mir liegt wieder eine ganze Reihe von Abwesenheitserklärungen vor, die vorhin noch durch mündliche Mitteilungen über Erkrankungen erweitert wurde. Ich erspare es mir, die Abwesenheitserklärungen im Einzelnen vorzutragen, weil meine Auflistung möglicherweise nicht aktuell ist.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 1:**

**Fragestunde**

Drucksache 3/3513  
einschließlich Korrekturblatt

Frau Abgeordnete Siebke hat mich wissen lassen, dass sie die **Frage 921** (Schule und Wirtschaft) durch Herrn Abgeordneten Schippel stellen lassen möchte. Bitte sehr, Herr Schippel.

**Schippel (SPD):**

Die rasanten Veränderungen in der Wirtschaft und der Arbeits-

welt erfordern zusätzliche Anstrengungen, um die Voraussetzungen für die ökonomische Bildung unserer Schülerinnen und Schüler spürbar zu verbessern. Insbesondere geht es dabei um die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, die weiterentwickelt ist, und um neue Rahmenlehrpläne. Nun ist es offenbar gelungen, die Vereinbarung „Netzwerk Zukunft - Schule und Wirtschaft für Brandenburg“ zu unterzeichnen.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Aufgaben hat das „Netzwerk Zukunft - Schule und Wirtschaft für Brandenburg“?

**Präsident Dr. Knoblich:**

Herr Minister Reiche, Sie haben das Wort.

**Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Schippel, Schule und Wirtschaft sind aufeinander angewiesen. Beide tragen ganz wesentlich zur Zukunftsfähigkeit der Menschen in unserem Land, aber auch zur Zukunftsfähigkeit des Landes bei. Sie müssen auf engste Weise miteinander kooperieren. Deshalb habe ich mich von Amtsbeginn an darum bemüht, dass Schule und Wirtschaft in Brandenburg enger und besser aufeinander abgestimmt zusammenarbeiten.

Ich habe mich darüber gefreut, dass die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen solche Begegnungsveranstaltungen intensiv durchgeführt haben, um Schule und Wirtschaft auch vor Ort in einen engeren Kontakt zu bringen.

Wir können es als einen Erfolg dieser gemeinsamen Bemühungen ansehen, dass vor wenigen Tagen die Vereinbarung „Netzwerk Zukunft - Schule und Wirtschaft für Brandenburg“ unterzeichnet werden konnte. Zu denjenigen, die an der Erarbeitung der Vereinbarung mitgewirkt und diese nunmehr auch unterzeichnet haben, gehören die drei Industrie- und Handelskammern, die drei Handwerkskammern, die Sozialpartner, also der DGB und als Vertreter der Unternehmen die Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg e. V., die Hochschulrektorenkonferenz sowie das Landesarbeitsamt.

Ihr Ziel und ihre gemeinsame Aufgabe ist es, dass gute Beispiele für eine Zusammenarbeit von Unternehmen und Schulen vor Ort, die es in Brandenburg zuhauf gibt, öffentlich bekannt gemacht werden, damit andere sich daran orientieren können.

In Fortführung des Faches Arbeitslehre aus den Jahrgangsstufen 7 und 8 entwickeln wir für die Jahrgangsstufen 9 und 10 ein neues Fach, das „Wirtschaft, Arbeit und Technik“ heißen soll.

Die Schülerbetriebspraktika werden wir erheblich verbessern. Dies läuft bereits gut, soll aber ausgebaut werden.

Wir wollen dazu beitragen, dass sich die Schülerinnen und Schüler nach ihrer Berufsausbildung auch ein Leben als Selbstständige vorstellen können. Die Bereitschaft dazu hat sich im Vergleich zu unserer Generation verzehnfacht. Waren es früher nur 3 %, die sich gewünscht haben, in der Wirtschaft selbst-

ständig tätig zu werden, so sind es heute 30 bis 40 % der jungen Generation, die das wollen.

Wir wollen Lernorte zusätzlich zur Schule erschließen.

Mit einer Vielzahl von Wettbewerben haben wir dazu beigetragen, dass die Schulen in den verschiedensten Bereichen miteinander in Konkurrenz treten, um zu zeigen, was sie erreicht haben bzw. wie sie Wirtschaftsabläufe schon im täglichen Leben an ihren Schulen praktizieren. Dies geschieht durch Schüleraktiengemeinschaften und Schülerbetriebe, die zum Beispiel die gesamte Pausenversorgung, aber auch das Veranstaltungsmanagement an den Schulen übernehmen.

Es ist gelungen, mit diesem Netzwerk eine Basis zu schaffen. Die Geschäftsstelle hier in Potsdam stößt die regionale Arbeit an und begleitet sie auch. Insofern tragen wir dazu bei, dass sich die gute Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft in der Zukunft stetig weiterentwickelt.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Ich bedanke mich. - Wir sind bei der **Frage 939** (Terrorismusbekämpfung), Diese Frage wird heute anstelle von Frage 922 gestellt, weil Minister Schelter morgen nicht zur Verfügung steht. Deshalb hat Frau Richstein Gelegenheit, diese Frage jetzt anstelle der Frage 922 zu formulieren.

**Frau Richstein (CDU):**

Aus aktuellem Anlass fand am 9. November 2001 in Berlin eine Sonderkonferenz der Justizminister und -senatoren der Länder statt, die sich ausschließlich mit dem Themenkomplex „Terrorismusbekämpfung in Deutschland“ befasste.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten, insbesondere für Brandenburg relevanten Ergebnisse wurden auf dieser Konferenz erzielt?

**Präsident Dr. Knoblich:**

Herr Minister Schelter, Sie haben das Wort.

**Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten  
Prof. Dr. Schelter:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Richstein, nach den Anschlägen vom 11. September dieses Jahres müssen wir eine globale Bedrohung durch den Terrorismus bestehen. Im Kampf gegen diesen Terrorismus müssen alle Möglichkeiten einer verbesserten europäischen und internationalen Zusammenarbeit ausgeschöpft werden. Auf der europäischen Ebene wie bundesweit hat sich durch die Vielzahl der Vorschläge zu geeigneten Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung ein erheblicher Handlungsbedarf ergeben.

Die Justizministerinnen und Justizminister haben deshalb auf meine Anregung hin auf einer Sonderkonferenz am 9. November 2001 vor allem Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus sowie die damit zusammenhängenden Probleme intensiv erörtert. Dazu gehören der Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung

der belgischen Ratspräsidentschaft vom 17. Oktober dieses Jahres, die Vorschläge der Rahmenbeschlüsse des Rates zur Terrorismusbekämpfung, Probleme im Zusammenhang mit dem europäischen Haftbefehl und der Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum Terrorismusbekämpfungsgesetz.

Wir haben das im Zusammenhang mit den Milzbrand-Fällen in den USA auftretende Phänomen der Trittbrettfahrer in Deutschland intensiv diskutiert und waren uns darüber einig, dass solche Taten rasch und konsequent verfolgt werden müssen.

Zum Problembereich einer Kronzeugenregelung im Strafrecht hat die Konferenz die Bundesjustizministerin aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass eine praktikable Ersatzregelung für die Ende 1999 außer Kraft getretene Bestimmung geschaffen wird.

Die Ministerkonferenz hat sich dafür ausgesprochen, dass § 12 Fernmeldeanlagen-gesetz, der die Abfrage von Verbindungsdaten eines Fernmeldeteilnehmers bei den jeweiligen Telekommunikationsunternehmen ermöglicht, Ende des Jahres nicht ersatzlos gestrichen wird. Diese Forderung ist mit dem Appell an den Bundestag verbunden worden, eine Nachfolgeregelung zu schaffen, die die bestehenden Ermittlungsmöglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden nicht einschränkt. Ferner soll die Möglichkeit der Erkennung des Standorts von Mobiltelefonen verbessert sowie die Verpflichtung von Unternehmen zur Aufzeichnung von Verbindungs- und Standortdaten geschaffen werden.

Die heute beginnende Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister wird sich erneut mit den Themen befassen, die zum Bereich der Terrorismusbekämpfung gehören. In diesem Zusammenhang werde ich, Frau Abgeordnete Richstein, unser Vorhaben erläutern, in Eberswalde eine kleine Einheit der Staatsanwaltschaft einzurichten, die sich vor allem mit der Nahtstelle zwischen Terrorismusbekämpfung und der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, nämlich der Geldwäsche, befassen soll. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Ich danke auch. - Das Wort geht an die Abgeordnete Frau Dr. Schröder, die Gelegenheit hat, die **Frage 923** (Jugendarbeitslosigkeit) zu stellen.

**Frau Dr. Schröder (PDS):**

Zurzeit sind 26 400 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet. Mit 12 % Anteil an allen registrierten Erwerbslosen nimmt Brandenburg im ostdeutschen Ländervergleich den letzten Platz ein. Vor diesem Hintergrund stimmt die Entwicklung in der Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit im Land Brandenburg mehr als bedenklich. Im Oktober 2001 stieg die Zahl der unter 25-jährigen Arbeitslosen gegenüber Oktober 2000 um 16,1 %. In Thüringen stieg sie dagegen im gleichen Zeitraum nur um 1,0 %, in Sachsen um 0,1 %. Es gibt sogar Rückgänge zu verzeichnen, zum Beispiel in Sachsen-Anhalt um 9,4 % und in Mecklenburg-Vorpommern um 11,8 %. Brandenburg hebt sich somit im ostdeutschen Ländervergleich deutlich negativ ab.

Ich frage die Landesregierung: Wie wird diese abweichende

Entwicklung von ihr bewertet? Sieht sie hier aktuellen Handlungsbedarf?

**Präsident Dr. Knoblich:**

Frau Abgeordnete, ich möchte Sie bitten, darauf zu achten, die Fragen monostrukturiert zu stellen. Ich meine, das waren zwei deutlich voneinander unterscheidbare Fragen. - Herr Minister Ziel, Sie haben das Wort.

(Frau Osten [PDS]: Wir haben Sie nicht verstanden, Herr Präsident!)

**Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Dr. Schröder, natürlich sehen wir Handlungsbedarf, diesen Trend in den Griff zu bekommen. Wir sehen mit Sorge, dass die Zahl jugendlicher Arbeitsloser gestiegen ist. Allerdings will ich das nicht allein an der Statistik festmachen. Doch wenn wir schon bei Zahlen sind, dann muss ich auch erwähnen, dass wir im Oktober 2001 mit einer Quote von 15,1 % bei arbeitslosen Jugendlichen bis 25 Jahre knapp hinter Sachsen-Anhalt liegen, das eine Quote von 15,2 % aufweist. In absoluten Zahlen ausgedrückt gibt es in beiden Ländern mehr als 26 000 jugendliche Arbeitslose. Sachsen liegt mit 42 000 jugendlichen Arbeitslosen bei knapp 14 %, Mecklenburg-Vorpommern mit annähernd 18 000 jugendlichen Arbeitslosen bei 13,4 % und Thüringen mit 21 000 jugendlichen Arbeitslosen bei 12,4 %. Insgesamt ist die Quote in den neuen Bundesländern mit 14,5 % - das sind 151 000 jugendliche Arbeitslose - immer noch mehr als doppelt so hoch wie in den alten Ländern mit 7 % und knapp 280 000 jugendlichen Arbeitslosen.

Jetzt müssten wir endlos hinterfragen, woran das liegt. Hat Brandenburg mehr Schulabgänger als andere Länder? In welchen Bereichen sind die Jugendlichen untergekommen? Sind sie zur richtigen Zeit in richtiger Weise für den richtigen Job qualifiziert? Fahren möglicherweise mehr Mecklenburger nach Lübeck und Hamburg zur Arbeit und mehr Sachsen-Anhalter in den Westen? Geben andere Länder mehr Geld dafür aus? Hat das nachhaltige Effekte?

(Frau Osten [PDS]: Geben Sie uns die Antworten! Wir stellen die Fragen!)

Ich bin nicht sicher, ob uns die Antworten großartig weiterbrächten; denn eine wesentliche Ursache für den negativen Trend kennen wir alle: Es ist die im ostdeutschen Vergleich unterdurchschnittliche Quote der Übernahme der Ausgebildeten in eine feste Anstellung.

Im Vergleich der letzten fünf Jahre - mit Ausnahme des Jahres 1999 - sind in Brandenburg erheblich weniger Ausgebildete von ihrem Ausbildungsbetrieb übernommen worden. Während zum Beispiel im Vorjahr im Durchschnitt aller neuen Länder 46 % der Ausgebildeten übernommen worden sind, waren es in Brandenburg nur 39 %. Im Jahre 1999 waren wir schon einmal bei 50 %. Allerdings lässt sich daraus nicht ableiten, dass Brandenburger Betriebe generell übernahmewillig sind. Nach uns vorliegenden Daten ist die Zahl der jüngeren sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit mehreren Jahren weitgehend

stabil und liegt nicht wesentlich unter den westdeutschen Vergleichswerten.

Dennoch müssen wir sagen, was ich zu verschiedenen Anlässen geradezu gebetsmühlenartig wiederhole: Betriebe und Unternehmen müssen ihrer Verantwortung für Ausbildung und Arbeit umfangreicher nachkommen. Das geschieht immer noch nicht in ausreichendem Maße. Betriebe und Unternehmen müssen ihren betrieblichen Nachwuchs selbst ausbilden. Sie müssen die ausgebildeten Arbeitskräfte festhalten; denn es werden Zeiten kommen, in denen diese jungen Menschen im eigenen Land dringend gebraucht werden. - Meine Redezeit ist leider um. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Frau Dr. Schröder, bitte.

**Frau Dr. Schröder (PDS):**

Herr Minister Ziel, Sie kritisieren Statistik und bringen noch viel mehr Statistik ins Spiel. Sie beantworten aber nicht die entscheidende Frage, wie es in Brandenburg bei der Jugendarbeitslosigkeit zu einem Anstieg von 16 % gekommen ist. Diese Antwort sind Sie uns schuldig geblieben. Deswegen frage ich nach. Wie erklären Sie sich zum Beispiel beim Arbeitsamt Neuruppin einen Anstieg von 22 % und einen Rückgang bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 50 %?

Meine Frage lautet also: Ist dieser Anstieg in der Jugendarbeitslosigkeit auch oder besonders mit dem Wegfall von öffentlich geförderter Beschäftigung für Jugendliche zu erklären?

**Minister Ziel:**

Ich habe Ihnen schon gesagt, Frau Kollegin Schröder, dass Sie Ihre Fragestellung - jeder hat sie auf dem Tisch und kann das nachlesen - mit einer absoluten Zahl, bezogen auf das Land Brandenburg, eingeleitet haben und dann einzig und allein mit relativen Zahlen fortgefahren sind. Ich kann das nicht kritisieren; ich gebe es nur zur Kenntnis. Wenn man aber hier an diesem Pult steht, dann muss man natürlich auch die absoluten Zahlen für die anderen Bundesländer nennen. Dann wird nämlich deutlich, dass wir in den neuen Bundesländern allesamt nicht so weit voneinander entfernt sind und dass sich ein Unterschied vor allem zu den alten Bundesländern ergibt, die wesentlich besser dastehen. Nicht mehr und nicht weniger habe ich vorgetragen. Ich bitte Sie darum, zur Kenntnis zu nehmen, dass es zur Sorgfalt gehört, wenn man über Statistik redet, nicht bloß eine absolute Zahl in den Raum zu stellen, dann mit relativen Zahlen fortzufahren und schließlich mithilfe dieser relativen Zahlen deutlich zu machen, dass in Brandenburg alles am schlechtesten sei. Das ist einfach nicht richtig. Daher habe ich mich bemüht, das etwas genauer darzustellen.

Ich gebe Ihnen aber auch die Antwort auf Ihre zweite Frage. Natürlich kann man das nicht genau an der Skala ablesen. Deutlich wird aber, dass es sich hier gleichsam um ein System kommunizierender Röhren handelt: Wenn wir die Arbeitsmarktförderung zurückfahren, macht sich dies sofort in der Statistik bemerkbar.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Frau Abgeordnete Kaiser-Nicht, bitte.

**Frau Kaiser-Nicht (PDS):\***

Herr Minister, ganze 6 184 jüngere Arbeitslose unter 25 Jahren kommen aus dem Arbeitsamtsbezirk Frankfurt (Oder). Gleichzeitig sind in diesem Arbeitsamtsbezirk ...

**Präsident Dr. Knoblich:**

Bitte die Frage, Frau Abgeordnete.

**Frau Kaiser-Nicht (PDS):**

Ich muss ja nachfragen; es geht um Jugendarbeitslosigkeit.

(Lachen bei der SPD)

Im selben Arbeitsamtsbezirk sind 800 Mobilitätshilfen zu jeweils 5 000 DM vergeben worden.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Frau Abgeordnete, wenn Sie nicht eine Frage stellen, müssen Sie Ihre Ausführungen beenden.

**Frau Kaiser-Nicht (PDS):**

Damit liegt dieser Arbeitsamtsbezirk doppelt so hoch wie alle anderen Arbeitsamtsbezirke.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Bitte stellen Sie die Frage.

**Frau Kaiser-Nicht (PDS):**

Sie versprochen besondere Bemühungen bei ...

(Zurufe von SPD und CDU: Fragen!)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Frau Abgeordnete, ich entziehe Ihnen das Wort, weil Sie nicht zur Frage gekommen sind. Ein Kommentar ist in der Fragestunde nicht zulässig.

(Frau Stobrawa [PDS]: Das ist aber nicht fair! - Weitere Zurufe von der PDS)

- Ich habe die Abgeordnete dreimal ermahnt. Sie kennen die Geschäftsordnung. In ihr ist das Verfahren geregelt.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS] - Gegenruf von der SPD: Herr Vietze, ein bisschen Disziplin!)

- Meine Herrschaften, sehen Sie sich doch einmal die Geschäftsordnung an! In der schriftlich gestellten Frage ist der Gegenstand beschrieben. Insofern ist eine Kommentierung bei Nachfragen völlig ausgeschlossen. Daher habe ich dreimal darum

gebeten, eine Frage zu stellen. Dies hat die Abgeordnete offensichtlich nicht nötig gehabt.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir kommen zur **Frage 924** (Situation der Landwirtschaft im Land Brandenburg), die vom Abgeordneten Claus gestellt wird.

**Claus (DVU):**

Laut Pressemeldungen erklärte der für Entwicklung zuständige Referatsleiter im Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung bei einem Vortrag beim „Berliner Agrarökonomischen Forum“, dass sich die Lage der Landwirte in Brandenburg zunehmend verschlechtere. Grund dafür sei unter anderem der zunehmende Globalisierungsdruck. Deshalb koste der Transport einer Tonne Getreide von Boston nach Hamburg mittlerweile nicht mehr als der von Cottbus nach Eberswalde.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Maßnahmen will sie ergreifen, um den aufgrund der Globalisierung auf den landwirtschaftlichen Betrieben in Brandenburg lastenden Preisdruck abzumildern?

**Präsident Dr. Knoblich:**

Herr Minister Birthler, Sie haben das Wort.

**Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich ist der Transport einer Tonne Getreide von Boston nach Hamburg teurer als der von Cottbus nach Eberswalde. Aber unter Berücksichtigung der Gestehungskosten sind das US-amerikanische und das kanadische Getreide auf dem europäischen Markt konkurrenzfähig. Während gut geführte Betriebe in Nordamerika die Dezitonne Getreide zu Vollkosten von 18 DM erzeugen können, müssen brandenburgische Marktfruchtbetriebe dafür 21 bis 28 DM aufwenden.

Herr Claus, ich gehe aber davon aus, dass sich Ihre Fragestellung nicht nur auf den Getreidesektor bezieht. Was die generelle Frage der Globalisierung der Agrarwirtschaft und der Liberalisierung der Agrarmärkte anbelangt, so ist die Position der Landesregierung unverändert die, dass sie sich diesem Prozess nicht entgegenstellt, die Rahmenbedingungen dafür jedoch mitgestalten will und den Landwirten bei den erforderlichen Anpassungsprozessen Unterstützung gewährt. Ich erinnere Sie daran, dass unter der Federführung Brandenburgs Eckpunkte für eine zukünftige Agrar- und Verbraucherpolitik erarbeitet und im Konsens mit Bund und Ländern beschlossen worden sind.

Globalisierung und Liberalisierung müssen berücksichtigen, dass eine multifunktionale Landwirtschaft in einer extrem dicht besiedelten Region wie Europa anderen Anforderungen ausgesetzt ist als eine vorrangig auf Gewinnmaximierung bei der Agrarproduktion orientierte Landwirtschaft. Eine auf Herstellung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Unterstützung unserer Landwirtschaft kann sich deshalb nicht nur auf das Ziel der Kostenführerschaft beschränken. Sie schließt ebenso die Erschließung von Chancen, die Qualitäts-

produkte auf dem Weltmarkt haben, wie die Erschließung von Potenzialen der regionalen Wertschöpfung durch die Etablierung regionaler Kreisläufe ein. Kostenführerschaft mit dem Blick auf den Weltmarkt und regionale Wertschöpfung stellen so gesehen keine sich gegenseitig ausschließenden Anpassungsstrategien dar, sondern sind zwei Seiten einer Medaille. - Vielen Dank.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Ich danke auch. - Wir kommen damit zu den **Fragen 925** (Reform der Lehrerausbildung in Brandenburg) und **926** (Lehrerausbildung im Land Brandenburg), die, wenn die Fragesteller dies zulassen, am besten in einem Zug beantwortet werden könnten. Vonseiten der Landesregierung gibt es diesbezüglich keine Einwände.

Für Frau Siebke gebe ich erneut Herrn Abgeordneten Schippel das Wort.

**Schippel (SPD):**

Im Zusammenhang mit einem Bericht der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ vom 7. November 2001 über die Reform der Lehramtsstudiengänge an Universitäten in Nordrhein-Westfalen betont das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, dass auch im Land Brandenburg die Lehrerausbildung auf jeden Fall reformiert werden müsse, um den Beruf wieder attraktiver zu machen. Eine gemeinsame Erneuerung könne aber erst zusammen mit dem Land Berlin in Angriff genommen werden. Seitens der Universität Potsdam und seitens der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wird hingegen dringender Handlungsbedarf angemahnt, um den Bedarf an jungen Lehrkräften zu sichern, insbesondere aber, um die Verzahnung von Theorie und Praxis der Ausbildung in Zusammenarbeit mit den Schulen - seinerzeit im so genannten Potsdamer Modell vorbildlich entwickelt - zu verbessern.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche konkreten konzeptionellen, zeitlichen und inhaltlichen Vorstellungen hat die Landesregierung für eine Reform der Lehrerausbildung im Land Brandenburg?

**Präsident Dr. Knoblich:**

Frau Große, sind Sie mit einer gemeinsamen Beantwortung einverstanden?

**Frau Große (PDS):**

Ja.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Sie haben dann Gelegenheit zur Formulierung Ihrer Frage.

**Frau Große (PDS):**

In den vergangenen Tagen wurde in der Tagespresse mehrfach die Notwendigkeit einer Reformierung der Lehrerausbildung thematisiert. Herr Minister Reiche hat daraufhin die Absicht der Landesregierung angekündigt, die Lehrerausbildung bis zum Jahr 2005 zu reformieren, um die Ausbildungszeiten zu verkürzen

und den Beruf attraktiver zu machen. Als einen der ersten Schritte hat er eine größere Praxisnähe der Ausbildung empfohlen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Vorstellungen hat sie über weitere Schritte und über den konkreten Zeitplan zur dringend notwendigen Reformierung der Lehrerausbildung?

**Präsident Dr. Knoblich:**

Herr Minister Reiche, Sie haben das Wort.

**Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schippel, Frau Große, Schule befindet sich deutschlandweit im Wandel. Lebenslanges Lernen, das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit den Lehrerinnen und Lehrern, aber auch die Organisation von Selbstbildungsprozessen der Schülerinnen und Schüler sowie eine Stärkung des frühkindlichen Lernens - wir sehen das bei der TIMS-, aber auch bei der PISA-Studie - führen dazu, dass wir die Qualität von Schule erhöhen müssen. Wer Schule reformieren will, der muss dabei auch die Lehrer mitnehmen. Deshalb brauchen wir eine Reform der Lehrerbildung.

Ganze Bibliotheken sind zu diesem Thema schon gefüllt worden. Mit dem Potsdamer Modell der Lehrerbildung haben wir in der Tat etwas, was sich deutschlandweit durchaus sehen lassen kann, was aber auch der Reform bedarf.

Ich habe deshalb vor wenigen Tagen an alle Studenten im Lehramt an der Universität Potsdam mit der Bitte geschrieben, sich schon während ihrer Ausbildung eine Partnerschule zu suchen, an der sie regelmäßig hospitieren, an der sie regelmäßig Erfahrungen sammeln, von der aus sie dann ihr Studium steuern, damit sie sich nicht für eine unbekannte Zukunft ausbilden lassen, sondern ihr Studium an der täglichen Erfahrung der Praxis von Schule orientieren. Wir müssen auch das Referendariat verbessern. Das heißt, Praxisphasen in den Schulverwaltungsämtern bzw. bis hin zum Ministerium, um auch die andere Seite von Schulentwicklung, nämlich die Schulpolitik, zu erleben und zu verstehen, sind dringend notwendig.

Es gibt schon jetzt einen bundesweiten Lehrermangel, insbesondere in den berufsbildenden Fächern. Wenn man sich die Zahl der Schülerinnen und der Schüler ansieht, die sich heute für ein Lehrerstudium entscheiden,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

dann erkennt man, dass wir in den nächsten Jahren noch viel größere Probleme haben werden. Wenn ich heute die Abiturzeugnisse den Abgängern eines Gymnasiums überreiche und frage, wer Lehrer werden will, dann sind das in der Regel ein oder zwei Schüler von 80, manchmal 100. Wir brauchen aber 10 % und mehr Abgänger eines Schülerjahrgangs, die bereit sind, ihr Studium mit dem Ziel, Lehrer zu werden, aufzunehmen. Sonst können wir in den Jahren 2008/2009 folgende die Ausbildung der künftigen Generation nicht mehr sicherstellen, also auch nicht die Ausbildung der Kinder unserer heutigen Schülerinnen und Schüler.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Osten [PDS])

Deshalb müssen wir die Attraktivität des Studiums erhöhen; denn die, die heute beginnen, werden nach fünf Jahren Studium an der Universität bzw. Hochschule und zwei Jahren Ausbildung im Referendariat erst im Jahr 2009 fertig sein.

(Frau Osten [PDS]: Was ist nun mit Reform?)

Deshalb sind wir dabei, mehrere Reformschritte durchzuführen, die Bachelor- und Masterausbildung, die Modularisierung bzw. das Credit-Points-System auch für die Lehrerausbildung in Brandenburg einzuführen. Wir denken darüber nach, wie Praxisanteile über Praxissemester in verstärktem Umfang in die Ausbildung integriert werden können, dass wir die Ausbilder im Vorbereitungsdienst schon in das Studium einbeziehen und dass wir andere Anregungen, die im Moment in der deutschlandweiten Diskussion gegeben werden, auch für die Reform der Lehrerausbildung an der Universität Potsdam einbeziehen.

Deshalb habe ich die Kolleginnen und Kollegen, die sich um diese Fragen bemühen, gebeten, eine gemeinsame Arbeitsgruppe aller beteiligten Institutionen zu bilden. Das sind das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, das MWFK, das ist die Universität Potsdam, das sind die Vertreter der Studienseminare und des Pädagogischen Landesinstitutes, das sind aber auch die Vertreter der Schulämter und der Schulen. Noch in dieser Woche, am 23. November, werden wir eine erste Sitzung durchführen und überlegen, wie wir gemeinsam mit Berlin die Reform der Lehrerausbildung anpacken wollen.

All diejenigen, die fragen, ob es sich beim Lehrer nicht um eine Naturbegabung handelt, haben Recht. Aber auch Naturbegabungen müssen ausgebildet, müssen gefördert, müssen entwickelt werden. Deshalb werden wir uns um die Entwicklung des Lehrerstudiums in den nächsten Jahren intensiv bemühen und das Potsdamer Modell der Lehrerbildung weiterentwickeln. - Vielen Dank.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Ich danke auch. - Wir fangen mit der Fragestellerin an. Frau Große, bitte.

**Frau Große (PDS):**

Herr Minister, inwieweit werden die Studenten selbst in diese Reformierung der Lehrerausbildung einbezogen und inwieweit werden die bisher mit Studenten arbeitenden Lehrer dahin gehend einbezogen?

**Minister Reiche:**

Die mit Studenten arbeitenden Lehrer sind insofern einbezogen, als wir, wie ich Ihnen sagte, die Vertreter der Studienseminare einbeziehen. Die Studenten der Universität müssen natürlich über die Universität einbezogen werden; denn sie sind schließlich das Gegenüber, das Subjekt und das Objekt dieser Reform. Insofern müssen, wenn diese Reform gelingen soll, beide dringend einbezogen werden.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Frau Hartfelder, bitte.

**Frau Hartfelder (CDU):**

Herr Minister, Sie sprachen zu Recht von der Verkürzung der Studienzeit als wesentlichen Attraktivitätsmacher. Wie schätzen Sie die Möglichkeit ein, studienbegleitende Berufspraktika, also Schulpraktika, auszuweiten und diese aber auch in die Referendariatszeit einzuordnen?

**Minister Reiche:**

Ihre Frage zielt darauf ab, ob man nicht eventuell sogar das Modell einer einphasigen Lehrerausbildung anwendet. So weit sollte man nicht gehen. Die Versuche, die es damit gegeben hat, sind leider gescheitert. Allerdings denke ich - deshalb habe ich an die Studenten geschrieben -, dass jeder Student im Lehramt dringend eine Partnerschule braucht, die er während der gesamten Ausbildung als seine Partnereinrichtung behält und in der er während seines Studiums permanent den Praxischeck hat.

Wir wollen über die an der Universität Potsdam im Potsdamer Modell der Lehrerbildung verbindlichen Praktika hinaus nach Bedarf zusätzliche Praktika organisieren. Wo das Interesse vorhanden ist, können wir das schon jetzt machen. Ob wir weitere Praxisteile verbindlich machen, das muss die Arbeitsgruppe vorschlagen.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Herr Dr. Trunschke, bitte.

**Dr. Trunschke (PDS):**

Herr Minister, als das Potsdamer Modell der Lehrerbildung konzipiert wurde, ging es schon viel weiter in die Richtung, die Sie jetzt skizziert haben. Warum durfte das eigentlich damals nicht gleich umgesetzt werden?

**Minister Reiche:**

Das hätte damals schon umgesetzt werden können; wir haben schon damals vom Ministerium aus nicht gebremst. Aber manche Reformschritte sind am Anfang nur angedacht und dann in der Praxis aus vielerlei Gründen nicht umgesetzt worden. Herr Edelstein hat das immer wieder zu Recht kritisiert. Da muss man in einem zweiten Reformschritt prüfen, warum diese ursprünglich intendierten Dinge bisher nicht umgesetzt worden sind.

Was ich Ihnen eben vorstellte, ist ein Projekt, das ganz neu entwickelt worden ist, nämlich eine Partnerschule für jeden Lehramtsstudenten zu suchen. Mir wäre es lieber, wenn man es verbindlich machte. Aber auch das muss die Arbeitsgruppe herausfinden: ob das geht, ob das Sinn macht oder ob es nur eine unnötige Belastung des Lehrerstudiums wäre.

(Dr. Trunschke [PDS]: Zu DDR-Zeiten hat es immer geklappt!)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Danke sehr. - Wir kommen zur **Frage 927** (Verbesserung der Fahrerschulung), gestellt vom Abgeordneten Senftleben.

**Senftleben (CDU):**

Auf der Hauptversammlung des ACE am 9. November dieses Jahres hat Verkehrsminister Bodewig vorgeschlagen, die Fahrschulbildung dahin gehend zu reformieren, dass den Inhabern einer Fahrerlaubnis auf Probe eine freiwillige zweite Ausbildungsphase angeboten werden soll. Als Anreiz für die Teilnahme an der zweiten Ausbildungsphase soll der Zeitraum, für den die Fahrerlaubnis nur auf Probe erteilt worden ist, verkürzt werden.

Ich frage daher die Landesregierung: Mit welchen konkreten Vorschlägen ist die Bundesregierung mit dem Ziel der Umsetzung einer veränderten Fahrschulbildung im Land Brandenburg und in Deutschland an die Landesregierung herangetreten?

**Präsident Dr. Knoblich:**

Herr Minister Meyer, Sie haben das Wort.

**Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Senftleben, Fahrschulbildung, Fahrschulprüfung - das heißt Regeln und Verkehrszeichen pauken, technische Abläufe, kupeln, Gas geben, bremsen, blinken usw. lernen und die Prüfung bestehen. Das war so und man glaubte dann stolz, dass man ein 100%ig richtig handelnder Verkehrsteilnehmer sein würde. Das ist aber häufig ein Irrtum.

Bei der zweiten Ausbildungsphase für Fahranfänger handelt es sich deshalb um eine Maßnahme, mit der eine verantwortungsbewusste Einstellung im Straßenverkehr erzielt und damit ein Beitrag zur Senkung der besonderen Unfallrisiken von Fahranfängern geleistet werden soll.

Konkretisiert wurden die erstmals bereits vor 15 Jahren angedachten Vorstellungen im Rahmen einer vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat und vom Gesamtverband der Versicherungswirtschaft im Jahr 1996 initiierten Projektgruppe, in der unser Haus von Anfang an vertreten war. Das von dieser Projektgruppe entwickelte Konzept bildet nunmehr die Grundlage für die von Minister Bodewig verkündete zweite Ausbildungsphase.

Seitens der Bundesregierung liegt unserem Haus hierzu der Entwurf einer Verordnung über die freiwillige Fortbildung von Inhabern der Fahrerlaubnis auf Probe von Anfang November vor. Die zweite Ausbildungsphase soll in Form von Ausbildungsseminaren für Inhaber einer Fahrerlaubnis auf Probe durchgeführt werden. Die Seminare werden aus einer Kombination aus Unterricht in Form von Gruppensitzungen durch speziell geschulte Fahrlehrer, einer Übungs- und Beobachtungsfahrt sowie praktischen Sicherheitsübungen bestehen, deren Schwerpunkte auf den besonderen Problembereichen von Fahranfängern liegen. Sie wissen, Herr Senftleben, dass gerade in Brandenburg der von Fahranfängern verursachte Anteil an Verkehrsunfällen besonders hoch ist. Berechtigt zur Teilnahme an diesem in der Modellphase freiwilligen Seminar sind Fahranfänger, die mindestens sechs Monate im Besitz einer Fahrerlaubnis der Klasse B, also der Fahrerlaubnis für PKW, sind.

Abschließend möchte ich darauf verweisen, dass die Einführung der zweiten Ausbildungsphase den Bundesländern freigestellt

ist und die Verordnung bis zum 31. Dezember 2008 befristet wird. Bis zu diesem Termin werden eine Untersuchung der Wirksamkeit der Maßnahme, die die Bundesanstalt für Straßenwesen durchführen soll, vorliegen und weitere sich aus der Wirksamkeitsuntersuchung ergebende Schritte festgelegt sein.

Ich möchte Ihnen jedoch versichern, dass sich das Land Brandenburg an dieser Maßnahme beteiligen wird. Wir wollen jede Möglichkeit nutzen, die zur Erhöhung der Verkehrssicherheit führen kann, vor allem für die am meisten gefährdete Gruppe, die der jungen Fahranfänger. - Schönen Dank.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Es gibt noch Klärungsbedarf. Herr Senftleben, bitte.

**Senftleben (CDU):**

Ich habe eine Nachfrage. In einem Verkehrssicherheitsbericht des Landes Brandenburg von 1998 nach einer solchen Verkehrskonferenz ist festgestellt worden, dass es notwendig wäre, eine Ausbildungsphase nicht als freiwillige, sondern als verbindliche Ausbildungsphase festzulegen.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Kommen Sie bitte zur Frage!

**Senftleben (CDU):**

Deshalb meine Nachfrage: Gibt es Vorstellungen dahin gehend, eine verbindliche zweite Ausbildungsphase einzuführen?

**Minister Meyer:**

Die gibt es derzeit nicht, weder im Land noch im Bund. Vieles wäre aus der Sicht der Verkehrssicherheit denkenswert und auch erstrebenswert. Die Beteiligten, sowohl die Versicherungsgesellschaften als auch der ADAC und die Verkehrsministerien, sind der Meinung, man sollte über diesen freiwilligen Einstieg doch erst einmal sehen, deswegen diese Pilotphase bis 2008, wie das wirkt. Wenn man zu einer angestrebten positiven Wirkung kommt, dann kann der zweite Schritt sicher möglich sein. Sie wissen, dass wir uns bei einer anderen Frage der Verkehrssicherheit auch langsam dem notwendigen und wohl richtigen Ziel nähern, nämlich dem Ziel von 0,0 Promille.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Danke sehr. - Wir kommen zur **Frage 928** (Überführung des WGT-Sondervermögens in das Allgemeine Grundvermögen und Zukunft der BBG), gestellt vom Abgeordneten Domres. Bitte.

**Domres (PDS):**

Auf Fragen im Zusammenhang mit der von der Landesregierung geplanten Auflösung des Sondervermögens teilte die Ministerin der Finanzen mit, dass die Überführung des WGT-Sondervermögens in das Allgemeine Grundvermögen nicht die Auflösung der BBG bedinge. Der Konversionsprozess werde fortgesetzt. Mit der Überführung des Sondervermögens in den Haushalt werde lediglich Sorge dafür getragen, dass zukünftige

Entscheidungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung einer Abwägung nach finanzpolitischen Prioritäten zugänglich gemacht werden. Zu diesem Zweck werde das Sondervermögen im Allgemeinen Grundvermögen auch getrennt geführt.

Abgesehen davon, dass die Ministerin mit dieser Aussage in Frage stellt, dass die bisher unter anderem sowohl in ihrem Hause als auch im Ausschuss für Haushalt und Finanzen getroffenen Entscheidungen zur Verwertung des Sondervermögens einer „Abwägung nach finanzpolitischen Prioritäten zugänglich“ waren, frage ich die Landesregierung: Welchen kurzfristigen und langfristigen Effekt auf den Landeshaushalt soll die Überführung des WGT-Sondervermögens in das Allgemeine Landesvermögen haben, wenn es dort getrennt geführt wird?

**Präsident Dr. Knoblich:**

Frau Ministerin Ziegler, Sie haben das Wort.

**Ministerin der Finanzen Ziegler:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie geben mir noch einmal Gelegenheit, die bereits in der Gesetzesbegründung zum Entwurf des Haushaltsstrukturgesetzes 2002 gegebene Erklärung zu vertiefen.

Die Landesregierung sieht gerade darin einen großen Vorteil, dass der Haushaltsgesetzgeber, nämlich Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, künftig im Rahmen der Haushaltsaufstellung direkt über den Umfang der im Rahmen des WGT-Sondervermögens getätigten Investitionen und sonstiger Verwertungsaktivitäten und damit auch über die Auswirkungen auf den Haushalt entscheiden kann. Das fördert die Transparenz bei der Vorbereitung von Entscheidungen. Im Hinblick auf das, was wir gerade mit der LEG erlebt haben, bin ich sehr dafür, dass das so gemacht wird.

Kurzfristig, im Jahr 2002, ergibt sich eine Entlastung des Landeshaushaltes. Die mittelfristigen Effekte sind noch nicht exakt prognostizierbar. Sie hängen unter anderem von der Entwicklung des Grundstücksmarktes ab, aber auch von der Prioritätensetzung, das heißt davon, wie der Haushaltsgesetzgeber die für erforderlich gehaltenen Konversions- und Verwertungsmaßnahmen betrachtet. - Vielen Dank.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Es gibt noch Klärungsbedarf. Ich beginne mit dem Fragesteller. Herr Domres, bitte.

**Domres (PDS):**

Frau Ministerin, ich habe zwei Nachfragen.

Die erste Nachfrage: In welcher Form wurde der BBG-Beirat, der auch aus Abgeordneten des Hauses besteht, in diese Entscheidungsfindung bzw. in die Vorbereitung des Gesetzes einbezogen?

Die zweite Frage: Wie gestalten sich die zukünftigen Fördermöglichkeiten gerade bei Konversionsprojekten, wenn das Sondervermögen als Teil des Allgemeinen Landesvermögens gewertet wird?

**Ministerin Ziegler:**

Zur ersten Frage: Der Beirat wurde nicht in die Entscheidungsfindung einbezogen. Es war ein Vorschlag des Kabinetts, der jetzt in der Beratung des Parlaments zur Verfügung steht. Wir haben mit dem Beirat natürlich über unsere Entscheidungen im Kabinett gesprochen. Darüber sind wir noch in der Diskussion.

Zur zweiten Frage: Fördermaßnahmen sind davon uneingeschränkt unbeeinträchtigt. Sie sind jederzeit möglich, egal, ob es Sondervermögen ist oder in das Allgemeine Grundvermögen übergeht.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Frau Abgeordnete Osten, bitte.

**Frau Osten (PDS):**

Frau Ministerin, ich möchte Sie fragen: Stopft man mit dieser Summe nicht nur kurzfristig Löcher im Landeshaushalt und übernimmt man mit dieser Übernahme nicht auch Risiken? Dieses Geld wird ja in der BBG für vertragliche Vereinbarungen gebraucht, die man getroffen hat. Es ist also nicht übrig.

**Ministerin Ziegler:**

Wir haben vor, im Jahr 2002 dem Sondervermögen 13 Millionen Euro zur Haushaltsabsicherung, zur Konsolidierung des Landeshaushaltes zu entnehmen. Aber man muss eines betrachten: Wir haben in Bälde nicht mehr genügend Mittel in dem Sondervermögen, um die Konversionsmaßnahmen durchführen zu können. Das heißt, es wird ohnehin notwendig sein, dass das Schwergewicht schrittweise auf Haushaltsmittel gelegt wird, wenn wir unseren gesamten Konversionsprozess weiter ordentlich durchführen wollen. Insofern ist das jetzt ein kurzer Eingriff in das Sondervermögen, aber langfristig gesehen werden es Haushaltsmittel sein, die dann unabhängig, weil das Sondervermögen verbraucht ist, finanziert werden müssen.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Danke sehr. - Wir kommen zur **Frage 929** (LKW-Maut), die vom Abgeordneten Karney gestellt wird.

**Karney (CDU):**

Presseberichten war zu entnehmen, dass sich das Land Brandenburg im Verkehrsausschuss des Bundesrates erfolgreich dafür eingesetzt hat, bei der Einführung der LKW-Maut auch die generelle Wettbewerbssituation deutscher Transportunternehmen gegenüber europäischen Konkurrenten zu verbessern.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Maßnahmen wurden von ihr im Verkehrsausschuss des Bundesrates gefordert, damit sichergestellt ist, dass sich zum Zeitpunkt der Einführung der Maut die Wettbewerbssituation unserer Transportunternehmen gegenüber europäischen Konkurrenten nicht verschlechtert?

**Präsident Dr. Knoblich:**

Herr Minister Meyer, Sie haben erneut das Wort.

**Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf Initiative des Landes Brandenburg hat sich der Bundesrat dafür eingesetzt, dass mit der Einführung einer LKW-Maut auf Autobahnen auch die generelle Wettbewerbssituation deutscher Transportunternehmen gegenüber der europäischen Konkurrenz verbessert wird. In einem entsprechenden Antrag fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, sich intensiv dafür einzusetzen, dass zeitgleich mit der Einführung der Maut eine Harmonisierung der Abgabenbelastung im gesamten europäischen Transportgewerbe erfolgt. In ihrer Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrates hat die Bundesregierung dazu ausgeführt, dass sie eine größtmögliche Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen innerhalb des europäischen Transportgewerbes anstrebe. Dabei seien die Maßnahmen zugunsten des Güterkraftverkehrsgewerbes in ihrer Gesamtheit zu beurteilen. Das Steuersenkungsgesetz der Bundesregierung entlaste bereits nachhaltig die Unternehmen, so der Bund, unter anderem auch mittelständische Transportunternehmen. Weiterhin werde konsequent gegen illegale Beschäftigung im Transportgewerbe vorgegangen.

Herr Karney, aus der Sicht Brandenburgs ist es darüber hinaus notwendig, auf europäischer Ebene einen Abbau von Subventionen und eine Harmonisierung der unterschiedlichen Besteuerung zu erreichen. Dabei muss man nicht unbedingt davon ausgehen - ich sage Ihnen das in Ihrer Funktion -, dass die Kfz-Steuern in Deutschland gesenkt werden - hier gibt es naturgemäß Widerstand beim Bund und beim Finanzministerium -, sondern Harmonisierung kann auch durch Anhebung in anderen Ländern erfolgen.

Der Bundesrat hat in seinem Antrag keine konkreten Maßnahmen gefordert, sondern geht davon aus, dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene tätig wird. Der Bundesverkehrsminister hat sich auf einer Tagung des Bundesverbandes der Spediteure dahin gehend geäußert, dass er sich im Jahr 2002 auf europäischer Ebene für die Angleichung der finanziellen Belastung auf deutschem Niveau einsetzen wird. Sollten die anderen europäischen Staaten dazu nicht bereit sein, so Bodewig, würde er entsprechende Entlastungen einseitig in Deutschland einführen wollen.

Die Bestrebungen der Bundesregierung müssen hier zunächst abgewartet werden. Sollten weitere Länderinitiativen erforderlich sein, so verspreche ich Ihnen, bleiben wir dran.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Es gibt noch Klärungsbedarf. Herr Karney, bitte.

**Karney (CDU):**

Ich habe zwei Nachfragen.

Erstens: Welche von der Landesregierung geforderten Maßnahmen befinden sich bereits in der Erarbeitung, um eine Umsetzung bis zur Einführung der LKW-Maut sicherzustellen?

Zweitens: Wie schätzt die Landesregierung die Chance ein, bis zur Einführung der LKW-Maut in Deutschland die von Brandenburg geforderte Harmonisierung der Abgabenlast in der EU herbeizuführen?

**Minister Meyer:**

Das versuchte ich bereits deutlich zu machen. Wir sind in erster Linie an dieser Harmonisierung interessiert. Das Argument, dass das nur gehe, wenn wir in Deutschland die Kfz-Steuer senkten und uns den Niedrigsteuerländern anpassen, das von einigen Ländern vorgebracht wird, ist recht einseitig. Hierbei ist - egal, in welcher Zusammensetzung die Bundesregierung gerade besteht - der Finanzminister ein natürlicher Gegner. Das heißt, wir müssen in der Europäischen Union auch darauf drängen, dass von anderen Ländern die Harmonisierung auch durch die Anhebung der Kfz-Steuer erfolgt. Das ist zunächst der wichtigste Punkt und dann müssen wir weiterschauen.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Wir kommen zur **Frage 930** (Planfeststellungsverfahren für das Projekt 17 im Bereich der Südtrasse [Teltowkanal]), die vom Abgeordneten Warnick formuliert wird. Bitte sehr.

**Warnick (PDS):**

Meine Frage richtet sich zum wiederholten Male auf Auswirkungen des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit 17.

Das Landeskabinett hat im Frühjahr dieses Jahres seine Zustimmung zum Planfeststellungsverfahren des Teilabschnittes Südtrasse des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit 17 vorläufig verweigert. Der Landtag hat in Reaktion auf einen Antrag der PDS seine Zustimmung zum Planfeststellungsverfahren daraufhin von einer neuen Wirtschaftlichkeitsprognose abhängig gemacht, die allerdings bis heute nicht vorliegt.

Eine vom Land Berlin in Auftrag gegebene Untersuchung über die perspektivische Entwicklung der Berliner Häfen, durchgeführt von Hamburg Port Consulting GmbH und Emch + Berger GmbH, kommt jedoch zu dem Schluss, dass der Anteil des Güterverkehrsaufkommens, der auf Berliner Wasserstraßen entfällt, von 25,7 % im Jahre 1993 auf 9,8 % im Jahre 1999 gesunken ist und dass bis zum Jahre 2015 mit einer weiteren Reduzierung um ein Drittel zu rechnen ist. Aus heutiger Sicht wäre die zügige Herstellung der Wasserstraßenklasse IV zunächst ausreichend.

Außerdem hat sich das Land Berlin eindeutig gegen den weiteren Ausbau der Südtrasse positioniert und Mitte Oktober 2001 Klage gegen das Planfeststellungsverfahren eingeleitet.

Insofern frage ich die Landesregierung: Warum hält sie unter den aktuell veränderten Rahmenbedingungen am bisher geplanten Ausbau des Teltowkanals für die Wasserstraßenklasse V und an der Vergrößerung der Kleinmachnower Schleuse auf 190 Meter fest?

**Präsident Dr. Knoblich:**

Bitte sehr, Herr Minister.

**Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Warnick, ich möchte auch bei der dritten Anfrage zunächst

einmal richtig stellen, dass sich nicht das Landeskabinett im Frühjahr hinsichtlich der Zustimmung zum Planfeststellungsabschnitt Schleuse Kleinmachnow geäußert und diese verweigert hat, sondern das Landesumweltamt hat als dafür zuständige Landesbehörde das Einvernehmen des Landes in Sachen Wasserwirtschaft und Landeskultur, so wie im Bundeswasserstraßengesetz geregelt, nicht erklären können.

Seit Anfang November liegt dem Landesumweltamt ein neuer Antrag mit veränderten Projektunterlagen vor, der derzeit geprüft wird. Die Projektveränderungen betreffen insbesondere eine fast gegen null laufende Flächeninanspruchnahme im FFH-Gebiet am unteren Vorhaben.

Die für die geschützten Käferarten notwendigen Eichen bleiben alle erhalten.

Wie ich bereits erwähnt habe, betrifft das Einvernehmen nur die Wasserwirtschaft und die Landeskultur. Die Wirtschaftlichkeit dieses vom Bund geplanten und finanzierten Vorhabens ist nicht Bestandteil der Prüfung durch das Land und der Einvernehmenserklärung.

In dem von Ihnen erwähnten Gutachten zu den Berliner Häfen - Herr Warnick, entschuldigen Sie die Bemerkung: als Brandenburger Abgeordneter sollte man nicht immer nur nach Berlin schauen, sondern auch einmal die Aufmerksamkeit auf die Häfen im Osten Brandenburgs richten -

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

wird ein Rückgang des wasserseitigen Gutaufkommens von 11,7 Millionen Tonnen im Jahre 1999 auf 9,3 Millionen Tonnen im Jahre 2015 ausgewiesen.

Gleichzeitig wird eine markante Verschiebung der Güterstruktur weg von den Massengütern Kohle und Baustoffe sowie Bauschutt hin zu den höherwertigen Stück-, Massenstückgütern und Containern prognostiziert. Damit wird der Anteil der Wertschöpfung der Binnenschifffahrt und der Binnenhäfen in Gegenläufigkeit zum Sinken der ausgewiesenen Mengen ansteigen.

Sie wissen auch - das möchte ich gern einschieben -, dass es Gutachten und Prognosen gibt, die den Anstieg der Güterverkehre auf der Schiene, auf dem Wasser und auf der Straße bis zum Jahre 2015 auf das 1,8fache voraussagen. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, davon zumindest einiges weg von der Straße hin zu Schiene und Wasserstraße zu bringen, Frau Tack.

(Beifall bei der PDS - Vietze [PDS]: Richtig! Das sehen wir ja!)

In dem Gutachten wird der Verzicht auf die Entwicklung des Hafenstandortes Berlin-Osthafen sowie des geplanten Standortes im Raum Britz-Spähfeldle empfohlen. Gleichzeitig wird jedoch die Weiterentwicklung - das haben Sie sicherlich überlesen, ich sage es deshalb noch einmal - des bisherigen Werkhafens Mariendorf zu einem öffentlichen Hafen am Teltowkanal vorgeschlagen. Mit diesem Standort und, wie ich bereits bemerkte, mit den ostbrandenburgischen Häfen, nämlich in Königs Wusterhausen und natürlich über den Oder-Spree-Kanal auch Eisenhüttenstadt, bleibt die Bedeutung des Teltowkanals als Verkehrsweg unverändert erhalten.

Der östliche Endpunkt des Projektes 17 sollte daher - das sage ich ganz bewusst - weg vom Berliner Osthafen auf den Standort Hafen Königs Wusterhausen verlagert werden. Ich lege großen Wert auf den Ausbau des Teltowkanals. Ich habe auch in den bisherigen Abstimmungen mit dem Bund zu diesem Projekt vereinbart, dass im Sinne einer Minimierung der Eingriffe in Städtebau und Landschaft Abmessungen gewählt werden, die weder dem Standard der Wasserstraßenklasse IV noch dem der Klasse V entsprechen. Damit soll der Verkehr in eine Richtung, die so genannte Einschiffbarkeit, für große Güterschiffe gewährleistet werden.

Von einem Vollausbau gemäß Wasserstraßenklasse V bin ich - das ist seit vielen Jahren so, Herr Warnick - abgerückt. In den Gesprächen mit dem Berliner Senat und auch mit Berliner Abgeordneten haben wir immer deutlich gemacht: Geht doch weg von einer Fokussierung auf die Klasse IV oder auf die Klasse V. Nehmt euch doch einmal die einzelnen Kriterien vor: Was brauchen wir entsprechend dem Bedarf für diese Häfen und damit für diesen Kanal?

Wenn wir das genau analysieren, dann kommen wir bei der Abladetiefe, bei der Brückenhöhe auf ganz bestimmte Kriterien. Wenn wir diese halten, dann liegen wir irgendwo zwischen der Wasserstraßenklasse IV und V. - Jetzt nickt sogar Frau Tack. Daran sehen Sie, dass hierin ein großer Wahrheitsgehalt liegt, dass wir endlich einmal von diesen Festschreibungen wegkommen müssen.

(Beifall bei der PDS)

Unsere Wirtschaft braucht mehr Flexibilität und sie braucht die Binnenschifffahrt. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Bitte sehr, Frau Tack. Der Minister wartet auf Ihre Bestätigung.

**Frau Tack (PDS):**

Herr Minister, ich habe die folgende Nachfrage: Wie will die Landesregierung Brandenburg den offensichtlich vorhandenen Widerspruch zum Berliner Senat auflösen? Der Berliner Senat hat sein Hafenkonzzept beschlossen, in dem eindeutig ausgesagt wird, dass Berlin die Nordumfahrung favorisiert und den Ausbau des Westhafens festgelegt hat.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Frau Tack, kommen Sie bitte zur Frage.

**Frau Tack (PDS):**

Ich wollte ja nur dem Herrn Minister den Widerspruch charakterisieren, falls er diesen nicht kennt. - Ich frage, wie der Widerspruch mit dem Berliner Senat aufgelöst werden soll.

**Minister Meyer:**

Liebe Frau Tack, Widersprüche sind dazu da, darüber zu spre-

chen, sie in ihre Elemente zu zerlegen, um zu einem Konsens zu kommen.

(Frau Tack [PDS]: Er ist schon uralt! - Weitere Zurufe von der PDS)

- Auch wenn ein Widerspruch uralt ist, bedeutet das doch noch lange nicht, dass ausgerechnet die Berliner Seite dazugelernt hat. Die Berliner Seite hat den Westhafen favorisiert. Wir haben bei der Konkretisierung des Bundesverkehrswegeplanes 1994/95 gesagt: Jawohl, wir favorisieren auch den Nordast des Projektes 17. Wenn ich eine ganz bestimmte Ausbaustufe für den Nordast favorisiere, dann heißt das doch noch lange nicht, dass ich den Südast aufgebe. Ich kann ihn als Brandenburger Verkehrsminister vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung und der Entwicklung der Wirtschaft im Osten mit dem Industriestandort Eisenhüttenstadt nicht aufgeben, weil wir die Häfen in Königs Wusterhausen und die Güterverkehre auf dem Wasser für den Standort Eisenhüttenstadt brauchen. Sie wissen ganz genau, dass Splitt, Kies und Erz aus Polen und von der Ostsee kommen. Demzufolge brauchen wir diesen Hafen, obwohl ich weiß, dass zwischen Hohenwutzen und Frankfurt nicht ausgebaggert werden kann, wenn das Ihre nächste Frage sein sollte.

Solche Stoffe kommen natürlich auch aus dem schlesischen Raum und müssen per Schiff transportiert werden.

(Frau Tack [PDS]: Ich habe da noch eine Frage!)

- Ich weiß ja, was Sie sagen wollen. - Genauso ist es notwendig, dass wir die Verbindung von Königs Wusterhausen nach Eisenhüttenstadt erhalten. Daher bitte ich auch die Abgeordneten der PDS, in dieser Frage mit mir sachlich über die einzelnen Kriterien zu diskutieren, damit wir hier eine einheitliche Sprache auch in Richtung Berlin sprechen können. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und CDU)

#### **Präsident Dr. Knoblich:**

Danke, Herr Minister. Wenn Sie am Rednerpult bleiben, dann haben Sie gleich noch Gelegenheit zur Beantwortung der letzten Frage, der **Frage 931** (ZiS 2000). Herr Abgeordneter Neumann, bitte.

#### **Neumann (CDU):**

Mit der Initiative des Landes Brandenburg „Zukunft im Stadtteil - ZiS 2000“ wurde für ausgewählte Städte die Möglichkeit geschaffen, Fördermittel für die Durchführung strukturpolitischer Maßnahmen in städtischen Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf zu beantragen. Dazu gehören beispielsweise Maßnahmen zur Beseitigung städtebaulicher Missstände, zur Verbesserung der Infrastruktur oder zur Beschäftigungs- und Arbeitsmarktförderung. Pressemeldungen zufolge wurde Anfang Oktober das erste ZiS-Projekt genehmigt.

Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit der Durchführung des Förderprogramms „Zukunft im Stadtteil - ZiS 2000“?

#### **Präsident Dr. Knoblich:**

Herr Minister, Sie haben das Wort.

#### **Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Neumann, im Prinzip steckt doch bereits in Ihrer Begründung zur Fragestellung die Antwort.

Wir haben auf der einen Seite komplexe Gebiete des Wohnungsbaus aus den Jahren 1960 bis 1989 zu verzeichnen, die aufgewertet werden müssen. Auf der anderen Seite gibt es Städte wie Wittenberge, wo wir Viertel aus der Gründerzeit, im Prinzip baulich dem Verfall recht nahe, wieder aufbauen müssen, weil wir das Stadtzentrum nicht verkommen lassen dürfen.

Wir kommen mit einzelnen Förderprogrammen und Richtlinien, die vom Bund oder vom Land in den letzten Jahren gezielt eingesetzt wurden, einfach nicht weiter. Aus diesem Grunde haben wir uns recht schnell dazu bekannt, ein integrativ angelegtes Programm aufzulegen, nämlich das Programm „ZiS - Zukunft im Stadtteil“. Damit sollen vorhandene Defizite und Probleme, bei denen eine besondere Entwicklung erforderlich ist, behoben werden. Die Landesregierung von Brandenburg hat also unter Nutzung europäischer und nationaler Förderstrategien die Handlungsinitiative „ZiS 2000“ ins Leben gerufen.

Dieses im besonderen Maße integrativ angelegte Programm verfolgt die umfassende Zielstellung der nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bewohner in den teilnehmenden Stadtgebieten. Das sind insbesondere: Stärkung der Beschäftigung durch Verbesserung der Rahmenbedingungen für neue wirtschaftliche Tätigkeiten, Förderung von sozialer Eingliederung, etwa durch Verbesserung der Beschäftigungschancen und der soziokulturellen Infrastruktur, Schutz und Verbesserung der Umwelt, insbesondere durch Verbesserung des unmittelbar identitätsstiftenden Wohnumfeldes, Effektivierung des Stadtmanagements und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung für den Stadtteil. Mithilfe der dafür zur Verfügung stehenden EU-Mittel können wir erstmals auf breiter Basis die klassischen Instrumente des Städtebaus mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verknüpfen.

Dieser integrierte Förderansatz verspricht unseres Erachtens langfristige Erfolge für die Entwicklung von bisher problematischen Vierteln. Er ist also übergreifend. Das Innenministerium ist ebenso gefragt wie das Sozialministerium oder das Wirtschaftsministerium, und zwar gemeinsam mit uns.

Die 15 ZiS-Städte haben derzeit nahezu 60 Vorhaben in das Bewilligungsverfahren eingebracht. Elf Städte arbeiten gegenwärtig an der Erstellung des integrierten Handlungskonzepts, während die vier Pilotstädte die ersten größeren Startmaßnahmen in Angriff genommen haben. Dazu gehören beispielsweise der Aufbau eines Stadtteilmanagements im ZiS-Gebiet Eisenhüttenstadt, die Einrichtung von Öffentlichkeitsbüros wie in Potsdam Am Schlaatz oder Umbauvorhaben für soziokulturelle Nutzungen, wie sie in der Innenstadt von Frankfurt (Oder) vorgesehen sind.

In Wittenberge - das ist Ihr besonderes Interesse - seien beispielhaft die Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen genannt, die in engem Zusammenhang mit der Neuerrichtung eines Marktplatzes im öffentlichen Interesse stehen. In Wittenberge werden wir auch versuchen, die Viertel, über die wir hier schon gemeinsam diskutiert haben, in diesen Ansatz hineinzubekom-

men. Wir wollen das aber auch mit den Mitteln des Stadtbau bündeln. Sie wissen, dass wir dabei auch über Abriss einzelner Teile des Quartiers sprechen, um es dann aber qualitativ wieder entsprechend aufzuwerten, damit dieses Quartier nicht nachhaltig stillgelegt wird. - Schönen Dank.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Ich danke auch. Da es keine Nachfragen gibt, schließe ich Tagesordnungspunkt 1, die Fragestunde.

Ich begrüße unsere Gäste, die zum einen aus der Niederlausitz, aus Forst, und zum anderen von einem Frauenverband aus dem Havelländischen kommen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Aktuelle Stunde**

**Thema:**

**Zukunft des Landes Brandenburg unter sich verändernden finanzpolitischen Rahmenbedingungen**

Antrag  
der Fraktion der CDU

Ich erteile das Wort dem Vertreter der beantragenden Fraktion, Herrn Lunacek.

**Lunacek (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute die Möglichkeit haben, die finanzielle Situation des Landes zu diskutieren und insbesondere darüber zu sprechen, wie wir unter den sich ändernden finanziellen Rahmenbedingungen mit Mindereinnahmen und mit Ausgaben, die wir zusätzlich zu tätigen haben, die Zukunft des Landes gestalten können. Denn darauf kommt es an: Wir wollen die Zukunft gestalten.

Als Anfang September dieses Jahres der Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2002/2003 das Parlament erreichte, war die Welt noch in Ordnung. Dann gab es zwei Ereignisse, die alles veränderten. Der 11. September versetzte die westliche Welt in Angst und Schrecken. Rasch wurde klar, dass Deutschland hier mit betroffen ist: als Rückzugs- und Planungsgebiet für Terroristen und auch als mögliches Angriffsziel. Die Menschen haben Angst. Ich bekenne freimütig, auch ich habe Sorge um die Zukunft meiner Familie, meiner Kinder.

Uns war klar, dass die Landesregierung auch für Brandenburg handeln muss. Wir haben gehandelt, schnell und konsequent. Noch während der laufenden Haushaltsverhandlungen haben Landesregierung und Koalitionsfraktionen ein Sicherheitspaket auf den Weg gebracht: 36 Millionen DM mehr für die Polizei, für den Verfassungsschutz, für medizinische Notfallversorgung und Katastrophenschutz.

(Beifall bei der CDU)

Die Ereignisse des 11. September waren nicht vorauszusehen. Deshalb gab es selbstverständlich keine Rücklagen dafür. Aber die Menschen erwarten, dass wir handeln, und die Koalition hat bewiesen, dass sie die Situation richtig einschätzt und handlungsfähig ist. Das sollten wir auch laut und deutlich betonen, meine Damen und Herren.

Am 9. November gab es dann die Steuerschätzung für das nächste Jahr. Prognostiziert wurden uns gravierende Mindereinnahmen gegenüber den bisherigen Einschätzungen für das nächste und voraussichtlich in der Folge auch für das übernächste und die folgenden Jahre. Die Steuereinnahmen für 2002 und voraussichtlich auch 2003 sind nach der Prognose um jeweils 240 Millionen DM geringer als erwartet. Um einmal die Dimension zu verdeutlichen: Das ist fast so viel, wie das Land in jedem Jahr für alle Brandenburger Kitas ausgibt.

Wir tragen für diese Steuerausfälle nicht die Verantwortung, aber wir müssen mit den Ergebnissen umgehen. Die Verantwortung für diese Steuerausfälle liegt in der Politik auf Bundesebene. Deutschland steht am Rande einer Rezession, und das nicht erst seit dem 11. September. Bereits zu Jahresbeginn hat sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland deutlich verlangsamt. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Prognosen Schritt für Schritt nach unten korrigiert, auf zuletzt nur noch 1 % Wachstum. Inzwischen scheint auch dies nicht mehr erreichbar. Die Prognosen stehen im Augenblick bei 0,7 % Wirtschaftswachstum.

Wir wirken damit als Konjunkturbremse in Europa. Deutschland ist im Verhältnis zu fast allen anderen Staaten Schlusslicht in Europa. Besser als wir sind Großbritannien, Frankreich, Spanien; selbst Italien hat uns im Wirtschaftswachstum überholt.

Dieser Wachstumsrückgang kommt nicht von ungefähr. Hier rächt sich eine falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung. Die Wirtschaft, insbesondere der Arbeitsplatzmotor Mittelstand, wurde in den letzten Jahren kontinuierlich stärker belastet. Das ist die Wahrheit. Der Abschluss befristeter Arbeitsverhältnisse wurde erschwert. Die Neuregelungen bezüglich der 630-Mark-Jobs und zur so genannten Scheinselbstständigkeit gehen zulasten der Beschäftigungsmotoren Existenzgründer und Mittelstand. Die Einführung eines generellen Teilzeitanspruchs und die Änderungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bedeuten neue Belastungen für die Wirtschaft und geringere Beschäftigungschancen.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Warum in Gottes Namen wurde das Betriebsverfassungsgesetz geändert? Welchen triftigen Grund gab es dafür? Der Wirtschaft wurden damit erneut Kosten in Milliardenhöhe aufgebürdet. Das ist doch nicht angebracht, sondern falsch. Das Ergebnis ist, dass die Arbeitslosigkeit steigt.

In unseren Nachbarländern - in Frankreich, Italien, den Niederlanden - wurde die Arbeitslosigkeit gesenkt. In Deutschland dagegen waren mit über 3,7 Millionen Arbeitslosen im September dieses Jahres mehr Menschen arbeitslos als ein Jahr zuvor.

Auch die Investitionspolitik der Bundesregierung entwickelt sich in die falsche Richtung.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Ist das das Ende der Koalition?)

Die Investitionsquote im Bundeshaushalt liegt ab 2003 voraussichtlich bei nur noch 10 % - 1998 lag sie noch bei 12,5 % - und wird damit im Jahre 2002 voraussichtlich den niedrigsten Stand seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erreichen. Das heißt: weniger Mittel für Infrastrukturmaßnahmen, weniger Mittel für Forschung und Bildung, weniger Mittel für den Aufbau Ost. Das, meine Damen und Herren, bleibt natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Investitionsquote im Landeshaushalt.

(Vietze [PDS]: Reden Sie doch einmal von der erfolgreichen Wirtschaftspolitik dieses Landes!)

Wir haben mit den Konsequenzen umzugehen: mehr Arbeitslose und weniger Steuereinnahmen. Wir haben außerdem mit Mehrbelastungen, die wir mit dem von uns beschlossenen Sicherheitspaket in Höhe von 36 Millionen DM selbst initiiert haben, umzugehen. Wir haben in den nächsten beiden Jahren außerdem mit Steuermindereinnahmen in Höhe von insgesamt 480 Millionen DM umzugehen.

Meine Damen und Herren, die Koalition hat sich auf ein Gesamtpaket verständigt, das folgende Eckpunkte enthält: Es enthält weiterhin einen hohen Anteil an Investitionen. Durch die Anhebung des Schulbauzinshilfeprogramms werden Investitionen in Höhe von 128 Millionen DM bewirkt. Die Investitionen bleiben somit auf hohem Niveau. Es können dringend notwendige Sanierungen an Schulen erledigt und Schulneubauten errichtet werden. Hier besteht Handlungsbedarf.

(Beifall bei der CDU)

Wer durch das Land fährt und sieht, wie viele unserer Schulen aussehen, erkennt dies. Mir ist es lieber, wenn in der Landesverwaltung die eine oder andere Hochbaumaßnahme um ein Jahr verschoben wird und stattdessen Schulen, die es nötig haben, in Ordnung gebracht werden.

(Beifall bei CDU und PDS)

Die Konsolidierung wird fortgesetzt, auch wenn wir sie angesichts der Steuerausfälle strecken müssen. Wir senken die Nettoneuverschuldung kontinuierlich von Jahr zu Jahr. Allein durch die von den Koalitionsfraktionen veranlassten Maßnahmen wurden 165 Millionen DM netto gespart und müssen entsprechend weniger Kredite aufgenommen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Die Kommunen werden nicht über Gebühr belastet. Aufgrund der Rücknahme der von der Landesregierung vorgeschlagenen Kürzung der Kita-Zuweisungen werden die Gemeinden in ihrer Handlungsfähigkeit nicht weiter eingeschränkt. Wenn wir kommunale Selbstverwaltung ernst nehmen, dann müssen wir den Kommunen auch das Geld dafür geben, damit sie handlungsfähig sind.

(Zurufe von der PDS: Jawohl! Tun Sie es doch! - sowie Beifall)

Das soziale Augenmaß bleibt gewahrt. Diejenigen, die es schwerer haben als andere - beispielsweise die Gehörlosen - erhalten weiterhin eine Unterstützung vom Land. Ich halte es für richtig und notwendig - auch angesichts dieser relativ kleinen Beträge im Landeshaushalt -, bei diesen Menschen, die es wirklich schwer haben, nichts zu streichen. Die Koalition hat damit soziales Augenmaß bewiesen.

(Beifall bei der CDU - Unmut bei der PDS)

- So ist es!

Dennoch wird immer klarer: Der Haushalt hat ein strukturelles Defizit. Jahr für Jahr übersteigen die geplanten Ausgaben die Einnahmen, was durch Kredite und globale Minderausgaben ausgeglichen werden muss. Im Jahre 2002 werden wir nur deshalb voraussichtlich keine globale Minderausgabe einstellen müssen, weil wir ein großes landesbeteiligtes Unternehmen veräußern.

Eine durchgreifende Verwaltungsreform ist unabdingbar. Notwendig ist ferner eine umfassende Aufgabenkritik. Die Landesregierung ist aufgefordert, dies in Angriff zu nehmen, um Gelder frei zu machen, die wir investiv, also für die Sicherung unserer Zukunft, einsetzen können; denn darauf kommt es an. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Habermann:**

Ich danke dem Abgeordneten Lunacek.

**Lunacek (CDU):**

Einen Moment, Herr Präsident. Ich bitte um Verzeihung, ich habe etwas vergessen. Ich wollte noch einige Worte zur PDS sagen, die eben mit lautstarken Zwischenrufen in die Debatte eingestiegen ist.

Wie geht die Opposition mit dem Haushaltsentwurf um? - Von der DVU will ich nicht reden; sie beantragt eine höhere Neuverschuldung für Konsumtion. Das ist für mich inakzeptabel.

Die Umschichtungsanträge der PDS bewegen sich für die Jahre 2002 und 2003 bisher auf einem Niveau von insgesamt fast 200 Millionen Euro. Die PDS hat - genau wie die Koalition - die Verringerung der sächlichen Verwaltungsausgaben beantragt und geht dabei geringfügig weiter als wir.

Sie von der PDS-Fraktion haben bisher aber keine Anträge gestellt, die eine wirksame Änderung der globalen Eckpunkte des Haushalts zum Ziel haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben keine Anträge gestellt, die die Verschuldung deutlich verringern. Sie haben keine Anträge gestellt, die die Investitionen signifikant erhöhen.

(Zuruf von der PDS: Natürlich! - Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Was ist mit der kommunalen Investitionszuschüsse? Sie lesen unsere Anträge nicht einmal!)

- Sie haben keine Anträge gestellt, die den Unternehmen, dem ersten Arbeitsmarkt, der die Masse der Arbeitsplätze schafft, in Brandenburg wirklich spürbar helfen.

(Beifall bei der CDU)

Für den Ausgleich der seit dem 9. November bekannten Mindereinnahmen oder für die Finanzierung des Sicherheitspaketes haben Sie gar keine Konzepte. Herr Bisky sagte in der Debatte sinngemäß, Sie würden sich an diesem Wettlauf um mehr Sicherheit nicht beteiligen.

(Frau Kaiser-Nicht [PDS]: Es wurden mehr Stellen beim Verfassungsschutz und nicht mehr Sicherheit geschaffen!)

Fazit: Sie haben keine wirkliche Alternative zur Haushaltspolitik der Koalition. Nichts dergleichen war bisher sichtbar.

Herr Christoffers und die PDS haben vor kurzem in der Presse einen Gegenentwurf zum Haushalt und insbesondere zur Wirtschafts- und Finanzpolitik angekündigt. Was ist dabei herausgekommen, meine Damen und Herren? - Ein Mäuschen!

Der Antrag mit dem höchsten Umschichtungsvolumen - 40 Millionen Euro in jedem Jahr - zielt auf die Schaffung eines Landesprogramms zur Stärkung und Stabilisierung der sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie zum ökologischen Umbau im Land Brandenburg.

(Zwischenrufe bei der PDS)

Sie wollen diese 40 Millionen Euro zum großen Teil aus Personalverstärkungsmitteln decken. Das ist sehr glaubwürdig. Sie stellen sich auf der einen Seite hin und fordern immer wieder die Angleichung der Löhne in Ost und West und kürzen auf der anderen Seite genau den Titel, aus dem diese schrittweise Angleichung finanziert werden soll.

(Vietze [PDS]: Weil sie mit Personalkosten verbunden sind!)

- Sehr glaubwürdig!

(Vietze [PDS]: Sie werden nicht eine Mark abführen!)

Sie konzentrieren sich in den Haushaltsverhandlungen stattdessen auf das ständige Herumkritteln an Verfahrensfragen, mit denen Sie nicht klarkommen. Sie tun dies, weil Sie nicht in der Lage sind, einen wirklichen Gegenentwurf zum Haushaltsplanentwurf der Koalition zu formulieren.

(Frau Osten [PDS]: Was ist Thema der Aktuellen Stunde? - Die PDS oder was?)

Sie sind blutleer, haben keine Konzepte und Ihr unablässiger Anbiederungskurs, der letztlich totale Profillosigkeit zur Folge hat, fällt Ihnen jetzt auf die Füße.

(Widerspruch bei der PDS)

Das ist die Situation. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Lunacek, sind Sie jetzt fertig? - Dann bedanke ich mich. - Das Wort geht nun an die Fraktion der PDS, an die Abgeordnete Osten.

### Frau Osten (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, wir befinden uns noch in der von der CDU beantragten Aktuellen Stunde. Oder führen wir die Haushaltsdebatte? - Da sollten wir uns entscheiden.

Ich denke, dass es der PDS obliegt, über ihre Anträge zu sprechen. Ich habe zudem das Gefühl, Herr Lunacek, dass Sie einiges nicht richtig gelesen und vieles nicht verstanden haben.

(Starker Beifall bei der PDS)

Wir sprechen also selbst über unsere Anträge. Ihre Anträge werden sich auch an Ihren heutigen Bemerkungen messen lassen müssen; Sie haben allerhand versprochen. Ich bin wirklich sehr gespannt auf die Anträge.

Eines muss ich noch ganz ernsthaft sagen: Das schreckliche Ereignis vom 11. September sollten Sie hier nicht als Argument benutzen. Das Land Brandenburg hatte bereits zuvor sehr viele Probleme.

(Beifall bei der PDS)

Es ist Unordnung in das Brandenburger Haus gekommen. Die Sorge der CDU um die Zukunft des Landes teilen wir, Sie vergessen allerdings, Ihren eigenen Anteil an der Unordnung zu benennen.

(Beifall bei der PDS)

Was meine ich mit Unordnung? - Die Koalition wird zunehmend dünnhäutiger. Der eine droht mit Ausstieg, der andere brüskiert den eigenen Minister, um keine Unruhe zu schüren.

Die Haushaltsdiskussion läuft auf vollen Touren. Der Haushaltsausschuss hat sich schon mehrere Tage damit befasst. Die Koalitionsfraktionen wollen ihre Vorschläge aber erst morgen in Gänze vorlegen.

(Zurufe von der PDS: Sehr solide!)

Das Kabinett beschließt eine höhere Neuverschuldung des Landes, obwohl der Landeshaushalt bereits in den Händen des Parlaments ist. Das Kabinett kann jetzt viel beschließen - entschieden wird hier.

(Zuruf von Ministerin Ziegler - Beifall bei der PDS)

- Ich habe es in der Presse so gelesen, meine aber auch, dass Sie, Frau Minister, auch für Pressemitteilungen eine gewisse Verantwortung tragen; es gibt außerdem keine offizielle Information an die Abgeordneten dieses Landtages, was denn die Ergebnisse der Steuerschätzung wirklich bedeuten. Ich habe die Zeitung gelesen und ahne, wo es hingeht, und wir diskutieren

heute schon einmal. Ich muss schon sagen: Diesen Arbeitsstil der Koalition lehnen wir ab; er ist sehr verwunderlich.

(Beifall bei der PDS)

Natürlich hat auch die PDS-Fraktion eine Meinung zu finanzpolitischen Rahmenbedingungen. Wir würden diese Rahmenbedingungen gern ändern. Im Bundestag liegen sehr viele gute Vorschläge der PDS-Fraktion zur Abstimmung bereit, aber die Ignoranz und die Überheblichkeit der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion dort machen die entsprechenden Vorhaben leider unmöglich.

Ich möchte jetzt drei Bemerkungen zu dem Thema der Aktuellen Stunde machen.

Erstens: Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich internationale Bedingungen verändert haben. Aber wir alle wissen, dass im Bundestag eine Steuerreform mit einer Steuerentlastung von insgesamt 45 Milliarden DM beschlossen wurde. Diese Mittel fließen nicht mehr in öffentliche Kassen. Das wissen auch Sie. Ich traue Ihnen die finanzpolitische Kompetenz durchaus zu, einschätzen zu können, dass Steuerentlastungen in der Vergangenheit eventuell Impulse für Markt und Wirtschaft ausgelöst haben, das aber mit einer Verzögerung von zwei bis drei Jahren. Wir müssen hier also vielleicht noch ein bisschen Geduld haben. Ihre Ahnungslosigkeit und Aufgeregtheit in Bezug auf diese Einschätzung kann ich wirklich nicht verstehen und ich teile sie natürlich auch nicht.

Zweitens: Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, in der Begründung Ihres Antrags schreiben Sie von Maßnahmen, um den Konsolidierungskurs nicht zu gefährden. Ich frage Sie: Welche Maßnahmen und welcher Konsolidierungskurs?

Vor langer, langer Zeit, im Jahr 2000, hat sich diese Koalition darauf gegründet, ab 2002 keine Kredite mehr aufzunehmen, das heißt, keine Neuverschuldung mehr zu betreiben. Schritt für Schritt wurde dieses Ziel dann aufgegeben - die Zahlen sind uns bekannt - bzw. es ist in weite Ferne gerückt. Das Land steuert zurzeit auf eine Verschuldung von 26 Milliarden DM zu. Deshalb bitte ich Sie: Legen Sie die Karten auf den Tisch! Manchmal hilft Transparenz auch für Verständnis. Einen solchen Slogan wie „Wir bleiben bei diesem Kurs“ können Sie sich sparen. Damit lügen Sie sich in die eigene Tasche. Im Übrigen kennen wir das aus alten Zeiten.

(Beifall bei der PDS)

Gestatten Sie mir jetzt noch eine kurze Bemerkung zum Thema der Konsolidierung. Konsolidierung ist übrigens nicht nur ein mathematischer Begriff für die Höhe der Schulden, sondern dieser Begriff beinhaltet auch die Vorsorge für die Zukunft, günstigere Verwertungsbedingungen, neue Einnahmen, verbunden mit Aufgabenkritik.

Das ist eine Medaille mit zwei Seiten. Man muss also berücksichtigen, welches Geld man braucht, welches Geld man sich borgt und wie man damit zukünftig effektiv umgeht. Ich höre in diesem Zusammenhang nur Schlagworte wie Verwaltungsoptimierung. Ich meine, wir müssen in stärkerem Maße überlegen, wie wir durch gesetzliche Regelungen, Strukturen und auch Fördermittel in Zukunft mehr Geld in die Brandenburger Kas-

sen bekommen können. Ich meine, darüber reden wir hier zu wenig.

Meine dritte Bemerkung: Sie haben sich bei der Einschätzung der Steuern - ich habe mir die Mühe gemacht, das auszurechnen - in der Zeit von 1994 bis 2000 im Durchschnitt um 218 Millionen DM pro Jahr verschätzt. Das ging mal ganz hoch und mal ganz runter, aber Sie haben die Zahl nie richtig getroffen. Das muss man einfach wissen.

In alter Brandenburger Regierungsmanier versuchen Sie, für ungelöste Probleme im Lande die Steuerschätzung verantwortlich zu machen.

(Beifall bei der PDS)

Die wirklichen Risiken in dem vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts 2002/2003 sind andere, zumindest was die Höhe angeht. Im Haushaltsgesetz ist für den Kreditrahmen mehr als 1 Milliarde Euro vorgesehen. Das ist Geld, das man sich borgen muss. Mehr als 1 Milliarde Euro ist dann für Bürgschaften vorgesehen. Was ist, wenn das Land für die Bürgschaften wirklich in Anspruch genommen wird? Des Weiteren ist eine Minderausgabe von rund 480 Millionen Euro einschließlich der Einsparungen bei den Personalkosten vorgesehen. Das ist ein richtiges Loch. Da müssen wir also erst einmal schauen, wie wir das Loch überhaupt stopfen können.

Hinzu kommen Fragezeichen bei der LEG, bei frischem Geld für die Chipfabrik, beim zukünftigen Flughafen. Eine weitere Frage lautet, wie wir uns auf die zukünftigen Bedingungen der EU einstellen und wie wir den sozialen Frieden in unserem Lande erhalten können.

Unsere Fragen zu dem Thema, meine Damen und Herren von der CDU, unterscheiden sich also in hohem Maße voneinander. Sie wissen aber wohl, dass wir die Antworten in diesem Lande selber finden müssen.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsident Habermann:**

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Osten. - Das Wort geht an die Fraktion der SPD, an Herrn Abgeordneten Bischoff.

**Bischoff (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, bei diesem zentralen Thema hätten wir vonseiten der Opposition konstruktive Kritik und machbare Ansätze, machbare Alternativen zu unserer Politik erwarten dürfen. Hätten!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der PDS)

Stattdessen: Im Osten nichts Neues.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der PDS)

Frau Kollegin Osten, damit der hier schon mehrfach geäußerte Irrtum nicht so stehen bleibt, sage ich Ihnen im Übrigen Folgendes: Die Steuerschätzung macht niemand, schon gar nicht die Ministerin, über den Daumen, sondern das sind Experten aus

wissenschaftlichen Gremien, die unabhängig und allseits anerkannt sind.

(Zurufe von der PDS)

Während wir heute hier über die enormen Steuerausfälle des Landes Brandenburg - darunter leiden übrigens alle Bundesländer in dieser Republik - diskutieren, haben Sie als Opposition im Haushalts- und Finanzausschuss munter Änderungsanträge gestellt, die nur ein Ziel haben, nämlich die Steuereinnahmen um 69 Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen. Zur Deckung der Mehrausgaben aufgrund Ihrer Anträge wollen Sie also erhöhte Steuereinnahmen einsetzen.

(Zurufe von der PDS)

Ich sage Ihnen noch einmal ganz genau, was Sie beantragt haben: Sie haben beantragt eine höhere Einkommensteuer und eine höhere Umsatzsteuer. Das sind nur zwei von sechs Steuerarten, die Sie zur Kita-Finanzierung einsetzen wollen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das ist nicht unser Verständnis von solider Finanzpolitik.

(Beifall bei SPD und CDU - Zurufe von der PDS)

Wir sagen den Menschen im Lande Brandenburg, was geht, wir sagen den Menschen aber auch ganz ehrlich, was nicht leistbar ist bzw. was wir verändern wollen. Zur Finanzierung der Kita zum Beispiel sagen wir, dass wir dann, wenn wir die Kita bezahlen - wir wollen das auf hohem Niveau weiterführen -, an anderer Stelle in der Verwaltung sparen müssen. Das ist für uns solide Finanzpolitik.

Ich gebe in diesem Zusammenhang hier auch einmal zu bedenken, dass in Brandenburg der schlimme, grausame Mord an Ulrike nach neun Monaten abgeurteilt worden ist, während in Mecklenburg-Vorpommern unter Ihrer Beteiligung die Täter, die in Rostock-Lichtenhagen

(Unruhe bei der PDS)

einen unverschämten Anschlag auf ausländische Mitbürger verübt haben, erst jetzt - nach neun Jahren - vor Gericht stehen.

(Beifall bei der SPD - Anhaltende Unruhe bei der PDS)

Aktuelle Stunde zur Zukunft des Landes Brandenburg unter sich verändernden finanzpolitischen Rahmenbedingungen - ein Thema, das offenbar viele Abgeordnete - das war nicht immer so - und hoffentlich auch viele Zuschauer interessiert. Dabei möchte ich noch einmal unterstreichen: Finanzpolitik ist eines der zentralen Felder, das wir weit über die 3. Wahlperiode hinaus bearbeiten müssen. Dabei haben wir nicht Antworten für das Protokoll, sondern gegenüber denjenigen zu geben, die uns ihr sauer verdientes Geld anvertrauen,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

damit wir davon unter anderem Schulen und Polizisten bezahlen. Ich meine, jeder Bürger hat einen Anspruch darauf, dass wir Abgeordnete als befristet tätige Sachwalter seines Geldes - das ist nicht unser Geld, sondern das ist das Geld der Bürger - die

Frage beantworten, was wir mit dem Geld machen, das heißt, dass wir wirklich klar und deutlich sagen, dass wir als Sachwalter seines Geldes auf Dauer nicht mehr ausgeben, als vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der PDS)

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich möchte, dass nicht die Großbanken, sondern die heutigen Kita-Kinder eine soziale Zukunft haben.

Im Jahre 1991 - machen Sie sich das einmal klar - reichte die eigene Finanzkraft des Landes Brandenburg nicht einmal bis zu den Frühjahrsferien, 2001 genau bis zum 24. Juni.

(Zuruf von der PDS: Schlimm!)

Im Jahre 1991 haben wir nicht einmal 20 % unserer eigenen Ausgaben selbst verdient. Heute liegen wir, gleichauf mit Sachsen, bei rund 50 %.

Wir Brandenburger haben deshalb allen Grund, für die enorme Solidarität unserer neuen Bundesregierung, der Geberländer und insbesondere der Europäischen Union zu danken, die uns mehr als 50 % der Mittel für unsere Ausgaben zur Verfügung stellen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Mussten wir Mitte der 90er Jahre ein Viertel aller Ausgaben über Kredite finanzieren, so sind es heute nur noch rund 4 %. Aber auch das ist zu viel.

Unsere Investitionsquote liegt mit 23 % um mehr als ein Fünftel über der von Bayern und ist doppelt so hoch wie die von Baden-Württemberg, 2,1 Milliarden Euro! Wir investieren je Einwohner viermal so viel für Straßen- und Brückenbau, zehnmal so viel im Wohnungswesen wie die alten Bundesländer. Auch das ist ein klarer Erfolg beharrlicher Finanzpolitik und ein wichtiger Beitrag für Investitionen in Brandenburg.

Hier - und wahrscheinlich nur hier! - entstehen auch dauerhafte Arbeitsplätze. Mit der großen Steuerreform der Bundesregierung wurden erstmals in der Geschichte Deutschlands die Unternehmen und die Familien gleichermaßen steuerlich entlastet. Mit den Stimmen der CDU in Brandenburg und der PDS in Mecklenburg-Vorpommern wurde diese Steuerreform im Bundesrat so beschlossen.

(Prof. Dr. Bisky [PDS]: Dort regiert aber Ringstorff und er ist nicht von der PDS!)

Dieses Geld verbleibt den Bürgern im Portemonnaie und den Unternehmen in der Kasse.

Die wichtige und aktuelle Steuerschätzung weicht aber nicht aus diesem Grund von den bisherigen Prognosen ab; denn die große Steuerreform ist längst in die Schätzung einkalkuliert worden. Der Grund für die Abweichung nach unten ist die weltweite Konjunkturfalte. Übrigens liegt Deutschland mit seinem Wachstum zurzeit noch leicht über dem in Amerika.

(Vietze [PDS]: Dann kann es ja nicht an der Bundesregierung liegen!)

Diese Konjunkturflaute macht um Brandenburg - bis 1999 noch Spitzenwachstum in Ostdeutschland - inzwischen keinen Bogen mehr. Die Folge ist ein Einnahmenrückgang von 1 % bei den Steuern. Diese Korrektur kann und wird aber nicht dazu führen, dass wir vom finanzpolitisch gebotenen Konsolidierungskurs abweichen. Im Übrigen lassen dies unsere europäischen Verpflichtungen auch gar nicht zu.

Eine niedrige Inflationsrate und die steuerliche Entlastung von Unternehmen bilden ein positives Umfeld für die Wirtschaftstätigkeit. Es ist und bleibt unser Ziel, mit sozialem Augenmaß die Ausgaben des Landes an die Einnahmen anzupassen.

Wir halten also uneingeschränkt Kurs. Wir wollen in naher Zukunft keine weiteren Schulden mehr auftürmen, sondern die Neuverschuldung stoppen und den Schuldenbestand abbauen. Davon rücken wir nicht ab.

Ich behaupte: Geld ausgeben kann jeder, selbst in Bayern - übrigens bis vor kurzem noch ein Nehmerland -, aber mit knappen Mitteln Prioritäten zu setzen, neue Wege zu gehen und auch Widerstände zu überwinden, das verstehe ich unter harter Arbeit, zu der soziales Augenmaß, Mut und auch ein gehöriges Maß an Entschlossenheit gehören.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Eine Decke wird nicht länger, wenn man an einer Ecke zieht, wohl aber kürzer, wenn wir sie zu heiß waschen, wie ich vorhin gerade anhand des Vergleichs zwischen der Justiz in Brandenburg und der in Mecklenburg-Vorpommern beispielhaft verdeutlicht habe.

Neben der LEG, über die in diesem Hohen Haus intensiv diskutiert und debattiert wurde, will ich nochmals kritisch Verbeamten nennen, bei denen sich mir persönlich die hoheitlichen Aufgaben zum Beispiel an einer Schule nicht recht erschließen. Dies kostet heute Motivation im Kollegium und morgen Pensionen. Diese steigen übrigens stark an. Im Altbundesgebiet liegen die Ausgaben für Beamtenpensionen heute rund 50-mal so hoch wie derzeit in Brandenburg.

Erstmals im Landtag werden wir auch - am Donnerstag tagt wie vereinbart der Haushalts- und Finanzausschuss - mit Beschluss des Haushaltes Mitte Dezember einen eigenen Sparbeitrag aus der Mitte der Regierungskoalition neben sozialen Umschichtungen für Kernprojekte einbringen. Sparen ist für mich kein Selbstzweck, sondern konkrete Verantwortung für die jüngsten Brandenburger. Für die SPD-Fraktion gehört auch das soziale Augenmaß notwendigerweise dazu. Deshalb werden wir an der Finanzierung von Krippe, Kindergarten und Hort nicht rütteln.

(Lachen und Beifall bei der PDS)

Wir stocken die Mittel für den Bau und die Sanierung von Schulen im Rahmen der Bildungsoffensive deutlich auf. Die Unterstützung für Gehörlose - Kollege Lunacek hat es bereits angeführt - bleibt erhalten. Auch die Förderung von Frauenzentren, Frauenhäusern und Familien wird deutlich nachgebessert. Durch unsere Prioritätensetzung sichern wir sozialen Projekten und der Wirtschaft das Abrufen von Bundes- und EU-Mitteln.

Notwendige Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz vor Terroranschlägen werden selbstverständlich ergriffen.

Andererseits senken wir unter anderem spürbar die Ausgaben der eigenen Landesverwaltung. Es ist unser Ziel, Schulden abzubauen, und dieses Ziel ist ehrgeizig. Auf Dauer werden wir nicht mehr ausgeben können, als wir einnehmen. Dies gilt für uns ebenso wie für einen Betrieb oder einen Sportverein. Dafür arbeiten wir auf vielen Feldern. Das möchte ich noch einmal ganz klar unterstreichen.

Bildungsoffensive, Polizeistrukturereform, Forstreform und die laufende Gemeindegebietsreform sind bei allem Für und Wider genauso wie die Konzentration auf soziale Kernprojekte bzw. auf hoheitliche Aufgaben, die Entschlackung von Verordnungen und Erlassen und eine sozialverträgliche Personalanpassung notwendige Steine für das Zukunftsmosaik des Landes Brandenburg.

Im Bund - das sei noch einmal angemerkt - haben wir als Sozialdemokraten gemeinsam mit dem Koalitionspartner den Reformstau nach 16 Jahren Kohl aufgelöst.

(Lachen bei der PDS)

Reformen durchführen, Prioritäten setzen, Verwaltung straffen, soziales Augenmaß beweisen - das ist unsere klare Politik!

(Beifall bei der SPD)

Mancher fragt sich vielleicht: Wozu überhaupt diese selbstverordnete Diät? Essen wir doch, solange etwas auf dem Tisch steht! Das Geld sprudelt, es kommt von den Banken. Der Hunger wird ohnehin irgendwann schrecklich.

Aber ich freue mich, dass nicht nur ich überzeugt bin, sondern auch unser Kollege Heinz Vietze inzwischen fest davon überzeugt ist, dass es eben besser ist, nicht am Abend auf eine Praline zu verzichten ...

(Oh! bei der PDS)

Es ist besser, seine Ernährung umzustellen, als am Abend auf eine Praline zu verzichten, lieber Kollege Heinz Vietze!

(Heiterkeit bei der PDS)

Denn wenn wir die letzte Hose verpfänden, dann werden wir nicht nur frieren, sondern ausgemergelt auch noch hungern.

Natürlich sind die Früchte unserer Konsolidierungsbemühungen noch klein und runzlig. Aber dass sie deswegen weniger schmackhaft, weniger aromatisch und weniger vitaminreich sind, kann ich nicht feststellen.

(Fortgesetzte Heiterkeit bei der PDS)

Meine Damen und Herren! Wir halten mit einer eigenen Mehrheit der Koalitionsfraktionen am gebotenen finanzpolitischen Konsolidierungskurs fest. Wir werden dabei soziales Augenmaß permanent unter Beweis stellen und die Nettokreditaufnahme - all Ihren anders lautenden Vermutungen zum Trotz - Jahr für Jahr senken.

Meine Damen und Herren, ich wünsche uns hierzu in den Haushaltsverhandlungen vor Verabschiedung des Doppelhaushaltes Mitte Dezember 2001 weiterhin eine befruchtende Debatte. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsident Habermann:**

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Bischoff. - Das Wort geht an die Fraktion der DVU, Frau Abgeordnete Hesselbarth.

**Frau Hesselbarth (DVU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Brandenburg ist pleite! Dies und nichts anderes ist die bittere Wahrheit und der Hintergrund dieser Aktuellen Stunde am heutigen Tag. Im September hat die Landesregierung den Doppelhaushalt 2002/2003 vorgelegt, welcher bereits zu diesem Zeitpunkt das Papier nicht wert war, auf dem er geschrieben stand.

(Beifall bei der DVU)

In diesem Haushalt war buchstäblich für kein einziges haushaltspolitisches Risiko, zum Beispiel die Liquidation der LEG, Vorsorge getroffen. Das war der Landesregierung und auch Ihnen, meine Damen und Herren von der Koalition, natürlich bewusst.

Also zauberte die Landesregierung eine so genannte Ergänzungsvorlage aus dem Hut. Diese wurde zurückgenommen, um das Haushaltschaos perfekt zu machen, und zwar rechtzeitig vor dieser Plenarsitzung.

Unterdessen kündigten Sie, meine Damen und Herren der Koalition, an, diese Vorlage nun als Ihre Vorlage einzubringen. Das ist eine Arbeitsweise! Haben Sie schon einmal etwas von Gewaltenteilung gehört?

(Beifall bei der DVU)

Das Bemerkenswerte an Ihrer Vorlage, meine Damen und Herren von SPD und CDU, ist, dass Sie die von Ihnen geplanten Mehrausgaben unter anderem mit einer zusätzlichen Nettoneuverschuldung von 88 Millionen Euro im Jahr 2002 finanzieren wollen - die globale Minderausgabe dabei nicht zu vergessen! Womit Sie diese Deckungslücken schließen wollen, sagen Sie natürlich nicht.

Doch damit nicht genug! Die von Ihnen geplanten haarsträubenden Sozialkürzungen, zum Beispiel bei den Kindertagesstätten, dem Gehörlosengeld, den Frauenhäusern oder dem Schulneubau, mussten Sie aus taktischen Gründen vor dem Hintergrund der gerade begonnenen Bürgermeister- und anschließenden Kommunalwahlen wieder zurücknehmen, sonst hätten Sie nämlich nicht nur unzählige Wählerstimmen, sondern auch einen Großteil Ihrer eigenen Kommunalpolitiker verloren. Also machten Sie diese Kürzungen dadurch rückgängig, dass Sie zum Beispiel im Bereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr radikale Streichungsvorschläge einbrachten, welche wiederum auf Kosten der Bauwirtschaft in diesem Land gehen werden. Sie kürzen also bei den Investitionen, die

so wichtig für die Zukunft Brandenburgs sind. Herr Bischoff, verdrehen Sie also nicht die Tatsachen.

Nun kommt die nächste Hiobsbotschaft. Die aktuelle bundesweite Steuerschätzung lässt für den Bund und alle Bundesländer erhebliche Steuermindereinnahmen für die Jahre 2001 und 2002 erwarten. Für Brandenburg sind - so das Ergebnis des Arbeitskreises Steuerschätzung in Berlin - Mindereinnahmen von bis zu 90 Millionen Euro im Jahre 2001 und von bis zu 130 Millionen Euro im Jahre 2002 zu erwarten.

In einer Pressemitteilung geht die Finanzministerin selbst davon aus, dass die Steuerausfälle im Jahre 2003 das Niveau des Jahres 2002 erreichen könnten.

Die erwarteten Steuerausfälle sind vor allem konjunkturell bedingt. Die Wirtschaftsforschungsinstitute sprechen von einem Wirtschaftswachstum von 0,7 % für das Jahr 2001 und von maximal 2 % für das Jahr 2002. Das Land Brandenburg lag mit einem Wirtschaftswachstum von 0,3 % im Jahre 2000 an letzter Stelle aller Bundesländer. Das ist Ihnen bekannt. Der Schrumpfungsprozess der wichtigsten Branchen in Brandenburg ging derweil munter weiter, zum Beispiel im Baugewerbe und im Bergbau.

Dass angesichts solcher Zahlen sowie der so genannten Eichelchen ein Steuerloch in derartigem Ausmaß eintreten musste, war doch wohl zu erwarten.

Nun erklärte die Finanzministerin gegenüber der Presse, dass angesichts des Umfangs der Steuerausfälle ein Teilausgleich über eine höhere Kreditaufnahme als bisher geplant nicht ausgeschlossen sei. Das heißt doch nichts anderes, als dass man einerseits an nicht hinnehmbaren Sparmaßnahmen festhält oder diese sogar verstärkt und andererseits jedoch allen Versprechungen auf Haushaltskonsolidierung zum Trotz wieder zur Massenschuldung zurückkehrt.

Sinnvoller wäre es gewesen, die Änderungsanträge der DVU-Fraktion anzunehmen. Mit unseren Anträgen könnte man eine Ankurbelung der Konjunktur erreichen und soziale Besserstellungsmaßnahmen mit einer deutlich geringeren Nettoneuverschuldung finanzieren.

(Beifall bei der DVU)

Sie können also nicht einmal rechnen, Herr Lunacek! Sie haben Ihre Prioritäten festgelegt. Unsere Prioritäten liegen in der Besserstellung der kleinen und mittelständischen Betriebe, weil nur hier dauerhaft Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Genau das tut Not für die Zukunft des Landes Brandenburg. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

**Vizepräsident Habermann:**

Das Wort geht an die Landesregierung. Frau Ministerin Ziegler, bitte.

**Ministerin der Finanzen Ziegler:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist zu begrüßen,

dass wir heute noch einmal über dieses Thema sprechen. Um in den Bildern von Herrn Bischoff zu reden: Es ging quer durch den Gemüsegarten, was die Argumente und die Ansatzpunkte in der Diskussion betraf. Deshalb möchte ich auf das eingehen, was Herr Lunacek in Bezug auf die Steuerschätzungen gesagt hat.

Ich will meine Ausführungen mit ein paar Fakten anreichern. Diese tragen sicherlich zur Erhellung bei. Im Jahre 1995 wurde eine Steuerschätzung für die darauf folgenden Jahre abgegeben. Im Jahre 1996 musste diese aufgrund konjunkturbedingter Steuerausfälle wie folgt korrigiert werden: in Höhe von 70 Milliarden DM für 1997, von 90 Milliarden DM für 1998 und von 100 Milliarden DM für 1999. Dagegen sehen die 12 Milliarden DM und die 18 Milliarden DM der Bundesregierung für die kommenden Jahre relativ verkraftbar aus. Das sind die Fakten, die zeigen, was beim Übergang von der CDU-Regierung auf die SPD-Regierung bei den Steuerschätzungen geschehen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Lunacek [CDU])

Man muss deutlich sagen, dass der damalige Finanzminister die Steuereinnahmen natürlich höher geschätzt hat, um die Einnahmeposition im Bundeshaushalt hoch zu halten, was aber nicht erfüllbar war. Davon müssen wir abkommen. Gleiches gilt für den Landeshaushalt.

Frau Osten, es gibt keinen Beschluss zur Erhöhung der Nettokreditaufnahme. Ich habe dem Kabinett gestern einen Bericht vorgelegt, aus dem hervorgeht, was aus den Steuerschätzungen resultiert. Es gab zu diesem Bericht Einvernehmen. Aus den bisher eingegangenen Beschlussvorlagen der Fraktionen und aus den bisher vorliegenden Beschlussvorlagen der Regierung nach dem Regierungsentwurf ist eine resultierende Nettokreditaufnahme und eine globale Minderausgabe ersichtlich. Diese Zahlen sind in der Öffentlichkeit bekannt. Das ist ein Resultat dieser drei Säulen: Sicherheitspaket, Steuerschätzung und die Vorschläge der Regierungsfractionen.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Osten [PDS])

- Ich stelle es jetzt richtig, Frau Osten. Nehmen Sie es einfach zur Kenntnis!

Es ist schmerzhaft, was das Land Brandenburg zu verkraften hat. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit fehlender Solidität, was den Willen der Landesregierung und der Koalition angeht, zur Konsolidierung und zur Fortführung des Konsolidierungsweges zu tun.

Die jetzigen Zahlen reihen sich in andere schwierige Daten der vergangenen Monate ein. Dazu gehören die Mehrkosten der Zusatzversorgungssysteme und die Mindereinnahmen aufgrund der Steuerreform. Wir alle wissen: Die Steuerreform wird uns kurzfristig sehr stark belasten. Wir erhoffen uns aber, dass sie uns mittel- und langfristig zu positiven ökonomischen Wirkungen verhilft. Deshalb haben wir das gemacht.

Wir sind uns sicherlich darüber einig, dass gerade jetzt eine strenge Fortführung des Konsolidierungskurses zwingend erforderlich ist. Wenn von außen zusätzlich Risiken auf uns einströmen, müssen wir unserer Verantwortung gemeinsam gerecht

werden. Es hilft nicht, wenn man sagt, dass Chaos im Haushalt herrsche. Wir müssen darauf reagieren. Wenn wir nicht darauf reagieren, dann würden wir dafür den Vorwurf erhalten. Dass das zeitlich alles in unsere parlamentarischen Beratungen fällt, kann man der Regierung nicht zum Vorwurf machen.

Es ist erforderlich zu prüfen, welche zusätzlichen Maßnahmen zu ergreifen sind, um den Konsolidierungskurs zu untermauern. Dazu will ich ein paar Fakten nennen.

Die Steuerschätzung hat die Folgen der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland in diesem Jahr verdeutlicht. Die Gebietskörperschaften der Bundesrepublik müssen in diesem und im kommenden Jahr von Mindereinnahmen in Höhe von insgesamt rund 16 Milliarden Euro ausgehen. Es wäre Gift für die wirtschaftliche Entwicklung, wenn der Bund und die Länder gemeinsam versuchen würden, diese konjunkturbedingten Mindereinnahmen durch Steuererhöhungen oder durch drastische Ausgabenkürzungen zu kompensieren. Auf der anderen Seite wären kreditfinanzierte Investitionsprogramme nur ein Strohfeuer mit hohen Folgekosten und hohen Mitnahmeeffekten.

Es wäre aber auch für alle öffentlichen Haushalte nicht zu verkraften, wenn - wie es einige gefordert haben - der im Steuerentwurf beschlossene Entlastungsschritt im Jahre 2003 auf das Jahr 2002 vorgezogen würde. Bei den minimalen konjunkturellen Erfolgsaussichten einer solchen Aktion blieben wir auf den langfristigen Auswirkungen, nämlich steigenden Zinslasten, sitzen. Das können wir uns nicht leisten. Das wäre von uns nicht zu verantworten. In dieser Position sind sich der Bund und die Länder einig. Eine entsprechende Grundsatzklärung gaben sechs Bundesländer - darunter auch Brandenburg - in der vergangenen Woche ab.

Meine Damen und Herren! Für den Landeshaushalt bedeutet das Ergebnis der Steuerschätzung voraussichtliche Mindereinnahmen in diesem und im nächsten Jahr in Höhe von rund 220 Millionen Euro, und zwar bis zu 96 Millionen Euro in diesem Jahr und 122 Millionen Euro im nächsten Jahr. Nur das bedingt die Erhöhung der Nettokreditaufnahme, die wir als Regierung vorgeschlagen haben.

Für diejenigen, die noch nicht in Euro denken, und um diese Dimension auch in der Öffentlichkeit deutlich zu machen: Es sind rund 400 Millionen DM. Das ist eine riesige Belastung für unseren Haushalt. Wir werden das weder mit links noch mit rechts einfach so stemmen können.

(Beifall bei der CDU)

Für das Jahr 2003 müssen wir gegenüber unseren bisherigen Ansätzen von Mindereinnahmen in mindestens der gleichen Größenordnung wie für das Jahr 2002 ausgehen. Eine erste - ich sage das jetzt in Anführungsstrichen - verlässliche Einschätzung der Auswirkungen auf das Jahr 2003 wird aber erst nach der nächsten Steuerschätzung im Mai nächsten Jahres möglich sein. Dann werden uns in etwa die Rahmendaten der wirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 2003 vorliegen.

Auch die Kommunen des Landes werden in diesem und im nächsten Jahr mit deutlich geringeren Einnahmen rechnen müssen. Gegenüber dem Ergebnis der Steuerschätzung im Mai

werden sie in diesem Jahr um 11 % und im nächsten Jahr um 15 % geringere Einnahmen erzielen. In der Summe sind das knapp 230 Millionen Euro. Die Ursache dafür ist der Einbruch bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Hierfür sprechen zwei Gründe: zum einen die schwache ökonomische Entwicklung, zum anderen aber auch die offensichtlich bisher nicht ganz sicher getroffene Vorausschau der finanziellen Auswirkungen, die durch die Verschärfung der Bestimmungen zur degressiven Abschreibung erwartet worden waren.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das Ergebnis für das Jahr 2002 mit zusätzlichen großen Unsicherheiten verbunden ist, die insbesondere im Zusammenhang mit der Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 2002 stehen. Dies wurde vorhin bereits ausgeführt. Während die Bundesregierung und die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute von einer moderaten Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung in Höhe von 1,25 % realem Wachstum im nächsten Jahr ausgehen, prognostiziert der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Herbstgutachten ein reales Wachstum von lediglich 0,7 %. Also ist Vorsicht mit allzu positiven Prognosen geboten, wenn man überhaupt noch von positiven Prognosen sprechen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Deshalb gehen wir in unseren Planungen da sehr restriktiv vor. Gleichzeitig geht der Sachverständigenrat von einer deutlich höheren durchschnittlichen Arbeitslosigkeit als die Bundesregierung aus. Dies würde natürlich erneut zu erhöhten Sozialkosten und zu weiteren Steuermindereinnahmen führen.

Meine Damen und Herren, die Steuermindereinnahmen in diesem Jahr werden wir weitgehend nur über eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme kompensieren können. Ich sagte, dass es sich um 96 Millionen Euro handeln wird. Im Landeshaushalt für dieses Jahr haben wir dafür überhaupt keine Reserven mehr. Eine ausreichende Kreditemächtigung steht aus den Vorjahren zur Verfügung, die wir in Anspruch nehmen werden. Die genaue Summe wird erst mit dem Jahresabschluss 2001 zu Beginn des nächsten Jahres feststehen.

Im Jahr 2002 werden wir an einer Erhöhung der Nettokreditaufnahme ebenfalls nicht vorbeikommen. Nach den jetzigen Planungen der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen - gestern hat das Kabinett darüber beraten - wird die Nettokreditaufnahme, wenn das Parlament dem so zustimmt, wohl auf 421 Millionen Euro steigen. Gleichzeitig erachten die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen eine globale Minderausgabe in Höhe von 20 Millionen Euro für notwendig, die im nächsten Jahr zu erwirtschaften sein wird.

(Zuruf von der PDS: Zusätzlich?)

Im Jahr 2003 erachten wir bei der Annahme von Steuermindereinnahmen in Höhe von ebenfalls 122 Millionen Euro - diese Zahl ist nun wirklich gegriffen; aber wir gehen davon aus, dass sich die wirtschaftliche Situation nicht viel besser gestalten wird - Nettokredite in Höhe von 307 Millionen Euro für notwendig. Dies allerdings gelingt nur, wenn wir gleichzeitig eine globale Minderausgabe von 144 Millionen Euro einplanen. Eine solche Minderausgabe - das füge ich gleich hinzu - bedarf großer Anstrengungen seitens der Ressorts. Wir werden aber alles daran setzen, diesen Betrag zu erzielen.

Mit diesen Maßnahmen unterscheidet sich Brandenburg in nichts von anderen Bundesländern. Auch dort werden höhere Kreditaufnahmen für notwendig erachtet. Die sechs Bundesländer, die die Erklärung abgegeben haben, weisen ebenfalls explizit darauf hin.

Lassen Sie mich einen Punkt der Erklärung noch herausgreifen: Das unternehmerische Verhalten erschwert in einer globalisierten Welt natürlich auch die Prognosen der Steuereinnahmen ganz erheblich. Wir dürfen nicht denken, dass wir in unserem Mustopf alles allein regeln und alle Auswirkungen auf Mark und Pfennig abschätzen können. Umso mehr ist es erforderlich, finanz- und haushaltspolitische Planungen an einer eher mittelfristigen Orientierungslinie auszurichten. Deshalb werde ich im ersten Halbjahr 2002 eine Budgetprojektion für den mittelfristigen Zeitraum bis 2009/10 vorlegen, die anhand von verschiedenen Ausgabepfaden eine modifizierte mittelfristige Finanzplanung ermöglichen soll. Der Zeitraum bis 2009/10 ergibt sich aus dem Auslaufen der gegenwärtigen EU-Förderperiode im Jahr 2006 und aus dem degressiven Abbau der Bundeszuweisungen ab 2009 als Ergebnis des Solidarpakts II. Darauf müssen wir uns jetzt einrichten.

Welche Konsequenzen sind aus dieser Lage zu ziehen? Es wäre grundfalsch - dies ist auch mit mir und dieser Landesregierung nicht zu machen -, den Konsolidierungskurs aufzugeben.

(Beifall bei SPD und CDU - Frau Osten [PDS]: Sie haben es doch längst gemacht!)

- Eben nicht! Der Pfad führt immer nach unten.

Die heutige Aktuelle Stunde verdeutlicht, dass dieser Kurs auch in den Koalitionsfraktionen unumstritten ist. Es ist offensichtlich, dass der Ernst der Lage überall - ich hoffe, damit auch bei den Freunden der konsumtiven Ausgaben - klar geworden ist.

(Frau Osten [PDS]: Nein, es könnte noch schlimmer kommen!)

Das Ergebnis der Steuerschätzung zeigt zum einen, wie stark unsere eigene mittelfristige finanzpolitische Zielsetzung von der Stabilität exogener Faktoren wie der Entwicklung der Steuereinnahmen abhängt. Zum anderen wird aber auch deutlich, wie gering unsere eigenen Möglichkeiten sind, auf Veränderungen der Rahmenbedingungen auf andere Weise als mit einer Erhöhung der Nettokreditaufnahme oder der globalen Minderausgaben zu reagieren.

Unser Haushalt bietet keine großen Reserven, im Gegenteil. Ich verrate nichts Neues, wenn ich sage, dass die Jahresabschlüsse 1999 und 2000 jeweils um rund 300 Millionen DM höhere Kreditaufnahmen auswiesen. Dies zeigt eindeutig, wie schmal der Grat ist. Wir müssen also den Haushalt strukturell entlasten; das hat Herr Lunacek vorhin schon ausgeführt. Aus meiner Sicht bedeutet das insbesondere:

Erstens: Das Abbauziel von gut 8 000 Stellen in der Landesverwaltung muss bis Ende 2005 auf jeden Fall erreicht werden. Hier liegt natürlich noch ein Risiko in der Umsetzung. Wir müssen gemeinsam alles daransetzen, dass es uns gelingt, dieses Risiko zu minimieren. Hier sind auch die Gewerkschaften gefordert.

Zweitens: Wir leisten uns in einigen Politikbereichen höhere Ausgaben je Einwohner als in anderen Bundesländern. Dies werden wir vertieft daraufhin untersuchen, wo Möglichkeiten zu Einsparungen bestehen.

Drittens: Die laufenden Subventionen bleiben unverändert auf dem Prüfstand. Zwar hat die Landesregierung in der Vorbereitung des Doppelhaushalts nach harten Diskussionen schon Kürzungen im Umfang von 40 Millionen Euro vorgenommen, trotzdem leisten wir uns im konsumtiven Bereich noch Dinge, die wir uns angesichts der finanziellen Situation schon jetzt nicht mehr, in Zukunft mit Sicherheit überhaupt nicht mehr leisten können.

Viertens: Wir werden auch bei investiven Zuweisungen an Kürzungen nicht vorbeikommen. Dies sehen wir aber als allerletzte Möglichkeit an und werden das ganz nach hinten schieben. Sie wissen, dass wir EU- und Bundesmittel zu 100 % abrufen wollen, um aus unserem Geld noch das meiste zu machen.

Fünftens: Auch wenn die Kommunen des Landes mit erheblichen Mindereinnahmen rechnen müssen, können wir den kommunalen Finanzausgleich aus den Konsolidierungsbemühungen nicht ausklammern. Zwar leisten die Kommunen aufgrund der Finanzausgleichsmechanismen schon jetzt einen gewissen Beitrag zur Schließung der Lücke, die durch die Steuermindereinnahmen entstehen wird, aber es muss unser Ziel sein, den kommunalen Finanzausgleich von seinem relativ hohen Niveau zurückzuführen. Selbstverständlich muss es dafür angemessene Übergangsfristen geben. Dazu gibt es einen Prüfauftrag, den das Kabinett im Sommer dieses Jahres an das Innen- und das Finanzministerium erteilt hat.

(Frau Osten [PDS]: Die Kommunen haben auch Mindereinnahmen!)

- Richtig.

Meine Damen und Herren, in den letzten Tagen gab es viel zu tun. Viele Vorschläge mussten in eine einigermaßen übersichtliche Handlungsrichtlinie geführt werden. Das hat auch die Opposition in den Haushaltsberatungen gefordert. Ich weise nur auf die ehrgeizigen Ziele der Koalition im Hinblick auf Einnahmeerhöhungen hin, die ich durchaus als kühn bezeichnen möchte. Insbesondere sind die Einnahmen aus Verkäufen sehr ehrgeizig veranschlagt.

(Vietze [PDS]: Das ist doch bestimmt auch solide!)

Ich bin jedoch die Letzte, die nicht alles daransetzen wird, die formulierten Ziele zu erreichen. Ich setze dabei auch auf Ihre tatkräftige Unterstützung. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf einen konstruktiven Dialog.

(Beifall bei SPD und CDU)

#### **Vizepräsident Habermann:**

Ich danke Ihnen, Frau Ministerin Ziegler. - Das Wort geht jetzt noch einmal an die Fraktion der PDS, an den Abgeordneten Vietze. - Herr Vietze, Sie haben noch vier Minuten.

#### **Vietze (PDS):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bischoff war so freundlich, auf meine Diät zu verweisen. Ich bin über sie sehr froh, sage aber: Während mir die verordnete Diät gut getan hat, ist die dem Landeshaushalt verordnete Diät keine, mit der man gesund abnehmen kann, sondern eine, bei der es an die Substanz geht. Deshalb ist ein solcher Vergleich nicht tragfähig.

(Beifall bei der PDS)

Ich erinnere Sie daran, dass vor gut einem Jahr das Steuerentlastungsgesetz und die Steuerreform als große Errungenschaften der Sozialdemokratie gefeiert wurden. Die Steuerzahler sollten um Milliarden entlastet werden. Herr Schönbohm hat bis in die frühen Morgenstunden darum gerungen, Herr Platzeck war begeistert, weil mit dieser Entscheidung die Koalition ihre Handlungsfähigkeit bewiesen hat. Es hieß, es komme zu einem Aufbruch im Lande. Frau Blechinger hat erklärt, dies sei auch eine große Stunde für die CDU, weil es Schönbohms Erfolg sei.

Wie sieht denn nun der Erfolg aus? Für das Land - darauf hat seinerzeit schon die damals im Übrigen viel sachlicher agierende Finanzministerin hingewiesen - bringt das möglicherweise Mindereinnahmen in Höhe von 570 Millionen DM oder aber, bezogen auf zwei Jahre, je 240 Millionen DM. Vielleicht wird es also ein bisschen weniger, als damals prognostiziert worden ist. Was hat aber diese kluge, sich auf Konsolidierungskurs befindende Regierung im Wissen um diese Auswirkungen gemacht? Wenn man jemandem Steuern erlässt, dann zahlt er auch weniger, und deswegen nimmt man weniger ein; das hat man ja gerade beschlossen.

(Zuruf von der CDU: Ach was!)

Wenn nun diese 570 Millionen DM nicht kommen, dann stellt sich die Frage, was wir tun können, um hier für einen Ausgleich zu sorgen, noch dazu in einem Land, in dem an der so wichtigen Konsolidierung festgehalten werden soll? Wenn man über Steuern redet, dann redet man auch über das, was man steuern will. Sie befinden sich sozusagen in einer Straße, in der ein großes Stoppschild steht, und fahren unbeirrt drauf los, weil Sie meinen, sich auf einem sicheren Kurs zu befinden. Sie haben aber die ganze Zeit über gepennt und sind davon überrascht, dass nun das eintritt, was Sie vor gut einem Jahr beschlossen haben.

(Beifall bei der PDS)

Insofern, meine Damen und Herren, werden Sie von nichts anderem eingeholt als vom Leben. Die Realität des Lebens hat eine solide Härte und erinnert eben auch so manchen Finanzstrategen, der Konsolidierungsvarianten in besonders großer Vielfalt unterbreitet, daran, dass es mit den Realitäten schon ein bisschen schwierig ist.

Sie, Herr Bischoff, haben vor gut einem Jahr gesagt: Die Einnahmen des Landes werden sich mittelfristig durch die Wachstumsimpulse, die die Steuerreform erzeugt, erhöhen.

(Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Wir werden das Ziel möglicherweise erst zwei Jahre später, nämlich im Jahr 2004, erreichen. Aber wir brauchen uns auch

mit den neuen Planungen nicht zu verstecken, denn wir sind dann das Land, das vorangeht - noch vor Bayern -, das die Nettoneuverschuldung null erreicht.

Die Regierung schreibt dann im langfristigen Finanzplan: Das Ziel, die Nettokreditaufnahme auf null zu senken und mit dem tatsächlichen Abbau des Schuldenstandes von derzeit 13,3 Milliarden Euro zu beginnen, sollte ursprünglich ein Jahr früher erreicht werden. Trotz der Steuersenkung und des Konsolidierungspfades, an dem wir festhalten, bleibt das ein ehrgeiziges Ziel, dessen Erreichung sich aber bis 2004 verzögern wird.

Jetzt hört man, dass das auch im Jahr 2004 nicht zu erreichen sein wird. Nun kommen wir auf das Jahr 2005. Dazu muss ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Das finde ich unerschämmt; denn Sie sagen jetzt: Die Regierung, die sich nach den nächsten Wahlen im Land Brandenburg konstituieren wird, wird anfangen zu sparen. Das Konsolidierungsziel dieser Regierung - fünf Jahre lang - war die Vermittlung des Prinzips Hoffnung,

(Beifall bei der PDS)

war die Vermittlung des Prinzips Glauben. Ich muss ganz einfach sagen: Wir müssen Sie beim Wort nehmen.

(Zurufe von der SPD)

Um einen letzten Satz zu sagen, weil meine letzte Redezeit beginnt: Hier wurde gesagt, es gebe keine Alternativen. Da ist die Frage, ob Sie das, was hier an Alternativen formuliert worden ist, überhaupt aufgenommen und einmal bedacht haben. Denn es ist keine Schande, mal etwas zu bedenken.

Wir haben gesagt, wir müssten uns bei der Verwaltungsoptimierung konsequent einer Aufgabenkritik stellen. Das Land Brandenburg ist das mit Beamten in den Besoldungsgruppen 2 bis 6 am besten ausgestattete Land. So gut geht es keinem anderen neuen Bundesland. Wir sollten wenigstens sagen, dass wir mit der Verwaltungsoptimierung an dieser Stelle ansetzen wollen und nicht nur bei Lehrern, Polizisten und Waldarbeitern. Das wäre redlich;

(Beifall bei der PDS)

das wäre eine Aufgabe; das wäre ein Ziel. Das setzt auch voraus, dass man ...

#### **Vizepräsident Habermann:**

Herr Abgeordneter Vietze, seien aber auch Sie redlich und kommen Sie zum Ende Ihres Beitrags.

#### **Vietze (PDS):**

Ja, Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Ich wollte nur den Kollegen den Gefallen tun. - Wegen der Alternative also eines: Sparen Sie und weisen Sie hier nach, dass sich Ihre Entscheidung, Herr Ministerpräsident, „Sanierung der Landesentwicklungsgesellschaft kommt das Land teurer als die Liquidation“, auf ein solides Zahlenmaterial gründet. Denn bisher ist den Abgeordneten nichts anderes bekannt, als dass die Liquidation 200 Millionen DM teurer kommt.

(Beifall bei der PDS)

Das ist Geld des Steuerzahlers, das sind öffentliche Gelder, die eingesetzt werden. Diese Antwort bleiben Sie uns schuldig, wie Sie überhaupt in der Vergangenheit - von Tierkörperbeseitigungsanlagen bis zu manch anderem, Flughafen usw. - immer nur versprochen, Sie würden aufklären. Darauf warten und warten wir

(Schippel [SPD]: Ganz grau ist er schon geworden!)

und Sie bleiben angeblich auf sicherem Kurs.

(Beifall bei der PDS)

#### **Vizepräsident Habermann:**

Ich habe auf das Ende Ihres Beitrages gewartet. Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vietze. - Herr Abgeordneter Lunacek, Fraktion der CDU, Sie haben noch eine Redezeit von vier Minuten. Bitte schön.

#### **Lunacek (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun haben Sie und Ihre Mitarbeiter, Frau Ministerin, wirklich schnell reagiert und haben herausgesucht, dass Mitte der 90er Jahre eine Steuerschätzung vorhanden war,

(Ministerin Ziegler: Das hatte ich mit!)

die damals erhebliche Mindereinnahmen für die Bundesrepublik Deutschland prognostizierte.

(Schippel [SPD]: Das gehört zum Allgemeinwissen!)

Das ist wirklich so. Allerdings muss man eines dazu sagen: Die damalige Koalition aus CDU und FDP im Deutschen Bundestag hat darauf reagiert. Sie hat nämlich ein Projekt Steuerreform auf den Weg gebracht und im Jahr 1997 im Deutschen Bundestag mit ihrer Mehrheit verabschiedet. Es lag damals eine verabschiedete Steuerreform auf dem Tisch.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Osten [PDS])

Diese hat der Bundesrat in der Folge aber mit einer sozialdemokratischen Mehrheit aus parteitaktischen Gründen blockiert.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt ist die Situation umgekehrt: Die jetzige Koalition hat ihre wesentlichen strukturentscheidenden Maßnahmen, nämlich die Steuerreform, bereits vor einem Jahr beschlossen, was wir aus der Überzeugung von den notwendigen Veränderungen und auch aus Koalitionsräson mitgetragen haben,

(Ah! bei der PDS)

und sie hat andere Maßnahmen auf den Weg gebracht. Ergebnis dieser Maßnahmen ist, dass wir jetzt ein Riesenproblem mit der Konjunktur haben. Wir sind - entgegen der allgemeinen Entwicklung - in Europa ziemlich das Schlusslicht. Das muss man schon einmal benennen dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass das für unseren Koalitionspartner schmerzhaft ist.

(Schippel [SPD]: Es wird aber dadurch nicht richtiger! - Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Aber Sie haben ja zurzeit Ihren Bundesparteitag in Nürnberg und dort wird heute über Wirtschafts- und Finanzpolitik diskutiert. Vielleicht gibt es da die eine oder andere Änderung. Wir hoffen es.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Wagner [CDU])

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt knapp eine Stunde über die Zukunft des Landes Brandenburg unter sich ändernden finanziellen Rahmenbedingungen geredet.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Tack [PDS])

Was hat die Opposition dazu zu sagen? Die DVU ist für Neuverschuldung zur Erhöhung der Konsumtion. Und die PDS? Frau Osten, Sie definieren den Begriff Konsolidierung in Ihrer Art. In Ordnung. Ob es jemanden interessiert, ist die zweite Frage.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Osten [PDS])

Herr Vietze bietet nichts weiter als eine Karikierung der Politik anderer. Es geht hier aber um die Zukunft und darum, wie wir sie gestalten wollen. Ihr alternatives Konzept dafür kann ich nicht erkennen. Bis jetzt jedenfalls nicht. Wir warten darauf mit großem Interesse.

(Beifall bei der CDU - Vietze [PDS]: Herr Lunacek, das liegt an Ihnen! Das ist Ihr Problem!)

- An mir liegt es, dass Sie kein alternatives Konzept haben? Das müssen Sie mir bei Gelegenheit erklären.

(Vietze [PDS]: Es geht um Ihr Verständnis!)

#### **Vizepräsident Habermann:**

Herr Lunacek, ich bin nicht für Dialoge. Bitte, fahren Sie fort.

#### **Lunacek (CDU):**

Fakt ist: Die wirtschaftliche Situation und die Arbeitsmarktsituation sind auch in Brandenburg nicht befriedigend. Wir haben zu viele Arbeitslose, zu wenige Unternehmen und zu wenige Unternehmer.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig wächst die Wirtschaft im Osten seit Ende der 90er Jahre langsamer als die im Westen. Das heißt, zurzeit öffnet sich die Schere, was höchst bedenklich ist. Ich weiß, dass wir als Land nur begrenzte Mittel in der Hand haben, um das zu ändern. Der Bund hat die stärkeren Instrumente. Aber wir müssen - das ist meine tiefe Überzeugung - einen Beitrag dazu leisten, dass sich etwas ändert.

(Frau Osten [PDS]: Und wie?)

Meine Überzeugung ist: Wir müssen mehr investieren. Zukunft heißt Investitionen und Investitionen bedeuten Zukunft. Es darf nicht sein, dass bei uns in Brandenburg die Investitionsquote unter 20 % sinkt. Das darf nicht sein! Bayern hatte Mitte der 70er Jahre noch eine Investitionsquote von 24 %. Da wurde ein Viertel des Landeshaushalts in Investitionen gepackt, und zwar ohne die Sonderzuweisungen, insbesondere die der Europäischen Union, die wir in jedem Jahr erhalten. Hier muss sich etwas ändern.

Um die Gelder dafür freizubekommen, müssen wir Verwaltung abbauen. Die Bürokratie macht uns kaputt. Lasst den Menschen mehr Freiräume! Ob das im Baurecht ist oder beim Natur- oder Landschaftsschutz oder sonstwo, es muss nicht sein, dass man für jede Kleinigkeit zwei Formulare mit drei Durchschlägen auszufüllen hat.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der PDS)

Das heißt im Ergebnis: Auch Personal muss weiter reduziert werden. Das Land Schleswig-Holstein hat bei gleicher Einwohnerzahl wie Brandenburg nur 52 000 Landesbedienstete. Wir in Brandenburg haben 66 000 Landesbedienstete und wir bauen 8 000 Stellen bis 2005 ab.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Stobrawa [PDS])

Das ist von der Geschwindigkeit her ein ehrgeiziges Ziel und wir meinen, damit am Ende der Fahnenstange zu sein. Meine tiefe Überzeugung ist: Wir sind damit nicht am Ende der Fahnenstange; wir machen uns in den Statistiken sogar noch etwas vor.

(Zuruf von der PDS: Ja, Sie!)

Der Rechnungshof hat es belegt. Wir haben in Wahrheit nämlich keine Personalquote von 24 %, sondern eine Personalquote von fast 29 %.

(Zuruf des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Wenn man alle budgetierten Landeseinrichtungen und Unternehmen hinzurechnet, dann geben wir 29 % unserer Gelder für Personal aus. Hier muss sich etwas ändern; das ist meine tiefe Überzeugung.

Die Menschen müssen in Unternehmen arbeiten und beim Mittelstand, damit sie Steuern erarbeiten und nicht Steuergelder kosten.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Habermann:**

Meine tiefe Überzeugung, Herr Abgeordneter Lunacek, ist, dass Sie jetzt zum Ende kommen mögen.

#### **Lunacek (CDU):**

Lassen Sie mich noch drei Sätze sagen, Herr Präsident. - Wir benötigen deshalb eine umfassende Aufgabenkritik und eine durchgreifende Verwaltungsreform. Das ist notwendig. Hier sind das Innenressort mit der Kommunalreform und der Polizei-

reform und das Umweltressort - das betone ich - mit der Forstreform beispielgebend vorangegangen.

Und, meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Selbstständige und Unternehmer. Diese erwirtschaften das Geld, mit dem wir investieren und soziale Leistungen bezahlen können. Deshalb müssen wir alles tun, um Unternehmen zu entlasten. Die Unternehmen ziehen den Karren und wir müssen sie entlasten. Es gibt jedes Jahr viele Hundert Konkurse. Das alles sind Menschen, Unternehmer, die schwierige Probleme haben.

**Vizepräsident Habermann:**

Herr Abgeordneter Lunacek, ich fordere Sie jetzt zum zweiten Mal auf, zum Ende zu kommen.

(Schuldt [DVU]: Wo ist das Konzept?)

**Lunacek (CDU):**

Deshalb, meine Damen und Herren: Das ist das, was ich unter Zukunft verstehe. Lassen Sie uns etwas ändern, dann werden wir die Zukunft gewinnen! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Habermann:**

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zum Punkt 2 - Aktuelle Stunde - angekommen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 2 und rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Kirchensteuergesetzes**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung

Drucksache 3/3489

1. Lesung

Zu diesem Gesetz wurde zwischen den Fraktionen vereinbart, keine Debatte zu führen, sodass ich sofort zur Abstimmung kommen kann.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung der Drucksache 3/3489 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 3 und unterbreche die Sitzung des Landtages bis 13 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.10 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.04 Uhr)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Meine Damen und Herren! Wir beginnen den Nachmittagsteil der 45. Plenarsitzung des Landtages in seiner 3. Wahlperiode mit dem **Tagesordnungspunkt 4:**

**Budgetfinanzierung der ZukunftsAgentur Brandenburg (ZAB)**

Konzept  
der Landesregierung

Drucksache 3/3490

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung. Herr Minister Fürniß, ich vermute, Sie sind derjenige, der für die Landesregierung spricht. Sie haben das Wort. Bitte sehr.

**Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat die Landesregierung am 12. Juli dieses Jahres aufgefordert, ein Konzept zur Budgetfinanzierung der „ZukunftsAgentur Brandenburg“ vorzulegen, und dabei zwei Forderungen erhoben, erstens bei der Zukunftsagentur über größtmögliche Flexibilität sicherzustellen, dass die Erfüllung der Aufgaben richtig geschehen kann, und zweitens zu gewährleisten, dass das Haushaltsrecht des Parlaments und die parlamentarische Kontrolle sichergestellt sind. Es ist natürlich ein interessantes Spannungsverhältnis, das damit gefordert war. Im Rahmen dieses Spannungsverhältnisses haben wir gemeinsam in der Landesregierung, insbesondere in der Kooperation mit dem Finanzministerium, ein Konzept erarbeitet, von dem wir glauben, dass es einerseits die genannten Anforderungen erfüllt und andererseits die notwendige Flexibilität am Markt sicherstellt.

Die Zukunftsagentur soll im Wesentlichen schnell agieren können. Sie soll den bürokratischen Aufwand auf ein Minimum reduzieren und sie soll nicht allein in Jahreshaushaltsplänen denken, sondern in Bezug auf die Projekte, die anstehen, über längere Fristen arbeiten können. Dafür soll sie wirtschaftlich einen großen Freiraum haben.

Um dies zu gewährleisten, haben wir innerhalb der Hauptgruppen des Wirtschaftsplanes der Zukunftsagentur die Ausgaben gegenseitig deckungsfähig gemacht. Wir haben zwischen den verschiedenen Hauptgruppen die Deckungsfähigkeit sichergestellt. Mehreinnahmen können zur Verstärkung der Personal- und Sachausgaben verwandt werden. Ist der Saldo der Einnahmen und Ausgaben beim Jahresabschluss günstiger als im Wirtschaftsplan veranschlagt, kann der Unterschiedsbetrag im vollen Umfang der Rücklage zugeführt werden. Ist der Saldo ungünstiger, ist eine Vorwegentnahme zulasten des nächsten Wirtschaftsplanes zu buchen. Das sind Aktivitäten, die im normalen betriebswirtschaftlichen Verhalten eines Unternehmens Alltag sind. Deswegen erlauben diese Spielregeln der Zukunftsagentur, sich betriebswirtschaftlich zu verhalten, wie ein Unternehmen das auch tut.

Was die Personalmaßnahmen anbetrifft - das ist der Punkt, der natürlich auch interessante Diskussionen ausgelöst hat -, haben wir eine Lösung gefunden, von der ich glaube, dass sie es zunächst einmal wert ist, ausprobiert zu werden. Wir haben näm-

lich im Rahmen der veranschlagten Personalausgaben sichergestellt, dass bis zu zehn Stellen aus dem Stellenplan der Zukunftsagentur höherwertig besetzt werden können und dass Ausnahmen vom Besserstellungsverbot möglich sind, sie aber im Einzelfall der Einwilligung der Ministerin der Finanzen bedürfen. Das ist ein Spielraum, von dem ich glaube, dass er vernünftig und richtig ist. Wir müssen es einfach einmal ausprobieren. Ich glaube nicht, dass man einfach dadurch, dass man den Rahmen schafft, schon weiß, ob das alles so greift und dass es richtig greift.

Ich bin davon überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir beide, sowohl die Zukunftsagentur als auch die Landesregierung, lernende Organisationen sind, das heißt, dass wir uns auf neue Situationen entsprechend einstellen und dann, wenn es notwendig ist, erneut darüber reden können. Ich habe dabei selbstverständlich unterstellt, dass sowohl die Zukunftsagentur als auch die Landesregierung vom Parlament als lernende Organisation in besonderer Weise lernen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Das Wort geht an den Abgeordneten Christoffers. Er spricht für die PDS-Fraktion.

**Christoffers (PDS):\***

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der PDS hatte sich bei Einbringung des Antrages vom 12. Juli 2001 dafür ausgesprochen, diesen Modellversuch zu wagen, einfach vor dem Hintergrund, dass Flexibilität im Handeln für uns immer wichtiger wird, weil Entwicklungen in der Ansiedlungspolitik, in der Substanzpflege im Land Brandenburg auch diskontinuierlich verlaufen können und wir deshalb größere Handlungsspielräume benötigen. Das heißt, das jetzt vorgelegte Konzept der Landesregierung ist etwas, was wir möglicherweise schon früher hätten erwarten können und auch erwartet haben. Dass es jetzt im Rahmen der Haushaltsberatungen vorliegt, ist ein beruhigendes Gefühl.

Herr Minister, um Ihren Begriff der lernenden Organisationen aufzunehmen - wir haben als Fraktion der PDS im Ausschuss für Wirtschaft beantragt, dass die „ZukunftsAgentur Brandenburg“ im Ausschuss Bericht erstattet. Die Zukunftsagentur arbeitet seit einer ganzen Weile. Um eine lernende Organisation einschätzen zu können, sollte das Parlament wissen, was sie macht.

Wir werden zu drei Themenkomplexen unsere Fragen stellen.

Erstens: Hat sich das System der Außenstellen bewährt oder sind weitere Außenstellen notwendig bzw. sollten sie verändert werden, um den regionalen und den politischen Bedingungen im Land Brandenburg entsprechen zu können?

Zweitens: Welche Schnittstellen gab es durch die Zusammenführung von Wirtschaftsförderinstitutionen? Gab es Verluste in der Außenwirkung? Konnten diese Verluste kompensiert werden bzw. mit welchem neuen Konzept wird daran gearbeitet, die guten Erfahrungen beispielsweise der T.IN.A oder anderer Institutionen in die Zukunftsagentur zu überführen und weitere

Flexibilität im Umgang mit der Zukunftsagentur zu gewährleisten?

Drittens: Wir werden die Struktur der Zukunftsagentur hinterfragen, und zwar insbesondere dahin gehend, wie es sich bewährt hat, dass eine Abteilung der ILB in sehr großem Umfang an die Tätigkeit der Zukunftsagentur gebunden ist. Was ergab sich aus der neuen Organisationsform? Konnten damit wirklich Zeitersparnis, Bürokratieabbau, höhere Kosteneffizienz im Bereich der Wirtschaftsförderung realisiert werden, oder aber gibt es hier Notwendigkeiten, etwas zu verändern, noch besser miteinander zu verzahnen, die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen weiter auszubauen?

Insofern sehe ich das heute vorgelegte Konzept als eine logische Konsequenz des gemeinschaftlichen Willens aller Fraktionen hier im Parlament vom Juli 2001 und hoffe sehr, dass das Stichwort von den lernenden Organisationen auch dazu führt, dass die Bereitschaft, auch über Grenzen und Möglichkeiten der Zukunftsagentur im Ausschuss zu debattieren und möglicherweise Veränderungen einzuleiten, ausgeprägt bleibt. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Ich danke auch. - Das Wort geht an den Abgeordneten Müller von der SPD-Fraktion.

**Müller (SPD):\***

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Haushaltsrecht ist manchmal ganz schön starr, wie wir als Parlamentarier immer wieder feststellen müssen. Insofern geht es uns allen sicherlich darum, Haushaltsrecht weiterzuentwickeln. Das kann man in den Grundsätzen, aber auch in der Anwendung tun.

Was wir heute mit diesem Konzept vorzuliegen haben, geht eher in Richtung der Veränderung der Anwendung. Es geht um die Fragen: Wie kann man Spielräume, die im Haushaltsrecht vom Grunde her vorhanden sind, mehr nutzen? Wie kann man in die Anwendung von Haushaltsrecht Flexibilität bekommen? - Es ist sicherlich gerade in der Zukunftsagentur wichtig und richtig, dies dort einzubringen. Es kann nicht sein, dass eine solche Agentur, die mit der Wirtschaft direkt zu tun hat, permanent mit Verwalten, mit Bürokratie beschäftigt ist. Sie soll agieren, und zwar flexibel, damit im Land Brandenburg Arbeitsplätze geschaffen werden. Insofern brauchen wir dort ein modernes Finanzmanagement. Wir müssen entbürokratisieren, damit möglichst viel der verfügbaren Arbeitszeit für den eigentlichen Zweck der Gesellschaft genutzt werden kann.

Man muss sicherlich dazusagen, dass das, was wir mit der Zukunftsagentur an Flexibilisierung auf den Weg gebracht haben, kein erster Schritt ist, sondern es gab bereits eine ganze Reihe anderer Veranstaltungen, die in der Vergangenheit in dieselbe Richtung gingen. Ich erinnere insbesondere an die Hochschulen, wo seit einiger Zeit das Wort Budgetierung nicht nur Zukunftsvision, sondern bereits Realität ist. Dort hat sich seit 1996 eine ganze Menge entwickelt. Seit 1997 haben wir, wenn ich das richtig im Blick habe, sämtliche Hochschulen in diese Flexibilisierung einbezogen und das war, glaube ich, erfolgreich. Ich

sehe momentan nicht, dass man das zurückdrehen müsste, und glaube, dass die Umsetzung erfolgreich durchgeführt worden ist.

Wir werden bei der Budgetierung sicherlich auch weiter gehen müssen, als das bisher der Fall ist. Ich rede hier über globale Budgetierung. Wir werden noch stärker von dem, was wir derzeit machen, weggehen müssen - hin zu einer noch offeneren Gestaltung, damit mit den immer knapper werdenden Mitteln das maximal Erreichbare herausgeholt werden kann. Dazu muss auch eine Flexibilität in der Umverteilung erreicht werden. Wir haben das derzeit in der Zukunftsagentur über die gegenseitige Deckungsfähigkeit organisiert, aber ich glaube nicht, dass das die letzte Stufe sein wird.

Richtig ist, dass wir versuchen müssen, daran zu lernen. Wir werden die Erfahrungen, die jetzt gesammelt werden, wiederum im Parlament diskutieren müssen. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich dann herausstellen wird, dass das, was jetzt auf den Weg gebracht worden ist, ein erster Schritt ist. Wir werden zukünftig noch stärker versuchen müssen, die Verantwortung des Einzelnen für die Verwendung des Geldes, das ihm insgesamt zur Verfügung steht, neu zu organisieren. Diese Verantwortung muss dort angesiedelt sein, wo auch die Entscheidungen darüber zu treffen sind, was am Markt orientiert durchzuführen ist. Das ist nur über eine solche Budgetierung machbar.

Insofern können wir, glaube ich, mit dem, was wir jetzt erreicht haben, zufrieden sein. Aber ich will es noch einmal sagen: Es ist ein erster Schritt. Wir werden anhand der Erfahrungen auch zukünftig die Flexibilisierung des Haushaltsrechts weiterführen müssen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Das Wort geht an den Abgeordneten Schuldt. Er spricht für die DVU-Fraktion.

**Schuldt (DVU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Marktwirtschaftliches Handeln tut Not. Dies gilt auch und gerade für Landesgesellschaften. Der finanzielle Ruin der in Liquidation befindlichen Landesentwicklungsgesellschaft - LEG - sowie die Diskussionen um die Brandenburgische Bodengesellschaft - BBG - haben dies mehr als deutlich gemacht.

Doch nun zur „ZukunftsAgentur Brandenburg“: Gesellschafter der „ZukunftsAgentur Brandenburg“ sind das Land Brandenburg mit 74,9 %, die Kammern des Landes Brandenburg und die Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg mit 25,1 %.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der „ZukunftsAgentur Brandenburg“, in welche rund 100 Mitarbeiter ihr Wissen und ihre Erfahrungen einbringen, steht - so will es ihr Firmenzweck - der Kunde. Ihm werden alle Dienstleistungen wie Ansiedlungsberatung, Innovationsförderung, Technologietransfer, Fördermittelberatung, Existenzgründungsberatung usw. aus einer Hand

angeboten. Deshalb hat auch unsere Fraktion diesem Modell zugestimmt.

Mit den fünf Servicecentern der Agentur in den Regionen in gemeinsamen Büros mit der Investitionsbank des Landes wird darüber hinaus eine kundennahe Vor-Ort-Beratung sichergestellt. Daneben gibt es an Brennpunkten der internationalen Märkte, zum Beispiel in Detroit, Dubai, Singapur und Moskau, Auslandsplattformen der „ZukunftsAgentur Brandenburg“.

Damit, meine Damen und Herren, wären wir aus unserer Sicht bei der Marktwirtschaft, welche auch in die „ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH“ Einzug halten sollte; denn wir sehen nicht ein, dass diese Firma in der privatrechtlichen Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung - wenn auch mit Mehrheitsbeteiligung des Landes - weiterhin wie eine Behörde behandelt wird. Doch genau das ist Inhalt Ihres Konzeptes, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank.

Die „ZukunftsAgentur Brandenburg“ soll wie ein x-beliebiger Regiebetrieb Wirtschaftspläne erstellen, in denen es - oh kamealastisches Wunder! - beschränkte gegenseitige Deckungsfähigkeiten sowie die Möglichkeit der Rücklagenbildung und der Vorwegentnahme geben soll. Darüber hinaus können ganze zehn Stellen höherwertig besetzt werden. Was darüber hinaus geht - Herr Minister, Sie sagten es gerade -, bedarf im Einzelfall der Einwilligung des Finanzministeriums. Dies, meine Damen und Herren und insbesondere Herr Minister Fürniß, kann doch wohl wirklich nicht des Rätsels Lösung sein.

Natürlich, Herr Minister, wissen auch wir von der DVU-Fraktion, dass die „ZukunftsAgentur Brandenburg“ auch in Zukunft ein Zuschussbetrieb des Landes bleiben wird. Doch es wäre nichtsdestotrotz angebracht, darüber nachzudenken, wie diese GmbH wenigstens so weit gebracht wird, dass sie zumindest annähernd oder in Teilbereichen nach dem Kostendeckungsprinzip arbeitet. Das heißt, dass dort hoch qualifizierte und hoch motivierte Mitarbeiter nicht nur Wirtschafts- und Strukturförderung betreiben, sondern auch Einnahmen - sprich Umsätze - kostendeckend erwirtschaften müssen.

Andere ähnliche Einrichtungen - denken Sie nur an das Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft e. V. - machen dies doch ebenfalls so und arbeiten damit - ungeachtet der staatlichen Projektförderung - kostendeckend. Warum nicht auch die „ZukunftsAgentur Brandenburg“?

Doch dazu bedarf es neben hoch motivierten Mitarbeitern, welche selbstverständlich auch über die Grenzen des BAT hinaus Verträge aushandeln können und dürfen, zunächst einmal einer vollständigen Budgetierung. Eventuell wäre hier beispielsweise auch an eine Foundlösung zu denken. Deshalb muss das hier vorliegende Konzept ständig angepasst und überarbeitet werden. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Das Wort erhält die CDU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Dr. Ehler.

**Dr. Ehler (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In schwierigen Zeiten ist es erfreulich, wenn eine neue Institution wie die ZAB über die Parteigrenzen hinweg eine so große Zustimmung findet, allerdings auch eine Zustimmung, wie Herr Kollege Christoffers mit Recht sagte, in Form von Vorschusslorbeeren.

Ich meine, der Antrag zum Thema „Budgetfinanzierung der ZAB“ war zum einen ein wichtiger Beitrag dazu - und das ist sicherlich erreicht worden -, die Zukunftsagentur mit einer Form von Haushaltung zu versehen, die ihr die Möglichkeit gibt, leistungsfähige, gut motivierte Mitarbeiter zu beschäftigen, und auch eine wesentlich höhere Flexibilität, als es die Kameralistik normalerweise zulässt, ermöglicht. Insofern ist das Ziel des Antrages erreicht.

Ich will aber andererseits nicht verhehlen, dass die Zukunftsagentur für sich genommen - das hat der Kollege Müller angedeutet - auch eine erhebliche Chance bietet, Chance in dem Sinne, dass sie sozusagen innovativ als Agentur Wirtschaftsförderung betreibt, Chance aber auch, weil sie als relativ übersichtliche Struktureinheit Gelegenheit gibt, an einem Beispiel die Budgetierung durchzuspielen, und ein Stück weit richtungweisend für zukünftige Überlegungen sein könnte, das Haushaltssystem oder die Kameralistik flexibler zu gestalten. Dieses Ziel ist also erreicht worden.

Was das Grundsätzliche betrifft, muss ich aber etwas Wasser in den Wein mischen. Das lässt sich an einigen Themen festmachen. Es wird eine weitreichende Deckungsfähigkeit zwischen den Hauptgruppen hergestellt. Der große Kostenblock der Personalausgaben wird aber weitgehend von der Flexibilisierung ausgenommen. Es sind dann zwar zehn Stellen, bei denen weitergehende Möglichkeiten gegeben sind, aber letztlich bestehen die Einschränkungen der Kameralistik fort.

Etwas, was wir im Zusammenhang mit der Budgetierung für wichtig halten, fehlt in dem Antrag. Es ist die Kontrolle der Leistungsfähigkeit. Wir haben auf der einen Seite die Budgetierung als Entgegenkommen gegenüber einer solchen Gesellschaft eingefordert. Das bedeutet auf der anderen Seite - das muss man nüchtern sagen - bis zu einem gewissen Grade eine Abgabe der parlamentarischen Kontrolle, obwohl die Verhältnisse offensichtlich sind. Wir hätten uns schon gewünscht, dass sich in der Erklärung der Landesregierung ein Passus gefunden hätte, der mittelfristige Ziele definiert und es möglich macht, anhand eines Zielkatalogs bestimmte Kriterien festzulegen, an denen die Arbeit der ZAB gemessen werden kann. Denn man kann nicht Wirtschaftlichkeit einfordern und gleichzeitig der ZAB Kriterien der öffentlichen Verwaltung, die ja nur schwer auf ihre Effektivität zu überprüfen sind, zubilligen.

Insofern meine ich, dass wir im Wirtschaftsausschuss noch Anlass zu einer ganzen Reihe von Diskussionen haben werden. Das Thema ZAB steht nur als Synonym für die Frage, ob wir mutig genug sind, das wirtschaftlich Notwendige einzusehen und in Zukunft sehr viel stärker mit Budgetierungen zu arbeiten. Ich meine, es wird noch viele Diskussionen zu diesem Thema geben. Wir sehen das jetzt als Momentaufnahme und glauben, dass wir nach Ablauf eines Jahres dieses Thema noch einmal prüfen sollten und dass wir dann vielleicht gemeinsam mutig

genug sind, den Schritt in eine ernsthafte Budgetierung zu wagen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, noch eine Frage zu beantworten? - Bitte, Herr Christoffers.

**Christoffers (PDS):**

Herr Kollege, ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss auf der Grundlage unseres Antrages.

Herr Kollege, würden Sie mir zustimmen, dass es neben der Flexibilisierung, neben der Budgetierung und neben der Kontrolle, was die Arbeitsfähigkeit der ZAB betrifft, auch darauf ankommen wird, ob wir die ZAB schon gemeinsam mit Berlin ausgestalten, um damit einen Geburtsfehler der ZAB zu beseitigen und die Zusammenarbeit mit Berlin im Rahmen der Investitionstätigkeit unter ein Dach zu holen?

**Dr. Ehler (CDU):**

Offen und einfach gesagt, ja, verbunden allerdings mit dem Hinweis, dass das Verhältnis der beiden Länder - um Ihren Begriff zu verwenden - im Moment einen gewissen Geburtsfehler hat. Aber vom Prinzip her ja.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Ich bedanke mich. - Wir sind damit am Ende der Rednerliste. Ich schließe die Aussprache. Damit ist das Konzept der Landesregierung, Drucksache 3/3490, zur Kenntnis genommen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Nachhaltige Entwicklung in der Region Berlin-Brandenburg und Reform des Föderalismus**

Große Anfrage 25  
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/2796

Antwort  
der Landesregierung

Drucksache 3/3382

Die Aussprache wird eröffnet mit dem Beitrag der PDS-Fraktion. Herr Vietze, Sie haben das Wort.

**Vietze (PDS):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die PDS-Fraktion hat mit dem soeben genannten Thema eine Große Anfrage an die Landesregierung gerichtet, um nach der Entscheidung der

Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg im Jahre 1996 zum Staatsvertrag über eine mögliche Fusion der Region Berlin-Brandenburg den Sachverhalt der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg auf wichtigen Sachgebieten zu erfragen, um damit zugleich auch die Chance zu haben, über Perspektiven, die sich aus diesem Sachverhalt ergeben, zu sprechen.

Ich möchte ausdrücklich sagen, dass mit der Antwort der Landesregierung ein solider Überblick über den gegenwärtigen Stand der Zusammenarbeit gegeben wurde und wir damit in die Lage versetzt werden, uns im Gegensatz zu dem, was in der Öffentlichkeit an hektischer Debatte zu Fusionsterminen wortreich artikuliert wird, den Sachfragen zuzuwenden. Insofern komme ich sicherlich auch Frau Konzack entgegen, im Gegensatz zu meiner ersten Rede. Ich bin jetzt viel leiser, ausgewogener und tue Ihnen diesen Gefallen, weil ich glaube, dass wir es mit einem Sachverhalt zu tun haben, der durchaus die entscheidende Form der Behandlung verdient.

Aus der Antwort geht hervor - das möchte ich anfangs hervorheben -, dass in der Zeit seit 1996 Bewegung in das Zusammenwirken mit Berlin gekommen ist. Das betrifft weniger die Zahl der Verträge, die einmal angekündigt wurden und die nun abgeschlossen worden sind, sondern es scheint, was auch bemerkenswert ist, das praktische Zusammenwirken zwischen den einzelnen Verwaltungsstrukturen aktiviert worden zu sein. Es gibt auch aner kennenswerte Sachverhalte. Ich beziehe mich hierbei auf die Landesentwicklung und Landesplanung, die gemeinsamen Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt, hier die Modellregion zu verwirklichen, die Arbeitsergebnisse beim Verkehrsverbund, das Zusammenwirken auf dem Gebiet des Tourismus und der Tourismusmarketinggesellschaft Berlin und Brandenburg und auf Bemühungen um das Zusammenwirken bei den Medien, also ORB und SFB, was die Kultur betrifft.

Ich möchte hier einfach nur feststellen, dass wir eine sehr umfangreiche Auskunft zu vielen Sachgebieten erhalten haben, die wir in dieser Weise zur Kenntnis nehmen und die damit eine solide Basis für die weitere parlamentarische Auseinandersetzung ist. Natürlich wären wir nicht Opposition, wenn wir nicht Veranlassung sehen würden, zumindest das eine oder andere hier zu thematisieren.

Ich möchte zunächst aus meiner Sicht auf zwei Hauptprobleme aufmerksam machen, die ich einfach als Probleme benennen und keineswegs nur in Form eines Vorwurfs thematisieren will.

Zum einen haben wir es mit einem Grundkonflikt zu tun: das dünn besiedelte Brandenburg und die europäische Metropole Berlin. Trotz all der Auskünfte, die es hierüber schon gibt, ist zu diesem Grundkonflikt noch eine Vielzahl von Verständigungen notwendig. Es ist nicht immer gerechtfertigt, einfach nur zu sagen „Das funktioniert nicht“, sondern man muss fairerweise auch sagen: Es ist ein enormer Anspruch, derart unterschiedliche Interessenlagen, wie sie sich nun einmal aus einem dünn besiedelten Land wie Brandenburg einerseits und der Metropole Berlin andererseits ergeben, in eine Form zu bringen, dass das Handeln zum gegenseitigen Vorteil ist. Vor dem Hintergrund dieser enormen Herausforderung haben wir auch in Bezug auf die Sachthemen, die sich damit verbinden, einen Interessenausgleich herbeizuführen.

Die zweite Überlegung, die ich diesbezüglich nennen möchte, ist die: Wenn es eine so komplizierte Situation ist, worüber wir möglicherweise die gleiche Auffassung haben, dann ist doch die Frage zu stellen: Wie artikulieren wir Brandenburger Interessen? Danach haben wir in unserer Anfrage auch gefragt und zur Antwort bekommen, dass „die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen im ganzen Land ... das Entscheidende“ sei. Das steht auch in der Berliner Verfassung. Insofern wussten wir das.

Die Frage ist nur: Wie erreichen wir das? Wie schaffen wir die Angleichung der Lebensverhältnisse angesichts dieses Konflikts, dünn besiedelte Region auf der einen Seite und Metropole auf der anderen? Da gilt nicht das Prinzip der Gleichmacherei; denn die Angleichung kann sich nicht darin erschöpfen zu sagen: „Wir wollen so leben wie die Berliner“ oder „Die Berliner sollen so leben wie die Menschen auf dem Lande“. - Nein, da bleiben enorme Unterschiede, die wir artikulieren müssen, weil wir über die Interessen des Landes reden müssen.

Ich meine schon, dass wir in mancher Formulierung zu sehr mit Selbstzufriedenheit konfrontiert werden, und gebe daher nur den Hinweis, meine Damen und Herren: Wenn Sie ernsthaft bis 2006 die Voraussetzungen dafür schaffen wollen, dass die Fusion im Jahre 2009 vollzogen werden kann, dann müssen Sie auch sagen, wie der Weg dorthin gestaltet werden soll. Sich mit dem Erreichten zufrieden zu geben genügt jedenfalls nicht, weil dieses Maß an Zufriedenheit, das diese Regierung auszeichnet, von den Brandenburgerinnen und Brandenburgern keineswegs geteilt wird, sondern es bei ihnen nach wie vor bedeutende Vorbehalte gibt.

Ich stelle übrigens - nachdem das ein ganz wichtiges Thema war - auch fest -: So richtig will es ja niemand mehr. Frau Blechinger, habe ich jetzt gelesen, sagt bezüglich der 10 Milliarden DM, um die es in Berlin geht: Die Berliner sollen ihren Haushalt in Ordnung bringen. Die Nettokreditverschuldung soll gesenkt werden. Erst dann wäre eine Fusion möglich. - Ich will nur sagen: Wenn ich Berliner wäre, würde ich an die Brandenburger Adresse gerichtet sagen: Was die Nettokreditverschuldung pro Kopf betrifft, sind wir - à la bonne heure! - neben Sachsen-Anhalt Spitzenreiter. Also müsste Brandenburg eventuell zunächst - wenn wir mit Berlin überhaupt zusammengehen wollen - fragen: Was müssen wir denn tun, um unseren Haushalt zu konsolidieren?

Wenn ich daran denke, dass die Berliner mit ihrer großen Koalition unter Leitung der CDU vor gut anderthalb Jahren so mit sich zufrieden waren, seitdem aber feststellen, was alles in ihrem Lande nicht stimmt, und dass jetzt die Finanzer der Berliner auch feststellen - wie vor einer bestimmten Zeit auch die Finanzsenatorin von Berlin -, dass man klar Schiff machen muss -, dann muss man sagen, dass in der Geschichte immer einholende Prozesse ablaufen, dass man mit Realitäten konfrontiert wird, die einen ganz schnell einholen. Daher sage ich, dass wir uns eventuell einmal fragen sollten: Hat es denn Sinn, über Fusion zu sprechen? Diesbezüglich kann man nach wie vor zu unterschiedlichen Auffassungen kommen.

Wozu jedoch gibt es wirklich keine Alternative? - Zu einer zu organisierenden und zu gestaltenden politischen, organisatorischen und kulturellen Zusammenarbeit.

(Beifall bei der PDS)

Diese müssen wir realisieren. Die Zukunft der Region Brandenburg ist nur mit Berlin zu gestalten. Die Zukunft der Stadt Berlin ist nur mit Brandenburg zu gestalten. Wir sind hier aufgefordert, vernünftig miteinander umzugehen. Ich finde, dass ein Großteil der Arbeit, die mittlerweile von der einen oder anderen Struktur der Landesregierung geleistet wird, am Parlament vorbeigeht. Wir hatten einmal einen Ausschuss, hatten Unterausschüsse, hatten intensive Bemühungen und gemeinsame Tagungen mit Berlin. Wir zeichnen uns dadurch aus, dass wir den Prozess begleiten. Der Höhepunkt in diesem Jahr waren die regelmäßigen - zweimaligen - Essen der Fraktionsvorsitzenden, einmal in Berlin und einmal in Brandenburg. Das war sozusagen die Spitze des parlamentarischen Zusammenwirkens. Da sage ich: Unter den Bedingungen sollten wir darüber nachdenken, was zu tun ist. Sie lehnen eine Enquetekommission ab, Sie lehnen dies und jenes ab, was vorgeschlagen wurde.

(Zuruf des Abgeordneten Petke [CDU])

Machen Sie doch einmal einen Vorschlag, was Sie - wenn Sie eine Zusammenarbeit mit Berlin überhaupt parlamentarisch begleiten wollen - tun wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Petke [CDU])

Gehen Sie davon aus - ob es um eine Kommission, einen Ausschuss oder Sonstiges geht -, dass wir bereit sind, mit Ihnen und mit den Berlinerinnen und Berlinern gemeinsam zu agieren. Ich gehe auch davon aus, dass wir die Möglichkeit haben, uns zu befleißigen, uns die Messlatte höher zu legen.

Es gilt noch einen Antrag im Ausschuss zu beraten, der sich darauf bezieht, dass wir bei Entscheidungen immer die Interessenlage des Nachbarlandes, also Berlins, berücksichtigen wollen. Dazu kam der Hinweis, dass dies jetzt schlecht beraten werden könne, weil in Berlin Wahlen seien. Möglicherweise wird nun damit argumentiert, dass sich dort eine Regierung bildet. Also sage ich: Ob man - wie die CDU jetzt in Berlin - in der Opposition ist oder in Brandenburg regiert, ob nun die SPD in beiden Ländern regiert oder - wie die PDS - in beiden Ländern in der Opposition ist, wenn wir in dieser Region zusammenarbeiten wollen, wenn wir das Land und die Zukunft gemeinsam gestalten wollen, dann sollten wir uns bemühen, den Gedanken des gemeinsamen Agierens zur Maxime unseres Handelns zu machen, wodurch wir dann von selbst auf die Idee kämen, dass wir ein Gremium der regelmäßigen Konsultation brauchen. Ganz offensichtlich reicht das, was wir haben, nicht aus. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Das Wort geht an die SPD-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Gemmel.

**Gemmel (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Henning Voscherau, der frühere Hamburger Bürgermeister, sagte im Vorfeld der ersten Volksentscheidung zur Fusion von Berlin und Brandenburg:

„Die Fusion Berlin-Brandenburg macht Hoffnung, dass die gegenwärtige föderale Struktur in Deutschland nicht auf ewig festgeschrieben bleibt. Tatsächlich ist sie dringend verbesserungsbedürftig.“

Als Hamburger wusste er, wovon er sprach.

Dies ist eine Tatsache, die auch von keiner Partei so richtig bestritten wird, dennoch ist die Reformfähigkeit, wenn es um wirkliche Strukturveränderungen geht, außerordentlich bescheiden.

Die Position der PDS zum ersten Fusionsanlauf war damals, wenn ich mich recht erinnere: Ja, aber noch nicht jetzt! - Oder war es doch ein Nein?

(Vietze [PDS]: Kein Nein, sondern ein: Nicht mit diesem Vertrag!)

- Es war jedenfalls sehr verworren; es wurde von niemandem so richtig verstanden.

(Gelächter bei der PDS)

Das Einzige, was damals deutlich geworden ist, war, dass man aus parteitaktischen Überlegungen die Ängste der Bürger geschürt hat. Den Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen.

Auch heute gewinnt man wieder den Eindruck, dass die öffentlichen Äußerungen zur möglichen Fusion von parteitaktischen Überlegungen geleitet werden. Herr Vietze, Sie haben vorhin wieder betont: Sie wollen. - Aber was Sie wollen, haben Sie nicht gesagt.

(Vietze [PDS]: Nein?)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, eine Frage zu beantworten?

**Gemmel (SPD):**

Ja, ich warte darauf.

**Vietze (PDS):**

Herr Gemmel, Sie haben gesagt, dass Sie es damals nicht verstanden hätten. Könnten Sie mir zustimmen, dass die über 60 % der Brandenburger Bürgerinnen und Bürger, die gemeinsam mit der PDS den Neugliederungsstaatsvertrag ablehnten, es möglicherweise verstanden haben?

(Beifall bei der PDS)

**Gemmel (SPD):**

Jawohl, sie haben verstanden, wie Sie ihre Ängste geschürt haben. Ich habe es ja betont, genau das war es.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Sie haben es immer noch nicht gelernt! - Frau Siebke [SPD]: Setzen, Fünf!)

Das Positive, wenn man sich mit dem Thema beschäftigt, ist,

dass man interessant bleibt. Wer sich über Berlin und Brandenburg äußert, der kann sicher sein, sich damit in der Presse wieder zu finden, wie sich während des Sommerlochs dieses Jahres gezeigt hat.

Selbstverständlich haben wir - das steht außer Frage - die klare Entscheidung der Brandenburger Bürger, die damals gefällt worden ist, zu respektieren. Da Berlin und Brandenburg aber unbestritten ein gemeinsamer Wirtschafts- und Lebensraum werden sollen, besteht weiterhin Handlungsbedarf, insbesondere weil Verwaltungsstrukturen nur das Geld ausgeben können, das von den Menschen erarbeitet wurde. Nicht zuletzt deshalb ist es richtig, die gewachsenen föderalen Strukturen zu reformieren. Neben der Tatsache, dass wir sie uns gar nicht richtig leisten können, produzieren sie auch noch - wie heute schon öfter erwähnt - viel zu viel Bürokratie.

Meine Damen und Herren, die Große Anfrage der PDS ist die zweite zu dem Thema. 1996 hatte die SPD bereits eine Große Anfrage dazu eingebracht. Viele der damals gestellten Fragen lauteten fast wie die heutigen.

(Zuruf von der PDS)

Deshalb kann man die Dinge auch gut bewerten und vergleichen.

Der dem Parlament vorliegenden Antwort ist zu entnehmen, dass es vertragliche Grundlagen der Zusammenarbeit - zurzeit zehn Staatsverträge und circa 50 Verwaltungsvereinbarungen -, einen gemeinsamen Koordinierungsrat sowie eine kaum zu überschauende Zahl von Arbeitsgruppen, Kommissionen, Projektgruppen und Strategiekreise gibt. Es hat sich auf einigen Gebieten eine wirklich gute Zusammenarbeit entwickelt, worauf ich noch zu sprechen komme.

Ob aber der Weg über Staatsverträge und runde Tische - den Sie immer proklamiert haben - wirklich zum Abbau von Bürokratie und teuren Verwaltungsstrukturen und letztendlich zur Fusion führt, ist zumindest fraglich. Im Gegenteil, es besteht tatsächlich die Gefahr, dass sich die Strukturen auch durch Verträge immer mehr verfestigen und dann als neues Argument kommt: Jetzt ist eine Fusion nicht mehr notwendig, es ist ja schon alles geregelt. In der Antwort auf die Frage 3 definiert die Landesregierung die Brandenburger Landesinteressen im Verhältnis zu Berlin mit der Verfassungsverpflichtung, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Räumen zu schaffen. Jawohl, Herr Vietze, das ist ein hoher Anspruch, dem wir alle gerecht werden müssen. Dies erklärt auch, warum ich als Abgeordneter einer Randregion gern zu diesem Thema rede; denn der wohl wichtigste Vertrag ist der Staatsvertrag über das gemeinsame Landesentwicklungsprogramm, in dem sich Berlin verpflichtet, sich auch mit den berlinfernen Regionen auseinander zu setzen.

Die Beibehaltung des Prinzips der dezentralen Konzentration, also die gezielte Förderung von Schwerpunktstandorten, ist nicht nur verfassungsrechtlich geboten, sondern in den Verträgen mit Berlin auch festgeschrieben. Bei der Sicherung gestaffelter Fördersätze für die direkte Wirtschaftsförderung und bei der Erarbeitung der Prioritätenlisten für die verkehrliche Infrastruktur ist dies bisher auch gelungen, wenn naturgemäß auch noch nicht jede Begehrlichkeit erfüllt werden konnte. Allerdings sind die Aufgaben, wenn man die Arbeitsmarkt-

zahlen in den Randregionen als Maßstab nimmt, auch noch gewaltig. Deshalb gibt es keine wirkliche Alternative zu der verabredeten verstärkten Förderung der Randregionen.

Zu dem Komplex der gemeinsamen Landesplanung als Instrument zur Schaffung eines Interessenausgleichs hat die PDS-Fraktion zahlreiche Fragen gestellt und umfangreiche Antworten erhalten. Mein Problem ist, dass durch einige Fragen, aber auch durch viele Äußerungen der Eindruck entsteht, als könne Politik durch angeordnete wirtschaftliche Entwicklung Arbeitsplätze nach Wunsch errichten. Wir haben nämlich die Pflicht, den Menschen die Wahrheit zu sagen. Wahrheit gehört nicht nur zu einer seriösen Politik, sondern ist auch die Grundlage für realistische Entscheidungen. Die Unternehmen entscheiden knallhart nach Marktlage und Betriebskosten. Was Politik wirklich leisten kann, ist, Rahmenbedingungen zu schaffen, und hier ist bereits viel Geld investiert worden. Niemand wird abstreiten können, dass jeder Investor heute unter zahlreichen hervorragenden Gewerbestandorten überall im Lande Brandenburg wählen kann. Die bei der verkehrlichen Infrastruktur noch vorhandenen Defizite werden abgebaut. Ich hoffe, dass das auch bei Wittenberge gelingen wird; das zu sagen sei mir als regionalem Abgeordneten gestattet.

Meine Damen und Herren, die in der Antwort angeführte rückläufige Bevölkerungsentwicklung in den ländlichen Regionen, verstärkt durch die Abwanderung junger Menschen, ist bittere Realität. Von „sterbenden Regionen“ zu sprechen, was leider viel zu oft geschieht, ist aber unseriös. Die Randregionen brauchen kein Jammerszenario, sondern sie brauchen eine gezielte Unterstützung bei der Nutzung der tatsächlichen regionalen Entwicklungspotenziale. Dazu gehören zum Beispiel der Erhalt einer flächendeckenden Landwirtschaft, bezahlbarer Wohnraum und leistungsfähige Bildungsangebote für unsere Jugend.

Wir müssen uns aber auch darauf einstellen, dass ein Aufrechterhalten der gegenwärtigen Verwaltungsstrukturen bei sinkenden Einwohnerzahlen realitätsfremd ist. Deshalb gehört hierzu die Gemeindegebietsreform - ich sage lieber: Verwaltungsstrukturenreform - genauso wie eine in den nächsten Jahren auf die Tagesordnung zu setzende punktuelle Kreisgebietsüberprüfung - „punktuell“ sage ich hier -, zumindest in den Landkreisen, in denen der Wert von 100 000 Einwohnern unterschritten wird.

Bei dem Thema der Mobilität zwischen Berlin und Brandenburg ist unbestritten viel erreicht worden. Hervorzuheben ist der Verkehrsverbund, der dazu beiträgt, dass der Straßenverkehr entlastet wird. Für die Berufspendler und die Touristen wird durch regelmäßige Verbindungen zwischen Berlin und den Randregionen ein attraktives Angebot geschaffen.

Zu einem der wichtigsten Verkehrs- und wirtschaftspolitischen Projekte der Regionen, nämlich zum Ausbau des Flughafens Berlin Brandenburg International, ist die Antwort der Landesregierung mit zwei Sätzen sehr kurz ausgefallen. Die Botschaft von den hier erwarteten Arbeitsplätzen fällt bei der PDS-Fraktion als Fragestellerin aber ohnehin wohl kaum auf fruchtbaren Boden; denn ihr Njet ist durch Argumente wohl nicht zu erschüttern.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Überwindung der durch die Mauer entstandenen Mängel bei der Vernetzung der Verkehrswege. Dass die in der Antwort erwähnte Arbeitsgruppe Straßen-

planung in der Lage ist, die Planung zwischen den Ländern gut abzustimmen, wird für mich persönlich deutlich, wenn ich auf der A 10 in Richtung Potsdam fahre und den neuen vierspurigen Ausbau der Bundesstraße 5 nach Nauen sehe.

Dennoch gibt es bei der Straßenplanung zu einzelnen Maßnahmen naturgemäß unterschiedliche Auffassungen. Leider sind genau das die Projekte, die in spektakulärer Form die Schlagzeilen in den Printmedien bilden. Die insgesamt gute Zusammenarbeit wird kaum registriert, aber vermeintliche Probleme werden oft zu Staatsaffären hochstilisiert.

Zum Thema des gemeinsamen Wirtschaftsraums hat sich im Tourismus zum Glück die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine erfolgreiche überregionale Vermarktung nur in einer gemeinsamen Region realisiert werden kann. 50 000 Beschäftigte im Tourismusbereich sind keine Vision mehr.

Im Bereich der gemeinsamen Wirtschaftsregion ist die Ansiedlungspolitik nach wie vor durch konkurrierende Interessen gekennzeichnet. Die zwischenzeitlich angedachte gemeinsame Wirtschaftsförderagentur ist zum Glück vom Tisch. Bei aller Konkurrenz gibt es aber auch ein gemeinsames Interesse. Insofern klappt das inzwischen auch recht gut. Hierbei geht es um die Sicherung bestehender Unternehmen und darum, dafür zu sorgen, dass Unternehmen nicht ganz aus der Region Berlin-Brandenburg abwandern.

Die Tatsache, dass spektakuläre Ansiedlungen wegen der allgemeinen Weltwirtschaftslage zurzeit nur noch in Ausnahmefällen gelingen, macht die Notwendigkeit deutlich, an der Entwicklung der Rahmenbedingungen und der Professionalität der Vermarktung weiter zu arbeiten, aber auch in verstärktem Umfang den Dienstleistungsbereich und den Mittelstand zu fördern.

Im Bereich der Biotechnologie handelte es sich in der Regel bisher um kleine Firmen. Gleichwohl wird die wachsende Kompetenz der Region jetzt schon international anerkannt. Hier gibt es ein großes Wachstumspotenzial. In diesem Bereich sind wir absolut auf dem richtigen Weg. Die Landesregierung ist aufgefordert, die Biotechnologie weiterhin intensiv zu begleiten und zu fördern.

Eine Schlüsselrolle nimmt die Zusammenarbeit mit Berlin im Bereich der Hochschulrahmenplanung ein. Hier sind einige enge Kooperationen in Gang gesetzt worden, die aber, wie der Antwort der Landesregierung zu entnehmen ist, noch deutlich ausbaufähig sind. Berlin-Brandenburg als Wissenschaftsregion, die neue Technologien fördert und hoch qualifizierte Menschen bietet, hat erstklassige Voraussetzungen für die Ansiedlung zukunftsreicher Unternehmen.

Im Bereich der Medienpolitik begrüßt die SPD-Fraktion die angekündigte Zusammenarbeit von ORB und SFB. Wir hoffen, dass das jetzt schnell gelingt.

Im Bereich der inneren Sicherheit hat nicht zuletzt der 11. September die Notwendigkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit deutlich gemacht. In der Antwort der Landesregierung werden einige Abkommen und auch Initiativen genannt, die allesamt zu begrüßen sind. Eine effektive Verbrechensbekämpfung kann aber wohl nur in einem Land wirklich wirkungsvoll organisiert werden. Die innere Sicherheit liefert also eindeutige

Argumente für die Fusion, denen sich wohl niemand entziehen kann.

Ob die Zukunft Brandenburgs in einem gemeinsamen Land mit Berlin oder in einem über Staatsverträge und unzählige Vereinbarungen geregelten Miteinander liegt, wird entscheidend davon abhängen, ob die Parlamente dieses Ziel parteiübergreifend verfolgen. Da reicht es nicht aus zu sagen: Ihr wollt.

Auch wenn in der Vergangenheit einige Stimmen laut geworden sind, die die Entscheidung über ein gemeinsames Land lediglich durch das Parlament gefordert haben, so darf die Entscheidung - das ist meine Überzeugung - letztendlich doch nur im Rahmen einer Abstimmung durch die Bürgerinnen und Bürger getroffen werden. Dies ist auch die Position der SPD-Fraktion. Ob dies nun im Jahre 2006 oder im Jahre 2009 geschieht, ist von nicht so entscheidender Bedeutung. Es ist auch zu erwarten, dass da noch andere Zahlen gehandelt werden. Da werden wir noch einiges zu hören bekommen.

Die tägliche Arbeit und die Erfüllung des Verfassungsauftrags zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes sind die Aufgaben der Stunde. Ohne die Vision aus den Augen zu verlieren, sind diese Aufgaben schwierig genug und müssen auch ohne eine Fusion gelingen.

Ich bin damit am Ende meiner Ausführungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Das Wort geht an die DVU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Claus.

**Claus (DVU):**

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! In den allerschönsten Farben malt die Landesregierung ihre Aktivitäten. Von Leitbildern dezentraler Konzentration, Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, ausgewogener und nachhaltiger Entwicklung, dem Ausbau der schienengebundenen Infrastruktur, dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, dem Ausbau des Flughafens Schönefeld, der Neuordnung der ostdeutschen Energiewirtschaft, Leitlinien für gemeinsame Schulgesetzgebung, inhaltsgleichen Polizeigesetzen und einem kriminalpolizeilich überwiegend einheitlichen Raum, von gemeinsamen Obergerichten und von der gegenseitigen Nutzung von Kindergärten ist dort auf gut 32 Seiten ebenso die Rede, wie es auf Seite 24 als „unabänderliche Tatsache“ hingestellt wird, dass wir im äußeren Entwicklungsraum - gemeint sind die Regionen im nördlichen und im südlichen Brandenburg - „einen allgemeinen Trend einer rückläufigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung, verstärkt durch die Abwanderung junger Menschen“ haben.

Aus Zeitgründen möchte ich nur auf einige Antworten auf die Fragen eingehen.

Warum, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, meinen Sie eigentlich, dass wir den Bevölkerungsschwund in den nördlichen und den südlichen Regionen unseres Landes haben? Halten Sie diese Entwicklung wirklich für „natürlich“?

Wir als DVU-Fraktion halten diese Entwicklung für überhaupt nicht „natürlich“. Dieser Bevölkerungsschwund ist einzig und allein die Konsequenz fehlender Lebensperspektiven in den betreffenden Regionen unseres Landes, und zwar insbesondere für die jüngeren Menschen. Es sind die fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsplätze in diesen Gebieten, die dazu führen, und diese sind wiederum die Folge einer völlig unterentwickelten Politik, namentlich gegenüber mittelständischen Betrieben im Handwerks-, Handels- und Dienstleistungsbereich, die täglich um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfen müssen. Mit anderen Worten: Diese unnatürliche Bevölkerungsentwicklung ist geradezu der Ausdruck davon, dass wir von einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung sowie von einheitlichen Lebensverhältnissen in Brandenburg noch meilenweit entfernt sind. Wir entfernen uns sogar tagtäglich weiter davon.

Das, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, sind hier in Brandenburg die Realitäten und nicht die blumigen Darstellungen in Ihren Antworten auf die Fragen der PDS-Fraktion. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und insbesondere in den Problemregionen bekommen das tagtäglich zu spüren.

Es ist sicherlich nicht so, dass wir von der DVU-Fraktion gegen gemeinsame Strukturanstrengungen mit dem Land Berlin oder gegen eine zukünftige Fusion der Länder Berlin und Brandenburg wären, im Gegenteil; doch alles zu seiner Zeit. Erst einmal haben wir Brandenburger und auch die Berliner noch einiges dazu zu tun.

Wir Brandenburger und die Berliner müssen zunächst unsere Schulaufgaben machen, damit eine solche Fusion möglich wird. Dieses Schularbeitenmachen erfordert tatsächlich die Herstellung einer nachhaltigen und ausgewogenen Entwicklung in Brandenburg, die unter Beibehaltung dezentraler Strukturen zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Brandenburg führt. Dies ist völlig zutreffend.

Natürlich gehören dazu der Ausbau der schienengebundenen Infrastruktur, der Verkehrsverbund, der Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Großflughafen, einheitliche Polizeigesetze und auch gemeinsame Obergerichte. Wir als DVU-Fraktion wären froh, wenn das auch wirklich passieren würde.

Doch was tut die Landesregierung sonst noch und was spielt sich gegenwärtig finanziell in Berlin und in Brandenburg ab?

Die dezentrale Konzentration öffentlicher Einrichtungen spielt sich im Wege der Schönbohm-Rasenmäher-Einheitsmethode, sprich: Gemeindegebietsreform, so ab, dass die gewachsenen örtlichen Strukturen zerschlagen werden sollen und dass sich der Innenminister reihenweise mit den Gemeinden vor dem Landesverfassungsgericht anlegt.

Mit der Polizeistrukturereform sollen ausgerechnet die beiden Polizeipräsidien Cottbus und Oranienburg in den strukturschwachen Randregionen geschlossen werden, und zwar mit der Folge, dass an die Stelle der dezentralen Polizeistruktur eine „zentrale Achse“ Potsdam - Berlin - Frankfurt (Oder) tritt. Zudem ist es noch nicht allzu lange her, da löste die Landesregierung mit ihrer Kürzungspolitik im Bereich der Kindergärten ein Volksbegehren aus, anstatt den Anspruch auf einen Kindergartenplatz in Brandenburg zu sichern.

Weiterhin machte die Landesregierung bis heute keine Anstalten, eine mittelstandsfördernde Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Schließlich ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Fusion die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Diese werden der Fusion sicherlich nicht näher treten, solange sie die Gefahr sehen, dass Politik über ihre Köpfe hinweg betrieben wird. Das haben wir bereits einmal erlebt, als die Fusion von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurde.

**Präsident Dr. Knoblich:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss Ihres Beitrages!

**Claus (DVU):**

Einen Satz noch! - Das aber macht es erforderlich, die desolote Haushaltslage sowohl in Berlin als auch in Brandenburg vor der Fusion in den Griff zu bekommen.

Berlin hat den Skandal um die Bankgesellschaft und ist schlichtweg pleite. Brandenburg hat in dieser Hinsicht die LEG. - Danke schön.

(Beifall bei der DVU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Das Wort geht an die Landesregierung. Herr Ministerpräsident, bitte sehr.

**Ministerpräsident Dr. Stolpe:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Brandenburg und Berlin werden schon heute von außerhalb als eine einheitliche Region und als ein einheitlicher Wirtschaftsraum wahrgenommen. Brandenburg als Flächenland und Berlin als eine hoch verdichtete Metropole ergänzen sich zu einer Region mit vielfältigen Entwicklungspotenzialen.

Natürlich ist es richtig, dass das im Grunde auch ein Gegensatz ist. Man muss darauf achten, dass sich dieser Gegensatz nicht so weit verfestigt, dass er aufgrund der Unterschiede, die real vorhanden sind, zu einer Blockade führt.

Unsere Aufgabe besteht vielmehr darin, uns die Mühe zu machen, die hier vorhandene Chance zu erschließen, verständlich zu machen und den sechs Millionen Akteuren, die in dieser Region leben, nahe zu bringen. Zwar gibt es durchaus einige Bereiche mit konkurrierenden Interessen, insbesondere dort, wo beide Länder auf die gleichen, oft begrenzten Ressourcen zurückgreifen müssen. Aber gerade wegen dieser Konkurrenzsituation macht es Sinn, die Bemühungen um ein Zusammengehen der beiden Länder zu verstärken.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg kann verstärkt werden, wenn die Wirtschaft einen Ansprechpartner hat, wenn der Standort nach außen wirklich einheitlich vermarktet wird. Der Globalisierung und dem zunehmenden europäischen Standortwettbewerb kann die Region Berlin-Brandenburg gemeinsam besser begegnen.

Doch in den Redebeiträgen ist schon daran erinnert worden: 1996 sprach sich eine Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger gegen das Zusammengehen der Länder aus. Damit war klar, dass wir solide und ohne Hektik an der Aufgabe der Kooperation weiter arbeiten müssen.

Deshalb wurde fast auf den Tag genau vor fünf Jahren die Kooperationsvereinbarung zwischen Brandenburg und Berlin abgeschlossen und ein Koordinierungsrat eingerichtet. Die Tätigkeit der gemeinsamen Gremien, die Kooperation der Ressorts beider Länder und die Zusammenarbeit im Bereich der Landesplanung und der Landesentwicklung sind auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen der Region ausgerichtet.

Mit bedeutsamen Projekten wie dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg werden Voraussetzungen für ein Zusammenrücken der Region geschaffen. Berlinferne Räume können so Anschluss an die Gesamtentwicklung finden. Hierauf legen wir ganz besonderes Augenmerk; denn die berlinfernen Regionen brauchen eine spezielle Förderung. Sie sind Gegenstand verschiedener INTERREG-Projekte unter Beteiligung von Brandenburg und Berlin.

Berlin hat gemeinsam mit Brandenburg im Regionalbahnkonzept die Entwicklung der berlinfernen Regionen berücksichtigt. Sie wissen, dass das Regionalbahnkonzept, das wir hier erarbeitet haben, inzwischen in Deutschland Vorbildwirkung hat. Es ist gelungen, in den vergleichsweise wenigen Jahren bereits einen ganz erheblichen Fortschritt im Blick auf die Erreichbarkeit der Metropolregion aus den schwierigen Entwicklungsräumen zu erzielen.

Die Berlin-Tourismus-Marketing GmbH unterstützt vertraglich vereinbart die Vermarktung von Tourismusgebieten auch im berlinfernen Raum. Einige dieser Gebiete wie der Spreewald sind inzwischen ausgesprochene Erfolgsregionen geworden.

Beide Wirtschaftsressorts geben einen gemeinsamen Messe- und Ausstellungsplan heraus.

Berlin und Brandenburg haben damit begonnen, Aufgaben zusammenzulegen. Wir führen gemeinsame Planungen durch, unter anderem für die Bereiche Hochschule und Krankenhaus.

Das Berliner und Brandenburger Landesrecht muss angeglichen werden.

Die Aus- und Fortbildung im öffentlichen Dienst sollte gemeinsam organisiert und die Zusammenarbeit von Verwaltungseinrichtungen forciert werden. Auch eine Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten ist nach meiner Überzeugung noch vor der Bildung eines gemeinsamen Landes in einer Reihe von Bereichen möglich.

Wir wollen Doppelarbeit vermeiden; denn es macht keinen Sinn, unsere Kräfte in Konkurrenzkämpfen zu verschleifen. Die angespannte Haushaltslage beider Länder ist zudem ein zwingendes Argument für die Bündelung der Kräfte; denn beide Länder müssen hart an der Konsolidierung ihrer Haushalte arbeiten. Grundvoraussetzung für ein Zusammengehen beider Länder ist, dass für die Brandenburgerinnen und Brandenburger aus dem Zusammengehen kein finanzieller Nachteil entsteht.

Nur so ist das Vertrauen der Bevölkerung für dieses Zukunftsprojekt zu gewinnen.

In entscheidenden Politikfeldern haben wir mit der länderübergreifenden Zusammenarbeit wichtige und ermutigende Fortschritte gemacht. Das Profil gemeinsamer Standortkompetenzen in der Luftfahrtindustrie, der Verkehrstechnologie, der Biotechnologie und der Medienwirtschaft wurde in den letzten Jahren geschärft. Für die Zukunftssicherung des Verkehrstechnologiestandortes Hennigsdorf - Sie wissen, dass das zurzeit ein sehr aktuelles Thema ist - stehen Brandenburg und Berlin in engem Schulterschluss zusammen.

Besonders eng ist die länderübergreifende Kooperation auf dem Gebiet der Biotechnologie. Die gemeinsame Teilnahme am Inno-Regio im Jahre 1996, ein Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, war für beide Länder der Startpunkt. Die Region Berlin-Brandenburg gilt heute als einer der dynamischsten Biotechnologiestandorte Deutschlands. Exemplarisch für die Bündelung der Kräfte steht das Genom-Forschungszentrum Berlin-Brandenburg als Bestandteil des nationalen Genom-Forschungsprogramms des Bundes. Das Aktionszentrum Bio-Top koordiniert das Zusammenspiel unserer Länder in diesem wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunftsfeld.

An diesen Beispielen zeigt sich, dass Berlin-Brandenburg ein Zentrum angewandter Forschung geworden ist. Die Voraussetzungen dafür wurden mit der Kooperation beider Länder systematisch geschaffen. So haben zum Beispiel beide Länder mit der Vereinigung ihrer Forschungsnetze eine hochmoderne technische Kommunikationsplattform aufgebaut, die den Anwendern der gesamten Region die Arbeit mit Übertragungsdaten im Gigabitbereich ermöglicht. Damit ist Berlin-Brandenburg breitbandig vernetzt und gehört zu den Pilotanwendern des deutschen Forschungsnetzes.

Mit entschlossener Standortentwicklung und mit abgestimmtem Standortmarketing haben wir auch in der Medienwirtschaft greifbare Erfolge erzielt. Im Juli letzten Jahres haben wir die Institution eines gemeinsamen Medienbeauftragten geschaffen und mit Bernd Schiphorst einen angesehenen Experten gewonnen. Bei der Ausrichtung internationaler Veranstaltungen wie dem Europäischen TV- und Rundfunkwettbewerb oder der Internationalen Konferenz für Film- und Fernsehproduktion ist Berlin-Brandenburg gemeinsam aufgetreten. Aufgrund der großen Resonanz werden beide Veranstaltungen in den kommenden Jahren im erweiterten Rahmen stattfinden.

Als Innovationsmotor der gemeinsamen Medienregion Berlin-Brandenburg nimmt Babelsberg im Wettbewerb der deutschen Film- und Fernsehstandorte neben München und Köln einen wichtigen Rang ein. Ohne die Mitwirkung von Berlin wäre das nicht möglich gewesen.

Auch im Bildungsbereich, in dem großer Bedarf für einen geordneten Interessenausgleich besteht, sind wir zu tragfähigen Ergebnissen gekommen. Der länderübergreifende Schulbesuch wurde schon im Jahre 1997 mit der „Vereinbarung über die Gegenseitigkeit beim Besuch von Schulen in öffentlicher Trägerschaft zwischen den Regierungen der Länder Berlin und Brandenburg“ verbindlich geregelt. Damit ist die Freizügigkeit für die Schülerinnen und Schüler im Rahmen der vorhandenen Aufnahmeregelungen gewährleistet.

Um die adäquate Unterrichtsversorgung in Brandenburg zu sichern, wurde mit der Vereinbarung zur Übernahme von Lehrkräften zwischen den Bildungsressorts die Abwanderung qualifizierter Lehrkräfte nach Berlin wesentlich verringert.

Bildung bedeutet Zukunft. Darin sind sich die Länder Berlin und Brandenburg einig. Deshalb gestalten wir die Bildungsoffensive für alle Schülerinnen und Schüler unserer Region. Im März 2001 wurde eine gemeinsame Bildungskommission eingerichtet. Sie soll bis Ende des Jahres 2002 Vorschläge zur abgestimmten Weiterentwicklung des Schulsystems in beiden Ländern vorlegen.

Ich habe die Felder fruchtbarer Zusammenarbeit nur beispielhaft aufzeigen können. Sie sind in der vorliegenden Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage im Einzelnen dargestellt. Die großen Fortschritte bei der Wiederherstellung, der Modernisierung und dem gezielten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur der Hauptstadtregion sind ebenso zu nennen wie die Zusammenarbeit auf den Feldern Beschäftigungsstrategie, innere Sicherheit, Umwelt, Energie und medizinische Versorgung. Berlin und Brandenburg kooperieren zum Nutzen der Bürger.

Ich gehe davon aus, dass in Berlin in Kürze eine arbeitsfähige Regierung gebildet wird. Ich werde mit dem Regierenden Bürgermeister den Fahrplan der weiteren Zusammenarbeit beraten. Nach meinen Vorstellungen ist es sinnvoll, den Bürgerinnen und Bürgern im Jahre 2006 die Grundfrage nach einem Zusammengehen beider Länder zu stellen. Dann bliebe bis zum Jahre 2009 Zeit, die nötigen vertraglichen Feinarbeiten ohne Zeitdruck zu erledigen.

Ich bitte Sie alle herzlich, das Zusammenwachsen, das Zusammenarbeiten und schließlich das Zusammengehen von Brandenburg und Berlin mit allen Kräften zu unterstützen; denn ein gemeinsames Land bedeutet die Zukunftssicherung für die ganze Region Berlin-Brandenburg. Helfen Sie dabei mit - hier im Landtag und vor Ort. Sie alle werden dabei dringend gebraucht; denn es ist noch viel zu tun. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und CDU)

#### **Vizepräsident Habermann:**

Ich danke auch. - Wir sind damit bei der CDU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Dombrowski.

#### **Dombrowski (CDU):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In der heutigen Welt gewinnt der Föderalismus als politische Idee zunehmend an Bedeutung als ein System, das Einheit und Vielfalt auf harmonische Weise in Einklang bringt. Die Länder Brandenburg und Berlin sind nicht nur aufgrund der geographischen Nähe und der gemeinsamen historischen Wurzeln miteinander verknüpft, sondern gerade auch wegen ihrer Verschiedenheit: hier das Flächenland Brandenburg, dort die Millionenmetropole Berlin. Insbesondere diese Verschiedenheit ist es, die nicht nur Nachteile mit sich bringt, sondern auch viele Vorteile für beide Seiten bietet.

So besteht beispielsweise gerade für die Brandenburger Agrarwirtschaft ein erhebliches Marktpotenzial in Berlin. Viele Bran-

denburger Bürgerinnen und Bürger nutzen die Infrastruktur und die Angebote in Berlin. Viele Berliner nutzen die Schönheit der Landschaft Brandenburgs zur Erholung und besuchen Sehenswürdigkeiten in unserem Land.

Eine Voraussetzung für die Nutzung der Vorteile ist selbstverständlich die enge Abstimmung beider Länder in den verschiedenen Bereichen. Ich nenne beispielsweise die Arbeitsmarktpolitik, die Wirtschaftspolitik, die innere Sicherheit, die nur gemeinsam zu gewährleisten ist, aber auch und sehr nahe liegend die Verkehrspolitik. Nur durch enge Kooperation beider Länder kann die Entwicklung der Infrastruktur im notwendigen Maß gelingen.

Auch die im so genannten Speckgürtel liegenden Gemeinden stimmen sich aus gutem Grund mit Berlin ab. Ich erinnere an das Medienbüro Berlin-Brandenburg, den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg oder an den geplanten Ausbau des Flughafens Schönefeld. In all diesen Bereichen beschränkt sich die Zusammenarbeit nicht nur auf die Kooperation, sondern hier ist die enge Zusammenarbeit sogar institutionell angelegt.

Die Kooperation zwischen beiden Ländern hat keine starre Struktur, weshalb die Beantwortung der Großen Anfrage nur eine Momentaufnahme sein kann. Die Kooperation hat vielmehr eine Dynamik, da ständig nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht wird.

Der Versuch der PDS-Fraktion, die Wirksamkeit der Arbeit der gemeinsamen Gremien anzuzweifeln, ist untauglich. Ihre Frage 8 suggeriert, dass sowohl die Regionalplanungskonferenz als auch der Regionalplanungsrat in den letzten zwei bis drei Jahren untätig waren.

Lassen Sie mich diesem Versuch Folgendes entgegenhalten: Wie Sie der Antwort der Landesregierung sicherlich entnommen haben, gab es seit der letzten Sitzung des Regionalplanungsrates acht Sitzungen des Arbeitsausschusses dieses Gremiums. In den Sitzungen dieses Ausschusses wurde eine Vielzahl von regionalplanerischen Einzelfragen erörtert und einvernehmlich behandelt, sodass eine Einberufung des Regionalplanungsrates selbst nicht erforderlich war.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Tack [PDS])

Lassen Sie mich feststellen, dass nicht nur der Regionalplanungsrat, sondern auch die anderen Gremien zur Koordination der ressortübergreifenden Zusammenarbeit gute Arbeit leisten und meiner Meinung nach völlig ausreichend sind.

Die in Frage 11 enthaltene Anregung der PDS-Fraktion zur Neuauflage eines Aktionsprogramms beider Länder - wie es bereits in der ersten Hälfte der 90er Jahre vorlag und überzogene Projekte und Maßnahmen in allen wichtigen Bereichen zur Schaffung von grundlegenden Voraussetzungen einer effizienten Zusammenarbeit enthielt - ist angesichts der erfreulichen Entwicklung unnötig.

Wenn die PDS-Fraktion in Frage 9 nachfragt, welche Vereinbarungen und Verträge gegenwärtig zur Lösung welcher Probleme bereits in Vorbereitung sind, so kann ich auch an dieser Stelle feststellen, dass diese Fraktion offensichtlich ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. Wie Sie sicherlich alle wissen,

wurde bereits vor geraumer Zeit zwischen den Kanzleien unter Beteiligung des Medienbeauftragten von Berlin und Brandenburg sowie der Intendanten von ORB und SFB damit begonnen, die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine Zusammenarbeit der beiden Rundfunkanstalten zu entwickeln. Herr Bisky, dieses Thema müsste Ihnen geläufig sein; auch der Tagespresse ist dazu Aktuelles zu entnehmen.

Darüber hinaus finden Verhandlungen beider Länder über den Abschluss eines Staatsvertrages zur Errichtung eines Landesamtes für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg statt. Weitere Beispiele ließen sich gewiss nennen.

Auch die Frage 6.5 nach Vorstellungen zur Ausgestaltung des Interessenausgleiches zwischen der Metropole und den Umlandgemeinden zeigt, dass die Fragen stellende Fraktion einmal mehr den Schritt aus der Vergangenheit verpasste. Wie Sie der Beantwortung der Frage entnehmen können, liegen nicht nur Vorstellungen, sondern bereits konkrete Ergebnisse der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg bzw. den an Berlin grenzenden Nachbargemeinden vor. Als Belege dienen hier Projekte wie Barnimer Feldmark, Krämer Forst und Döberitzer Heide, aber auch der gemeinsame Naturpark Barnim oder der Wasserwanderweg Berlin-Lausitz.

Wenn die PDS in ihrer Frage 18 behauptet, dass die Landesregierung der Auffassung sei, die Zeit für eine breite öffentliche Diskussion über die Zukunft des Landes und der Region sei noch nicht gekommen, dann muss ich auch darauf eingehen. Die Diskussion über die Zukunft unseres Landes sowie über eine mögliche Fusion der Länder Brandenburg und Berlin ist keine einmalige Veranstaltung mit festgesetztem Anfang und Ende, wie Sie es suggerieren. Sie ist vielmehr ein permanenter Prozess, der mit einem hohen Verantwortungs- und Zukunftsbewusstsein, vor allem aber fair und sachlich fortgeführt werden muss.

(Beifall bei der CDU sowie Zurufe von der PDS)

Herr Kollege Vietze hat hier die Frage gestellt, wie sich die Landesregierung die gleichwertigen Lebensverhältnisse vorstelle. Er hat dargestellt, dass man früher immer auf die hohen Berliner Schulden hingewiesen habe und dass dieses Argument nun weggefallen sei, da auch Brandenburg hohe Schulden habe. Er hat sich - welche Sensation! - zu dem großen politischen Ziel einer organisierten Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg bekannt und dazu namens der PDS Ja gesagt. Meine Damen und Herren von der PDS, Sie beschreiben hier eine Selbstverständlichkeit. Sie tun so, als hätten wir die Wahl, uns dafür zu entscheiden, eine Zusammenarbeit mit Berlin zu organisieren. Wir, Metropole und Umland, sind aneinander gebunden und haben von daher gar keine Wahl. Wir haben nur nicht den Ehrgeiz, hier irgendeinen Wettbewerb mit Ankündigungen zu bestreiten und an die Bestenliste zu kommen. Vielmehr wollen wir eine gute handwerkliche Arbeit machen und dem Bürger die Gelegenheit geben, aufgrund einer guten, zur Normalität gewordenen Zusammenarbeit die Entscheidung zu treffen, ob diese gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit in eine Länderfusion führen kann. Spätestens seit dem Maschendrahtzaun von Monika Zindler sollte man wissen, wie wichtig gutnachbarschaftliche Beziehungen sind.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Dombrowski (CDU):**

Bitte schön.

**Vietze (PDS):**

Herr Dombrowski, würden Sie mir zustimmen, dass die Qualität der Zusammenarbeit und die damit bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommenden Erfahrungen mit einem guten Zusammenwirken von Berlin und Brandenburg möglicherweise die Konsequenz haben könnten, dass sie die von Ihnen bereits getroffene Entscheidung, einen Vertrag über das Zusammengehen von Berlin und Brandenburg abzuschließen, ablehnen oder verändern, um dem Ziel nahe zu kommen, das Sie hier verkünden, nämlich der Perspektive einer Entscheidung im Jahre 2006 und einer Fusion im Jahre 2009?

**Dombrowski (CDU):**

Herr Kollege Vietze, selbstverständlich sollten die Bürger ihre Entscheidungen immer auf der Grundlage von qualitativ guten Entwicklungen treffen können.

(Beifall bei der PDS)

Das Problem liegt eigentlich woanders, Herr Kollege: Sie rühren hier in der Suppenschüssel Berlin-Brandenburg und warten darauf - das ist jedenfalls meine Einschätzung -, dass immer wieder ein Zweifel nach oben kommt. Diesen Zweifel wollen Sie kultivieren, um die Bürger, letztendlich aber auch die Landesregierung und den Landtag in das Ringen der PDS um den ihrer Meinung nach richtigen Standpunkt in dieser Frage einzubeziehen. Deswegen bin ich auch von den Fragen, die Sie stellen, und der Art Ihrer Argumente ein wenig genervt, da ich sie nicht für aufrichtig halte. Wenn Sie sich nicht zu mehr als zu dem Bekenntnis zu einer organisierten Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg durchringen konnten, dann zeigt das, zu welchen kleinen Visionen Ihre Partei nur fähig ist.

(Beifall bei der CDU)

Im Rahmen dieser Diskussion ist die Regierungskoalition für jegliche sachbezogenen Argumente aufgeschlossen. Nur auf der Grundlage eines permanenten Dialogs kann uns diese Zukunftsaufgabe gelingen. Die Diskussion müssen wir auch vor dem Hintergrund führen, dass lebendiger Föderalismus starke Regionen braucht und dass wir die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger in einem zusammenwachsenden Europa in geeigneter Weise zu vertreten haben.

Lassen Sie mich deshalb am Schluss festhalten: Die Zusammenarbeit der Länder Brandenburg und Berlin führt zu erkennbaren Verbesserungen für die Menschen beider Länder. Die Gestaltung der gemeinsamen Region Berlin und Brandenburg, die damit verbundenen Entwicklungschancen und Perspektiven, aber auch das Spannungsfeld, resultierend aus dem eher dünn besiedelten Flächenland Brandenburg und der Metropole Berlin, stellen uns alle - jeden Einzelnen in seiner Verantwortung - vor

eine permanente Herausforderung. Wir stellen uns dieser Verantwortung; tun Sie es bitte auch.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Das Wort geht abschließend noch einmal an die fragende Fraktion. - Frau Tack, Sie haben noch reichlich fünf Minuten Redezeit.

**Frau Tack (PDS):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dombrowski, ich möchte nur klarstellen, dass die PDS-Fraktion der Landesregierung Fragen gestellt hat und die Landesregierung diese Fragen beantwortet hat. Wir haben in den Fragen keine Behauptungen formuliert; da haben Sie möglicherweise etwas hineininterpretiert. Es ist schade darum.

(Beifall bei der PDS - Homeyer [CDU]: Wir haben die Rede von Herrn Vietze gehört!)

Eines ist uns mit der Großen Anfrage gelungen: Die Landesregierung musste sich mit dem Thema „Nachhaltige Entwicklung in der Region Berlin-Brandenburg“ befassen. Das ist nach unserer Auffassung ein großer Fortschritt; denn ich erinnere mich noch an die Debatte im Zusammenhang mit dem PDS-Antrag zur Einsetzung einer Enquetekommission Berlin-Brandenburg zur nachhaltigen Entwicklung. Dem hatte sich die Landesregierung völlig verweigert; sie beteiligte sich gar nicht an der Debatte um die Zukunft dieser Region. Auch Sie, Herr Dombrowski und meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, haben unser Angebot abgelehnt, eine Enquetekommission von Parlamentariern und Experten einzusetzen, um die die Zukunft betreffenden Fragen gemeinsam zu beantworten. Das wollte ich nur noch einmal in Erinnerung rufen, weil Sie uns so herzlich ermunterten, mitzutun.

Meine Damen und Herren, über eines sind wir uns sicherlich alle einig - da gibt es keinen Streitpunkt -: Die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg muss auf allen Ebenen wachsen und intensiviert werden. Damit meine ich die kommunale Ebene ebenso wie die landespolitische Ebene, die Exekutive und die Legislative. Diese Zusammenarbeit - auch das dürfte unstrittig sein, obwohl es in einigen Reden nicht erkennbar war - braucht in Anbetracht der in den letzten Jahren eingetretenen Entwicklung geradezu neue Impulse und neue Zielstellungen.

Berlin wird im Dezember möglicherweise eine neue Regierung haben. Es ist schon sehr spannend, welche Ampelschaltungen für die Entwicklung der Region Berlin-Brandenburg davon ausgehen werden.

Nachhaltige Entwicklung der Region Berlin-Brandenburg ist die Aufgabenstellung, bei der Antworten zur Zukunftsgestaltung des Landes und der Region Berlin-Brandenburg zu geben sind. Dazu reicht es unseres Erachtens nicht aus, dass sich die Landesregierung in theoretischen Erklärungen zum Begriff der Nachhaltigkeit ergeht und auf Einzelbeispiele verweist.

Es ist heute schon angeklungen - mein Kollege Vietze ist darauf eingegangen -, dass die brennenden Fragen in dieser Region

lauten: Wie sind die wachsenden Disparitäten zwischen dem engeren Verflechtungsraum, dem Berliner Speckgürtel, und dem äußeren Entwicklungsraum abzubauen? Wie sind die Abwanderungsprozesse in den ländlichen Räumen zu stoppen? Wie sind die Überalterungsprozesse bei der ländlichen Bevölkerung aufzuhalten? Wie sind räumliche Schrumpfungs- und Entleerungsprozesse aufzuhalten oder gar umzukehren?

Das sind doch die Fragen der Zeit, auf die wir alle gemeinsam nach Antworten suchen müssen. Wir behaupten von uns nicht, auf alles eine Antwort zu haben. Aber wir fordern die Regierung auf, nach Alternativvorschlägen zu suchen, diesen der Entwicklung der Region nicht zuträglichen und nicht zukunftsfähigen Prozessen entgegenzuwirken.

Gerade diese Fragestellungen bestätigen uns, dass es im Land und in der Region solche gravierenden Probleme gibt, dass es ausschließlich - wie manche Antwort auf unsere Fragestellungen seitens der Landesregierung vermuten lässt - ein „Weiter so!“ wie in den vergangenen zehn Jahren nicht geben darf, dass das die falsche Antwort ist.

Das Leitbild der dezentralen Konzentration, ein viel gescholtenes Thema, als eine räumliche Entwicklungsstrategie für die Region Berlin-Brandenburg haben wir immer unterstützt und haben gesagt, dass es dies sein könnte. Ich erinnere nur daran - ich denke, die Debatte zum Haushalt und die Haushaltsberatungen haben das deutlich gemacht -, dass die Regierung dieses Leitbild oft missachtet und immer wieder kontraproduktive Haushaltsentscheidungen getroffen hat.

Die Landesregierung - das ist richtig so - preist die gemeinsame Landesentwicklungsplanung mit Berlin. Nur, meine Damen und Herren, was ist daraus geworden? Jetzt wollen Sie - das halten wir für richtig - einen „integrierten Landesentwicklungsplan Gesamttraum“ erarbeiten lassen. Das ist gut, nur weckt dieser Begriff eine völlig falsche Vorstellung; denn Sie machen nichts anderes, als einen ergänzenden Plan für die ländliche Region vorzulegen, einen ergänzenden Plan zum „Landesentwicklungsplan enger Verflechtungsraum“.

Aber der „Landesentwicklungsplan enger Verflechtungsraum“ ist durch unsolide Beteiligungsverfahren - ich erinnere hier nur an Planfeststellungsverfahren zum BBI - in Misskredit geraten. Das Oberverwaltungsgericht hat schon angekündigt, dass es eine ähnliche Entscheidung zum „Landesentwicklungsplan Sicherung Flughafen“ geben wird. Auch zum „Gemeinsamen Landesentwicklungsprogramm Berlin-Brandenburg“ wurden verfassungsrechtliche Bedenken geäußert.

Genau dieser Zeitpunkt und diese Tatsachen, die ich gerade benannt habe - viele Probleme stehen damit im Zusammenhang -, sollten uns gemeinsam, sollten in erster Linie die Regierung auffordern, jetzt die Initiative zu ergreifen und die Planungsunterlagen unter Berücksichtigung der in der Region Berlin-Brandenburg eingetretenen Entwicklung zu überarbeiten. Eine ehrliche Analyse muss auf den Tisch und eine neue Etappe der gemeinsamen Landesplanung von Berlin und Brandenburg muss begonnen werden. Auch hier - darauf kann ich leider nicht weiter eingehen - können die gewählten Gremien wie Planungskonferenz und Planungsrat ihre Rolle spielen.

Starke Regionen gewinnen an Bedeutung in einer Zeit immer

weiter um sich greifender Globalisierung und von Veränderungen der Handlungsspielräume. Wir hatten dazu heute gerade eine Aktuelle Stunde. Die Region Berlin-Brandenburg mit der deutschen Bundeshauptstadt in der Mitte braucht - das ist unsere feste Überzeugung - für sich selbst und auch für ihre Rolle im Osten und in Europa einen intellektuellen und einen ökonomisch-sozialen Entwicklungsschub.

**Vizepräsident Habermann:**

Ein hervorragender Schlusssatz, Frau Abgeordnete Tack.

**Frau Tack (PDS):**

Das wäre unser Angebot auf die Aufforderung des Ministerpräsidenten, wir sollten mittun. Unser Angebot steht. Wir haben unsere Vorschläge unterbreitet und wir können gemeinsam einen Schritt weiter gehen, wenn es die anderen Parteien wollen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsident Habermann:**

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Tack. - Damit beende ich die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und stelle fest, dass wir die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 25 - Drucksache 3/3382 - zur Kenntnis genommen haben.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 5 und rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Beschäftigungswirksamkeit von Wirtschafts- und Arbeitsförderung**

Große Anfrage 27  
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/2959

Antwort der  
Landesregierung

Drucksache 3/3443

Des Weiteren liegt Ihnen hierzu der Entschließungsantrag der Fraktion der PDS in der Drucksache 3/3558 vor. Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Beitrag der einreichenden Fraktion. Herr Abgeordneter Christoffers, Sie haben das Wort.

**Christoffers (PDS):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung, bevor ich dann einige Ausführungen zu der politischen und sozialen Wirklichkeit machen werde, auf die diese Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage gestoßen ist. Ich möchte mich erst einmal bei den beiden beteiligten Ministerien bedanken für den Versuch einer dezidierten Beantwortung einer Reihe von auch aufgrund von Abgrenzungskriterien von Statistiken und Ähnlichem schwierig aufzunehmenden und zu bewertenden Fragen. Dafür ein Dankeschön!

Ich gehe davon aus, dass die Große Anfrage uns noch sehr lange beschäftigen wird. Sie macht aus meiner Sicht neben dem Zahlenwerk und neben einer Reihe von Einschätzungen deutlich, dass wir im Bereich Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik vor gravierenden Veränderungen stehen und dass wir uns als Land Brandenburg dazu auch eine Position erarbeiten müssen. Ich möchte versuchen, das an einigen Beispielen deutlich zu machen.

Erstens: Die Verzahnung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist - das ist von allen Parteien hier im Hohen Haus immer wieder angesprochen worden - ein gemeinsames Politikziel. Die Frage, die wir uns zu stellen haben, ist: Auf welchen realen Umsetzungsgrad ist diese Forderung bisher gestoßen? Ich glaube, aus der Antwort der Landesregierung wird deutlich, dass ein gewisser Paradigmenwechsel stattgefunden hat, ein Paradigmenwechsel, der sich im Prinzip darauf bezieht, dass Fragen der Arbeitsmarktförderung in der politischen Wertung ein Stück weit herunter gefahren werden und damit auch kein ausreichender Mittelansatz für diesen Bereich mehr bereitgestellt wird.

Das hat nichts damit zu tun, dass die Arbeitsintensität der Mitarbeiter sowohl der LASA als auch anderer Einrichtungen auf kommunaler und regionaler Ebene bei der Entwicklung von Vorhaben und Projekten größer geworden ist; es hat damit zu tun, dass die vom Land gesetzten Rahmenbedingungen für diesen Bereich jetzt schlechter werden und mit dem Doppelhaushalt weiter verschlechtert werden.

Damit wird aber ein Grundsatz infrage gestellt. Wenn ich Wirtschafts- und Arbeitspolitik verzahnen will, dann muss ich Strukturen und Mittel bereitstellen, die das auch ermöglichen.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Bisky [PDS])

Wenn das nicht gewährleistet ist, dann wird dieser Anspruch aufgegeben. Wir stehen vor der Frage: Wohin mit der Arbeitsmarktpolitik? Bevor der Vorwurf kommt, wir wollten zu sozialistischen Zeiten zurück, darf ich Sie daran erinnern, dass nicht das Land Brandenburg, sondern das Bundesland Sachsen bei dem Einsatz von Mitteln für ABM und SAM pro Tausend Arbeitslose einsame Spitze ist, um auch das gleich klarzustellen.

Ich möchte deutlich machen, was aus unserer Sicht notwendig ist, um Arbeitsmarktpolitik tatsächlich zu qualifizieren.

Qualifizierung, eine der Hauptsäulen gegenwärtigen arbeitsmarktpolitischen Handelns, ist richtig. Wenn aber die Situation so ist, dass die industrielle Substanz des Landes Brandenburg nicht ausreicht - auch auf lange Zeit nicht ausreicht -, Wertschöpfung und Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt flächendeckend sicherzustellen, dann muss die Frage gestellt werden: Mit welcher Zielrichtung wird Qualifizierung dann vorgenommen, um zu verhindern, dass a) Qualifikationspotenziale geschaffen werden, die niemandem nutzen, und b) eine Situation geschaffen wird, in der Menschen aufgrund guter Qualifizierung auch noch massenhaft das Land Brandenburg verlassen?

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Wenn wir Arbeitsmarktpolitik stärker mit regionalen Vorhaben, mit regionalen Projekten verbinden, wenn wir also dahin kommen, Arbeitsmarktpolitik stärker mit regionaler Entwicklung zu

verzahnen, dann haben wir eine Möglichkeit, zu qualifizieren, und dann haben wir eine Möglichkeit, ein investitions- und beschäftigungspolitisches Verständnis durchzusetzen, das auf harte und weiche Standortfaktoren in den Regionen setzt. Ich zeige Ihnen dazu ein paar Beispiele auf.

Der InnoRegio-Wettbewerb ist vom Ministerpräsidenten beim vorigen Tagesordnungspunkt angesprochen worden. Im Rahmen des InnoRegio-Wettbewerbs gab es mehr als 90 Projekte in diesem Land, bei denen jeweils mehr als Dutzende von Einzelakteuren aus den Regionen von Unternehmen, Verwaltungen bis hin zu Beschäftigungsgesellschaften für die Regionen Wertschöpfungspotenziale identifiziert haben und bereit waren, sie umzusetzen. Diese benötigen eine Anschubfinanzierung. Diese Anschubfinanzierung ist unter anderem auch durch Mittel der Arbeitsmarktförderung möglich. Ich darf daran erinnern, dass zum Beispiel im Landkreis Oberhavel mit dem Projekt „Pflanze als nachwachsender Rohstoff“ eine flächendeckende Identifizierung einer Region stattgefunden hätte, wenn es tatsächlich umgesetzt worden wäre.

Das wären Mittel, die aus meiner Sicht Arbeitsmarktpolitik, Beschäftigungsentwicklung, Regionalentwicklung und Wertschöpfung sinnvoll ergänzen würden. Denn dann weiß ich, in welche Richtung ich qualifizieren muss. Dann weiß ich, wohin die Entwicklung gehen muss. Dann kann ich Perspektiven in Lebensräumen schaffen, die letztlich dazu führen, dass Menschen hier bleiben und hier ihren Lebensmittelpunkt behalten.

(Beifall bei der PDS)

Ich darf Sie auf einen weiteren Punkt aufmerksam machen. Wir sind in einer Situation, in der durch das Ausdünnen der Finanzierung für beschäftigungspolitische Strukturen die Arbeit dieser Strukturen selbst infrage gestellt wird. Es geht nicht darum, dass die Arbeit dieser Strukturen nicht effizienter gestaltet werden kann - das ist überhaupt nicht das Thema -, sondern es geht darum, dass ich bei einem Wegbrechen der Strukturen natürlich auch die Inhalte eines arbeitsmarktpolitischen Verständnisses nicht mehr umsetzen kann.

Wenn diese Strukturen wegbrechen, dann brechen natürlich auch Vorhaben weg, die aus meiner Sicht durchaus eine positive Entwicklung genommen haben. Ich denke dabei an einige Vorhaben, die sicherstellen, dass bis zu 80 % der Teilnehmer von Maßnahmen tatsächlich wieder eingegliedert werden. Das ist doch etwas, was wir wollen, und das sollte man unterstützen. Das sollte man ausbauen und nicht durch eine ständige Kürzung im Bereich Arbeitsmarktpolitik gefährden. Man sollte durch einen Paradigmenwechsel Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik als gemeinsames Vorhaben ausgestalten.

Der zweite Punkt, den ich benennen möchte und der aus der Großen Anfrage auch ganz deutlich wird: Wir werden in Gesamtdeutschland und auch speziell im Osten eine Kriterien Diskussion darüber führen müssen, mit welcher Effizienz und mit welchen Zielen Mittel im Land Brandenburg tatsächlich eingesetzt werden. Ich glaube, wir stehen vor grundlegenden Veränderungen, die wir als Land Brandenburg massiv unterstützen sollten.

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist eines der Hauptinstrumente der Wirtschafts-

förderung. Darüber besteht völlige Einigkeit. Wir wissen aber auch, dass die Gemeinschaftsaufgabe und die EU-Strukturfonds in ihren Inhalten und ihren Zeitabläufen, in denen sie umgesetzt werden müssen, nicht identisch sind. Wir könnten ein hohes Maß an Flexibilität gewinnen, wenn wir uns in der Bundesrepublik Deutschland entschließen würden, Förderdauer, Förderkriterien und Förderinhalte denen der Europäischen Union anzugleichen, statt zum Beispiel bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ jedes Jahr einen monatelangen Abstimmungsprozess zwischen Bund und Ländern herbeizuführen, was gefördert werden kann und was gefördert werden darf, was gefördert werden soll, der dann auf einen Kompromiss der politischen Beteiligten hinausläuft und nicht in jedem Fall der tatsächlichen Situation im Osten wie im Westen entspricht. Es geht auch aus der Antwort auf die Große Anfrage hervor, dass wir diese Diskussion bundesweit unterstützen sollten und auch hier im Land Brandenburg führen wollen.

Ich bin in diesem Zusammenhang sehr froh darüber, dass der Wirtschaftsminister im Wirtschaftsausschuss angekündigt hat, dass wir dieses Jahr sehr intensiv über die Umsetzung der gemeinsamen Richtlinie zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sprechen werden. Wir sind uns doch über eines alle im Klaren: Es wird perspektivisch weniger Geld geben, aber der Aufwand, dieses Geld zu verteilen, wird immer größer. Wir müssen ein gesundes Mittelmaß finden, mit dem es uns gelingt, die Gelder in die Vorhaben und Projekte zu lenken, die für uns wichtig sind, und durch das zugleich sichergestellt wird, dass öffentliche Mittel nicht verschwendet werden bzw. dass man überhaupt noch handeln kann. Wenn sich das Handeln darauf reduziert, dass man monatelang abwägen muss, ob man es noch kann oder darf, dann, glaube ich, wird es sehr schwierig, mit den uns zur Verfügung stehenden finanziellen Fonds einen entsprechenden Mitteleinsatz zu erreichen.

Ich bin sehr froh darüber, dass eine langjährige Forderung der PDS in diesem und im nächsten Jahr umgesetzt wird. Bei der Gemeinschaftsaufgabe wird das Kriterium der Beschäftigungswirksamkeit stärker definiert werden. Das heißt, es werden stärker als in der Vergangenheit zusätzliche Arbeitsplätze und weniger Rationalisierungsinvestitionen gefördert. Das ist etwas, was in der gemeinsamen Debatte aller Parteien erreicht werden konnte. Ich hoffe sehr, dass es gelingt, diese Zielstellung tatsächlich umzusetzen.

Ich möchte auf einen weiteren Fakt aufmerksam machen, der sich aus der Debatte um die Kriterien ergeben wird. Es ist hier schon sehr oft über Wirtschafts- und Mittelstandspolitik debattiert worden. Wir alle wissen, dass mehr als 90 % aller Unternehmen diesem Sektor angehören. Jede Partei trägt wie eine Fahne vor sich her: Mittelstandspolitik ist der Eckwert jeglichen wirtschaftspolitischen Verständnisses. Dann stellt sich natürlich die Frage, warum zehn Jahre nach der Wende eine Reihe von spezifischen Nachteilen im Osten noch nicht beseitigt sind. Ich denke an Betriebsgröße, Eigenkapitalausstattung, Marktzugang usw. Dann stellt sich für uns auch die Frage: Haben wir als Land Brandenburg genug getan, um diese Defizite mit den Mitteln, die wir zur Verfügung haben, zu überwinden? Meiner Ansicht nach haben wir nicht genug getan.

Tausende von Unternehmen haben sich in den letzten Jahren im

Land Brandenburg eine Marktposition erobert. Sie stehen jetzt vor der Aufgabe, eine zweite Investitionsschwelle zu überspringen. Sie können es nicht, weil bankübliche Sicherheiten nicht vorhanden sind, die Eigenkapitalquote nicht gewährleistet ist und eine Reihe von anderen bekannten Sachverhalten zutrifft. Wenn es uns nicht gelingt, für unsere Förderstruktur Kriterien zu entwickeln, die genau auf diese zweite Investitionsschwelle abzielen, dann werden wir im Land Brandenburg einen Substanzverlust erleben, der gravierend sein wird. Meine Damen und Herren, es ist doch uns allen bekannt, dass wir, wenn noch etwa 50 000 bis 60 000 hoch qualifizierte Leute aus Brandenburg abwandern, einen Substanzverlust erleiden, der es mit sich bringt, dass wir vor einer völlig veränderten Situation stehen. Wir haben dann nicht mehr das Qualifikations- und Beschäftigungspotenzial, um unsere eigene Zielsetzung, Technologieentwicklung, Regionalentwicklung und Wertschöpfung, hier im Land Brandenburg wirklich sicherzustellen.

(Beifall bei der PDS)

Das ist eine Aufgabe, deren Wahrnehmung ich in der gegenwärtigen Haushaltsberatung bisher vermisst habe, und zwar in dem Sinne, dass man sich einem derartigen Anforderungsprofil mit dem gebotenen Ernst stellt und dann möglicherweise zu anderen Entscheidungen kommt, was den Einsatz von finanziellen Fonds betrifft.

Wir haben ein drittes Problem. Wir alle tun so, als ob 2006 noch sehr weit weg ist. Aber die EU-Osterweiterung wird kommen und es ist gut, dass die EU-Osterweiterung kommt, weil sie eine Chance für alle bedeutet, weil sie eine Chance für Europa und auch für Brandenburg bedeutet. Das heißt aber auch, dass wir nicht so tun können, als würden wir nicht vor grundlegenden Veränderungen stehen.

Im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung und der gegenwärtigen Situation wird Basel II für uns eine Herausforderung werden. Jeder von uns hat sicherlich über Basel II gelesen, über die Verschärfung von Konditionen bei der Vergabe von Krediten durch private Banken. Wenn es uns nicht gelingt, unseren eigenen Anspruch, die ILB als öffentliche Strukturbank - das Gesetz haben wir gemeinsam beraten und beschlossen, es wurde von allen Fraktionen mitgetragen - so zu interpretieren und so aufzunehmen, dass die ILB wirklich eine Strukturbankfunktion wahrnimmt und damit einen öffentlichen Beitrag leistet, dass die möglichen Schwierigkeiten, die sich aus Basel II ergeben, überwunden werden und damit eine aktive Mittelstandspolitik betrieben werden kann, werden wir unserer öffentlichen Rahmensetzung nicht gerecht.

Diese Debatte ist intensiv zu führen und erledigt sich nicht mit der Antragstellung hier im Parlament. Deswegen haben wir auf so etwas verzichtet. Ich möchte nur anregen, dass wir uns im Zusammenhang mit Basel II und im Zusammenhang mit der Neukonzipierung einer Mittelstandspolitik hier im Land Brandenburg dieser Frage in den Ausschüssen sehr bewusst stellen und möglicherweise sehr schnell zu Ergebnissen kommen, die eine veränderte Rahmensetzung ermöglichen.

Ich will durchaus erwähnen, was es an positiven Aspekten geben wird. Ich finde die Antwort auf die Anfrage, was das EU-Austauschprogramm gebracht hat, sehr beeindruckend. Das ist etwas, womit wir die Jugend in Brandenburg begeistern können,

wo Kulturen zusammengeführt werden können, wo auch ein kulturelles Gesamtverständnis weit über Brandenburg hinaus entwickelt werden kann.

Es sollte gemeinsames Anliegen sein, genau diese Programme und ähnlich erfolgreiche Programme sicherzustellen, weil sie über den beschäftigungspolitischen Aspekt hinaus eine politische und kulturelle Bedeutung nicht nur für das Land Brandenburg haben. Die sollte wahrgenommen werden. Dazu sollte auch die notwendige Unterstützung gewährleistet sein.

Ich möchte auch nicht versäumen, auf einige Besonderheiten in der Antwort hinzuweisen, Besonderheiten, die sich zum Beispiel aus der Darstellung ergeben, wieviel intensiver angeblich der berlinferne Raum als der berlinnahe gefördert wird. Leider lassen sich diese Aussagen aus der Großen Anfrage anhand des Zahlenmaterials, das die Große Anfrage selbst beinhaltet, nicht so richtig nachvollziehen.

Wenn wir zu einem regionalen Wertschöpfungsansatz kommen, lassen Sie uns auf die Projekte und Ideen, die in Brandenburg vorhanden sind, die eine Zusammenführung von Unternehmen, von Verwaltung und Beschäftigungsgesellschaften beinhalten, zurückgreifen und lassen Sie uns diese anfinanzieren. Dann haben wir tatsächlich die Möglichkeit, eine Förderstruktur zu entwickeln, die diesen Kriterien gerecht werden und Lebensperspektiven in berlinfernen Räumen entwickeln kann.

Wir stehen vor dem Problem - das geht aus meiner Sicht auch aus der Antwort hervor -, dass die öffentliche Hand zunehmend in eine Situation kommt, dass ein gesunder Wettbewerb zwischen Standorten oder Regionen in eine sehr ungesunde Konkurrenz umschlägt. Diese ungesunde Konkurrenz führt auch dazu, dass die öffentlichen Hände untereinander - zum Beispiel bei der Investorenakquise - versuchen, sich gegenseitig den Rang abzulaufen. Das führt unter anderem zu einem ineffizienten Einsatz von öffentlichen Mitteln.

Ich möchte eine Idee wiederholen, die ich vor einigen Wochen bereits eingebracht hatte: Ein Standortsicherungsvertrag zwischen den Bundesländern, der sicherstellt, dass man nach gemeinsamen Kriterien Höchstgrenzen für harte und weiche Standortfaktoren entwickelt, um Ansiedlungen und andere Sachverhalte zu realisieren, ist kein planwirtschaftliches Instrument, sondern ein Instrument, das uns dazu befähigen könnte, diese ungesunde Konkurrenz sozusagen wieder auf gesunde Füße zu stellen und in einem Wettbewerb, der zwischen den Regionen notwendig ist, erfolgreich zu agieren.

(Beifall bei der PDS)

Herr Präsident, ich sehe, die rote Lampe leuchtet. - Ich möchte Ihnen abschließend noch eine Bitte unserer Fraktion darlegen. Wir haben einen Entschließungsantrag eingebracht, der sich an die Antwort auf die Frage 35 eng anlehnt. Da hiermit eine Idee aus der Antwort auf die Große Anfrage selbst aufgenommen worden ist, möchte ich Sie bitten, diesen Entschließungsantrag zu prüfen und ihm zuzustimmen, damit wir einen Ausgangspunkt haben für weitere Diskussionen, die wir sicherlich nicht nur im Rahmen der Haushaltsdebatte führen werden. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsident Habermann:**

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Christoffers. - Das Wort geht an die Fraktion der SPD, Herrn Abgeordneten Müller.

**Müller (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Christoffers, ich habe fest damit gerechnet, dass die Kollegin Schröder zu diesem Thema redet. Dann hätte ich deutlich machen können, wie unterschiedlich doch Standpunkte sein können. Das wird mir jetzt ein wenig schwerer fallen,

(Zurufe bei der PDS)

weil, wie bekannt, der Kollege Christoffers, was Wirtschaftspolitik angeht, durchaus auf dem Boden der Tatsachen steht. Insofern bleibt nicht so sehr viel übrig, was man davon richtig stellen müsste, obwohl es - das will ich an dieser Stelle auch deutlich sagen - in Segmenten noch unterschiedliche Auffassungen gibt. Aber in vielem stimmen wir in unserer Auffassung überein. Das will ich an dieser Stelle einmal so deutlich sagen.

Vor allen Dingen geht es um die Probleme in unserem Land Brandenburg, was die Unternehmensstruktur angeht. Es ist heute bereits mehrfach gesagt worden, dass wir sehr viele kleine Unternehmen und zu wenig große Unternehmen haben. Wir haben in den Unternehmen zu wenig Eigenkapital. Wir haben Probleme mit dem Marktzugang. Wir haben überhaupt zu wenig Unternehmen. Wir haben zu wenig Unternehmer. Es gibt zu wenig Risikobereitschaft, Unternehmer zu werden.

All das führt dazu, dass wir in einer Situation sind, die man als nicht sonderlich hervorragend charakterisieren kann.

Wie kommt man da heraus? Was kann man dabei verändern? Vielleicht sind auch die Fragen zu stellen: Was hat man falsch gemacht? Was muss man in der Zukunft anders machen? - Die Antworten darauf sind sicherlich nicht so ganz einfach, weil ich nicht erkennen kann, dass man es hätte so anders machen können, sodass wir heute ein Land mit einer hohen Industrialisierung in allen Regionen mit vielen großen am Markt präsenten erfolgreichen Unternehmen wären und, was die Steuereinnahmen angeht, kein Problem mehr hätten. Dies wäre vermutlich nicht zu erreichen gewesen. Trotzdem gilt es natürlich, auch mit den in Zukunft zur Verfügung stehenden geringeren Mitteln zu überlegen: Wie kann man sie noch effizienter einsetzen?

An dieser Stelle vielleicht vorab noch etwas anderes. Kollege Christoffers hat zum Ausdruck gebracht, dass an der Verteilung der GA-Mittel nicht zu erkennen ist, dass die strukturschwachen Außenregionen stärker gefördert worden sind. Auch mir ist das beim Durchlesen der Antwort auf die Große Anfrage aufgefallen. Ich habe den Wirtschaftsminister daraufhin angesprochen. Er hat mir zugesichert, dass dies ein Buchstabendreher ist. Das T und das F, welche wir auf der Seite 11 der Antwort finden, ist verdreht worden. Das heißt, die Majorität der Mittel ist in die Außenregion gegangen. Insofern entspricht es dem, was wir eigentlich immer zur Kenntnis genommen und auch immer gemeinsam unterstützt haben.

Wenn man sich das Verhältnis zwischen den beiden Zielrichtungen anschaut - auf der einen Seite die Arbeitsförderung und auf

der anderen Seite die Wirtschaftsförderung -, dann ist aus meiner Sicht allerdings nicht nur festzustellen, dass der Bereich der Arbeitsmarktförderung auch im Haushalt 2002/2003 einen schmerzlichen Verlust an Mitteln zu beklagen hat, sondern auch, dass das Gleiche auf die Wirtschaftsförderung zutrifft.

Marktzugang ist ein Beispiel. Hier müsste man mit Landesprogrammen viel mehr machen, als wir heute machen können. Wenn man sich die letzten Jahre anschaut, dann sieht man, dass wir die Landesprogramme Stück für Stück mangels Geld weggeschnitten haben mit dem Ergebnis, dass wir im Wesentlichen nur noch die europäischen und die Bundesprogramme einsetzen können, die uns natürlich in den Handlungsmöglichkeiten schwer einschränken. Insofern gibt es auch hier Defizite. In den Problembereichen unserer Wirtschaft haben wir nicht mehr die finanziellen Möglichkeiten, um ausreichend zu unterstützen.

Trotzdem ist eine Menge erreicht worden. Von 1990 bis 2001 wurden durch die GA insgesamt 240 000 Arbeitsplätze entweder neu aufgebaut oder gesichert. Wenn man die anderen Programme - EFRE und weitere Wirtschaftsförderprogramme - dazunimmt, kommt man auf 330 000 Arbeitsplätze, sodass man unter dem Strich sagen kann: 25 % der Gesamtarbeitsplätze, die wir haben, sind durch eine solche Förderung stabilisiert oder aufgebaut worden. Wir haben nämlich ungefähr 1,4 Millionen Arbeitsplätze, wie der Antwort zu entnehmen ist. Das ist ein sehr hoher Prozentsatz und bedeutet eine große Wirksamkeit.

Was man natürlich nicht erreichen kann, ist, dass man den Effekt auf den einzelnen Beschäftigten so deutlich herausstreicht, wie das bei der Arbeitsförderung passiert, weil dort die Person im Mittelpunkt steht, während es bei der Wirtschaftsförderung das Unternehmen ist. Es ist in vielen Fällen kaum messbar, wenn sich zum Beispiel in einer Region ein Betrieb angesiedelt hat, was an Nebeneffekten, an Arbeitsplätzen erreicht worden ist.

Die Diskussion über die Beschäftigungswirksamkeit ist sicherlich ganz spannend. Es geht um die Frage: Wie beschäftigungswirksam muss eine Förderung organisiert werden?

Man darf etwas nicht vergessen - hier sind wir gegenüber der PDS manchmal doch etwas unterschiedlicher Auffassung, allerdings gegenüber Herrn Christoffers nicht mehr ganz so unterschiedlich -: Fakt ist: Wenn wir die Beschäftigungswirksamkeit als einzigen Parameter einführen, würde es keine moderne, mit viel Technik auszustattenden Betriebe mehr in der Förderung geben. Wir würden unter dem Strich nur noch die Leute mit der Schippe haben. Ich überspitze das jetzt ganz bewusst. Insofern muss man einen vernünftigen Mix haben. Es könnte zum Beispiel nicht vernünftig sein zu sagen, dass im Prinzip mit vielleicht 10 000 DM Förderung mindestens ein Arbeitsplatz errichtet werden muss. Da würde man zu keinem Ergebnis kommen.

**Vizepräsident Habermann:**

Herr Abgeordneter Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Müller (SPD):**

Aber selbstverständlich.

**Vizepräsident Habermann:**

Bitte schön, Herr Abgeordneter Christoffers.

**Christoffers (PDS):**

Herr Kollege, können Sie mir eine Äußerung irgendeines Vertreters der PDS im Land Brandenburg nennen, der meinte, die Durchschnittssätzen von eingesetzten Fördermitteln pro Arbeitsplatz als einzigem Kriterium die Wirksamkeit der Förderung hier in Ansatz bringen zu wollen?

**Müller (SPD):**

Nein, es gab aber schon so manche Diskussion in diesem Hause, in der es darum ging, ob man die Beschäftigungswirksamkeit nicht wesentlich drastischer in den Mittelpunkt stellen müsste, und zwar mit genau den Aussagen - wir haben das hier ja schon oft diskutiert, es ist ja nicht so, dass es heute erstmalig diskutiert wird -, dass man damit die Zukunftsfähigkeit, was die Kristallisationskerne angeht, infrage stellen würde. Insofern ist ein gesundes Mittelmaß - hier sind wir beide uns sofort einig - der richtige Weg.

**Christoffers (PDS):**

Ich bin sehr für die Ausgewogenheit. Aber es wird heute auf dem SPD-Bundesparteitag beschlossen ...

**Müller (SPD):**

Nun muss man eines zur Kenntnis nehmen:

**Vizepräsident Habermann:**

Herr Abgeordneter Müller, da es keine Frage war, fahren Sie in Ihrem Vortrag bitte fort.

**Müller (SPD):**

Man kann es vielleicht trotzdem sagen. Es ist immer noch so, dass sich die Interessen eines Landes von denen der Bundesrepublik insgesamt durchaus unterscheiden können, soweit die Blickwinkel anders sind und man dadurch zu anderen Antworten auf dieselbe Frage kommt.

Was die Verzahnung von Arbeitsmarktförderung und Wirtschaftsförderung angeht, ist, glaube ich, eine ganze Menge passiert. Es heißt nicht mehr Arbeitsplatzstrategie, aber die Inhalte gibt es nach wie vor. Es gibt auch gute Beispiele dafür, was zum Beispiel die Existenzgründungsförderung angeht: auf der einen Seite MASGF mit der Existenzgründungsförderung aus der Arbeitslosigkeit heraus, auf der anderen aber Coaching über das Wirtschaftsministerium. Braunkohlesanierung ist ein gutes Beispiel, wie die Verzahnung funktioniert, aber auch im Bereich der Arbeits-, Struktur- und Wirtschaftsförderung wurde eine Menge erreicht, wenn es um die Ansiedlung von Unternehmen ging. Gerade was Qualifizierungsmaßnahmen, auch durch das Arbeitsamt organisiert, angeht, wurde in vielen Fällen eine Region für eine Ansiedlung von Unternehmen überhaupt fit gemacht.

Insofern gibt es, glaube ich, schon eine ganz deutliche Erfolgsstory, dass eben die Zusammenarbeit, die Verzahnung, die

Kopplung der verschiedenen Töpfe in der Vergangenheit wesentlich besser funktionierte, als es vielleicht noch vor sechs Jahren der Fall gewesen ist. Ich glaube, wir sind da schon ein Stück weiter. Ich glaube nicht, dass man dort revolutionär irgendetwas verbessern kann. Man wird weiter daran arbeiten müssen. Ich glaube aber, das, was erreicht worden ist, ist außerordentlich vernünftig. Das wird auch deutlich in der Antwort der Landesregierung auf Ihre Große Anfrage. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsident Habermann:**

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Müller. - Das Wort geht an die Fraktion der DVU, an die Abgeordnete Fechner.

**Frau Fechner (DVU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Thema dieser Großen Anfrage ist die Beschäftigungswirksamkeit von Wirtschafts- und Arbeitsförderung - fürwahr ein sehr interessantes Thema. Schließlich möchte man doch wissen, ob die Bemühungen auch von Erfolg gekrönt waren. Viel Geld ist in den letzten Jahren in die Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung geflossen. Doch welche Ergebnisse können vorgewiesen werden?

Wenn man sich die Antwort auf diese Große Anfrage ansieht, dann ist man leicht geneigt zu sagen, dass bezüglich der Beschäftigungswirksamkeit das Ergebnis bei weitem nicht zufriedenstellend ist.

Die Landesregierung hat dieses auch erkennen müssen und schreibt dazu unter anderem:

„Für eine dauerhafte Trendwende am Arbeitsmarkt bedarf es indes vor allem einer deutlichen Verbesserung der konjunkturellen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt.“

Fürwahr, da hat die Landesregierung Recht; denn die wirtschaftliche Lage sieht in Deutschland sehr schlecht aus. Mit einem von Wirtschaftsforschern prognostizierten Wirtschaftswachstum von unter 2 % wird Deutschland im kommenden Jahr das Schlusslicht innerhalb der Europäischen Union sein. Auch das Land Brandenburg mit seiner verfehlten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hat einen aktiven Beitrag dazu geleistet, dass Deutschland dieses Schlusslicht bilden wird.

Wie sieht es hier im Land Brandenburg aus? Im Gegensatz zu anderen Bundesländern ist die konjunkturelle Entwicklung hier seit Jahren rückläufig. Bemühungen seitens der Landesregierung, dies zu ändern, gibt es und gab es auch in der Vergangenheit zur Genüge. Mit speziell entwickelten Programmen sollte die desolate Wirtschaftslage hier im Land verbessert werden.

Doch welchen Nutzen brachten letztendlich diese Programme? Wie viele Menschen erhielten dadurch auf Dauer eine Beschäftigung? Rechtfertigt der bisher erreichte Nutzen überhaupt den großen finanziellen Aufwand? Sicherlich gab und gibt es Programme, deren Wirksamkeit infrage zu stellen ist. Aber es gab und gibt durchaus auch Programme, die sich in der Praxis be-

währt und auch einen sichtbaren Nutzen für die Teilnehmer gebracht haben. Doch was nützt all die Erkenntnis, wenn kein Geld mehr da ist, um diese Programme im bisherigen Umfang fortzusetzen?

Wir alle haben uns in den letzten Wochen mit den Einzelplänen intensiv beschäftigt und konnten uns davon überzeugen, dass mit den der Landesregierung zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln eine Wirtschafts- und Arbeitsförderung, so wie sie notwendig wäre, nicht möglich ist. Aufgrund des Konsolidierungskurses der Landesregierung wurden und werden zur Verfügung gestellte Bundesmittel nicht in Anspruch genommen. Das sind verschenkte Gelder, meine Damen und Herren von der Landesregierung!

Natürlich wissen auch wir, dass die Verschuldungspolitik der vergangenen Jahre so nicht fortgesetzt werden kann. Aber man kann auch vieles kaputtsparen. Nicht nur die DVU-Fraktion im Brandenburger Landtag, auch Gustav Horn vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung warnt vor weiteren Sparprogrammen. Gerade jetzt ist es wichtig, in die Wirtschaft zu investieren, um dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Statt Gelder für geplante Investitionsmaßnahmen zu streichen, so wie es der Haushaltentwurf und das Gemeindefinanzierungsgesetz vorsehen, und damit die schon am Boden liegende Bauwirtschaft im Lande noch mehr zu schwächen, sollten gerade jetzt Aufträge an die krisengeschüttelte Baubranche vergeben werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Viele Programme zur Wirtschafts- und Arbeitsförderung existieren und wurden auch mehr oder weniger erfolgreich durchgesetzt. Doch die Beschäftigungswirksamkeit ließ bei den meisten Programmen sehr zu wünschen übrig. Bleibt zu hoffen, dass die Programme, deren Beschäftigungswirksamkeit erwiesen ist - solche gibt es -, fortgeführt werden. Hier darf es keine Kürzungen mehr geben. Im Gegenteil, diese Programme müssen in Zukunft finanziell stärker als bisher ausgestattet werden. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

**Vizepräsident Habermann:**

Ich danke auch, Frau Abgeordnete Fechner. - Das Wort erhält die Fraktion der CDU. Herr Abgeordneter Dr. Ehler, bitte.

**Dr. Ehler (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon Höflichkeitsgründe gebieten es mir, in den Chor des Bedauerns einzustimmen, dass die Abgeordnete Schröder heute nicht zu diesem Thema spricht. Das macht es aber im Grunde genommen interessanter; denn der bewährte Effekt des Schachtelteufels fällt heute weg und wir müssen uns mit dem auseinander setzen, was uns Herr Christoffers heute gesagt hat. Ich möchte mich auch nicht dem begonnenen „Kampfstreicheln“ anschließen. Wir wollen schon die Gegensätze herausarbeiten. Es ist die Problematik, wenn Herr Christoffers spricht, dass es immer „PDS light“ ist; das macht nicht dick.

(Zurufe von der PDS)

Aber unerschwerlich kommen wir dann schon zum Thema.

Zuerst möchte ich mich bedanken, dass Sie als eines der Beispiele für regionale Wirtschaftsentwicklung das Thema nachwachsende Rohstoffe erwähnt haben. Das ist ein Projekt der ältesten Koalition in Brandenburg, nämlich der in Hennigsdorf, einer sehr bewährten Koalition aus CDU und SPD. Aber genau dieses Beispiel zeigt, wie problematisch das ist. Denn in einem Teil war dieser Ansatz sicherlich richtig; gescheitert ist er aber letztlich, weil die Unternehmen nicht wirklich in den Markt gegangen sind, sondern zunächst einmal Fördermittel haben wollten. Das ist eben nicht unproblematisch.

Das Zweite, wo ich heftig widersprechen will, sind die etwas unerschwerlichen kausalen Zusammenhänge, die so scheinbar plausibel lauten, wenn nun die wirtschaftliche Entwicklung nicht ausreiche, dann müsse man verstärkt Arbeitsmarktpolitik betreiben, um Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei geht es mir überhaupt nicht darum, undifferenziert mit Arbeitsmarktpolitik umzugehen. Ich möchte nur noch einmal ganz deutlich sagen: Das Gewitter, das uns mit der Steuerschätzung erreicht hat, hat im umgekehrten Sinne eines gezeigt: Wer zahlt die Steuern, wer zahlt das Geld, das wir ausgeben? Die Unternehmen in Deutschland!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Insofern investieren wir nicht in die Wirtschaft, sondern wir entziehen der Wirtschaft Liquidität, und dann geben wir es sinnvoll oder nicht so sinnvoll aus. - Das also, damit wir bei den Verhältnismäßigkeiten bleiben.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern hat in den letzten Jahren viele Veränderungen durchlaufen, teilweise aus Einsicht in die notwendigen Veränderungen aufgrund sich wandelnder Anforderungen der Märkte, teilweise aber auch aufgrund dessen, dass der Bund schlicht und einfach die Summen, die er dafür zur Verfügung stellt, abgesenkt hat.

Die Beschäftigungswirksamkeit von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik allerdings holzschnittartig, wie es von der PDS-Fraktion getan worden ist, an 35 Fragen analysieren zu wollen - das sage ich auch ganz offen, damit Ihr Blick geschärft wird -, das geht an einer seriösen Analyse vorbei, weil es immer davon ausgeht, dass der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft der Faktor für Beschäftigung ist. Zunächst einmal fürchtet sich jeder Unternehmer vor dem Staat, zunächst einmal kann er viel freier agieren, wenn er nicht besteuert, nicht reguliert wird usw. Wir wollen dabei nicht die Henne mit dem Ei verwechseln.

**Vizepräsident Habermann:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

**Dr. Ehler (CDU):**

Selbstverständlich.

**Vizepräsident Habermann:**

Bitte schön, Herr Christoffers.

**Christoffers (PDS):**

Herr Ehler, ich möchte, um ein Missverständnis auszuräumen, zwei Fragen stellen.

Die erste Frage: Können Sie mir erklären, wie bei nicht vorhandenen bzw. ungenügend ausgeprägten Marktverhältnissen Marktinstrumente greifen sollen, die gar nicht greifen können, weil die Situation, auf die sie anzuwenden sind, wie in den alten Bundesländern, nicht existiert?

Die zweite Frage: Herr Ehler, können Sie mir den wirtschaftspolitischen Sinn erklären, dass mithilfe der Steuerreform eine steuerliche Freistellung der Veräußerung von Beteiligungen großer Unternehmen beschlossen worden ist und es damit zu einem wirtschaftlich und finanziell nicht nachvollziehbaren und nicht notwendigen Ausfall von Steuereinnahmen der öffentlichen Hand gekommen ist?

**Dr. Ehler (CDU):**

Ihre erste Frage ist relativ leicht zu beantworten. Dahinter steckt eine etwas voodoohafte Wirtschaftsvorstellung. Wenn Märkte nicht greifen, dann ist es eine Illusion, durch staatliche Eingriffe etwas regulieren zu können; denn die Märkte finanzieren schlicht und einfach diese staatlichen Eingriffe.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Insofern ist das ein grundsätzliches Missverständnis, weil Sie irgendwann am Ende der Kette eben nichts mehr einnehmen. Das nur zum Grundsätzlichen.

Zur zweiten Frage: Wir alle sind uns darüber im Klaren, dass die eklatante steuerliche Benachteiligung des Mittelstandes - da will ich ausnahmsweise nicht nur auf die jetzige Bundesregierung schimpfen - ein durchgehendes Band der letzten 20 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland ist.

Es ist richtig, dass das Problem der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern nicht gelöst ist. Es ist auch richtig, dass wir weit davon entfernt sind, davon reden zu können, dass wir in den neuen Bundesländern eine selbsttragende Wirtschaft haben. Richtig ist aber auch, dass wir, um die Beschäftigungswirksamkeit von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik beurteilen zu können, die Frage beantworten müssten, welche Situation auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern zu konstatieren wäre, wenn wir diese Maßnahmen nicht durchgeführt hätten. Wir müssten die Frage beantworten, welche wirtschaftlichen Strukturen wir heute im Land Brandenburg hätten, wenn es die Wirtschaftsförderungsmaßnahmen nicht gegeben hätte. Wir müssten auch die Frage beantworten können, wie groß die Disparitäten zwischen peripherer Region und Verdichtungsregion wären, wenn wir ohne Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung agiert hätten.

Im Grunde genommen geht es mir um den Katalog, den Sie zusammengestellt haben. Er ist so richtig wie problematisch, weil er von der Grundeinstellung ausgeht: Die Entscheidung des Staates entscheidet auch über die Frage von Beschäftigung oder Nichtbeschäftigung. Hier liegt ein grundsätzlicher Irrtum vor, auch wenn es in den neuen Bundesländern temporär richtig ist, durch regulierende Maßnahmen übergangsweise bestimmte

Probleme auszugleichen. Aber dieser scheinbare Gegensatz, der immer aus den Reden von Frau Schröder spricht, besagt: Sollen wir nicht lieber statt Wirtschaftsfördermitteln Arbeitsmarktfördermittel ausgeben? - Dazu muss man ganz klar Nein sagen.

Genau das ist der Grund, warum ich in Ihre blauen Augen schaue und die liberale PDS zu sehen meine, gleichzeitig aber das Glitzern auf Ihren Zähnen bemerke.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Halten wir noch einmal fest: Nur die Wirtschaft schafft dauerhafte und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Deshalb ist es richtig, wenn der Wirtschaftsminister seine Politik unter das Motto stellt: „Mehr Mut zum Markt!“ Es ist richtig, wenn wir unsere Politik weiterhin daran ausrichten, dass im Land Brandenburg selbsttragende Wirtschaftsstrukturen entwickelt werden müssen.

Wenn wir die Arbeitslosigkeit im Land Brandenburg nachhaltig bekämpfen wollen, dann müssen wir bessere infrastrukturelle Voraussetzungen für die Wirtschaft schaffen, damit zusätzliche Arbeitsplätze entstehen können. Es ist - auch das bleibt zu konstatieren - aus vielen gesellschaftspolitischen, sozialpolitischen, in manchen Bereich sogar wirtschaftspolitischen Gründen richtig gewesen, für einen bestimmten Zeitraum Beschäftigungspolitik zu machen. Letztendlich hat aber jede Maßnahme der Beschäftigungspolitik in dem Moment, als das Geld aus war, dazu geführt, dass der überwiegende Teil der Beschäftigten wieder in die Arbeitslosigkeit gehen musste. An dieser Erkenntnis führt kein Weg vorbei.

Insofern halte ich es für außerordentlich problematisch, wenn hier an einzelnen Beispielen Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung unterschwellig als Konkurrenten betrachtet werden. Sie greifen ineinander. In der Arbeitsmarktpolitik muss man heute wesentlich differenziertere Mittel einsetzen, als es in der Vergangenheit geschehen ist. Wenn Sie sich zum Beispiel vergegenwärtigen, dass in Brandenburg 60 % aller öffentlichen Aufträge im Bereich der Innenstadtsanierung, der Grünordnung usw. mittels ABM erledigt worden sind, dann können Sie sich vorstellen, wie viele Unternehmen davon profitiert hätten, wenn diese Mittel in den Brandenburger Mittelstand geflossen wären und dieser Markt nicht zum überwiegenden Teil über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geregelt worden wäre. Das zeigt, zu welchen Fehlallokationen das führt. Das heißt nicht - das möchte ich noch einmal deutlich sagen -, dass wir in der Koalition nicht weiterhin differenziert und vernünftig über das Zusammenspiel von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sprechen.

Verwerfungen wie beim Thema Bombardier oder beim Thema der Änderung unserer industriellen Strukturen werden immer eine Verzahnung notwendig haben, allerdings stets vor dem Hintergrund, dass wir uns darüber im Klaren sind, dass Arbeitsmarktpolitik nicht ein Monolith, sondern ein temporäres Mittel ist. Markt und Beschäftigung auf dem freien Markt können letztendlich nicht durch Arbeitsmarktpolitik ersetzt werden. Der Staat wäre nicht gut damit beraten, so etwas zu tun. Außerdem wäre es eine große Illusion, weil den Menschen Versprechungen gemacht würden, die letztendlich nicht gehalten werden könnten.

Insofern, meine Damen und Herren, haben wir mit der Großen Anfrage einen interessanten Anstoß zu einer Diskussion be-

kommen. Ich warne aber vor einem grundsätzlichen Impetus in dieser Richtung.

Kurz zu Ihrem Antrag. Ich denke, dass sich die Koalition in einem vernünftigen Dialog über das Thema des Ausbalancierens von Arbeitsmarktpolitik und Marktwirtschaft befindet. Insofern glaube ich nicht, dass wir mit diesem Einzelantrag sehr viel weiter kommen, sondern dass er ein interessanter parlamentarischer Versuch ist, uns einen schwierigen Nachmittag zu bereiten, was uns letztendlich jedoch nicht weiterbringt. Wir vertrauen auf den Dialog, den wir in der Koalition führen. Wir vertrauen auf den Weg, den die Landesregierung eingeschlagen hat. Insofern müssen wir diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie des Abgeordneten Müller [SPD])

#### **Vizepräsident Habermann:**

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Ehler. - Das Wort geht an die Landesregierung, an Herrn Minister Fürniß.

Bevor der Minister hier vorn ist, möchte ich wieder Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Unternehmerfrauen aus Seelübbe. Wie ich sehe, sind nicht nur Frauen, sondern auch Männer gekommen. Herzlich willkommen im Landtag Brandenburg.

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön, Herr Minister Fürniß.

#### **Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt seit einigen Tagen ein ganz interessantes Gutachten, einen ganz interessanten Bericht, den die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Auftrag gegeben hat, und zwar beim Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit sowie beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, unterstützt von einigen Universitäten.

Die Überschrift der Zusammenfassung des Gutachtens lautet: „Der Osten ist kein pauschales Sorgenkind“. Ich möchte dies gern unterstreichen und sagen: Wenn Investoren eine solche Debatte wie die jetzige anhören, in der wir nur beschreiben, wie schlecht alles bei uns ist, dann fragen sie sich, welchen Grund sie hätten, nach Brandenburg zu gehen.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Bei allem, was wir kritisch zu bemerken haben: Manchmal braucht man eben ein Gutachten von außen, das beschreibt, wie groß die Aufbauleistung tatsächlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte den Kernsatz daher noch einmal zitieren:

„Der Aufholprozess der neuen Länder verläuft wesentlich steiler, als vielfach erwartet worden ist. Es wurde der Beleg dafür gefunden, dass dies wesentlich auf die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Eingriffe zurück-

zuführen ist. Dass die Zeit nach der Wiedervereinigung vielen Seiten ein Wirtschaftswunder gebracht hätte, kann man nicht sagen, aber die Rate der Konvergenz ist wesentlich höher, als von Fachleuten vermutet worden ist. Aus diesem Grunde sind die Entwicklungsperspektiven Ostdeutschlands besser als die aktuelle Lage, die immer noch unbefriedigend ist.“

Wir sollten also bei aller negativen Betrachtungsweise erstens das im Auge behalten, was geleistet worden ist, und zweitens sehen, dass wir gute Chancen für die Gestaltung der Zukunft haben. Wir werden es nicht schaffen, wenn wir einen Widerspruch zwischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, zwischen Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktförderung konstruieren. Dies sind zwei Seiten einer Medaille. Nur wenn wir sie als gemeinsames Instrument betrachten, werden wir eine Chance haben. Einen Gegensatz zwischen Wirtschaftsförderung - das ist Wirtschaft - und Arbeitsmarktpolitik - das ist Staat - zu konstruieren ist sowieso unsinnig. Beides sind staatlich initiierte Projekte und beide sollen dazu verhelfen, dass Unternehmen erfolgreich sind. Sie können nur erfolgreich sein, wenn sie qualifizierte und gute Mitarbeiter haben. Auch das sind wieder zwei Seiten einer Medaille.

Herr Christoffers, Sie haben Recht.

(Zuruf von der PDS: Punkt! Das war gut!)

- Es wäre voreuseilender Gehorsam, bereits zu klatschen, bevor man weiß, warum.

(Zuruf von der SPD: Das sind die gewöhnt! - Gelächter)

Er hat Recht. Qualifizierung ist ein Schlüssel für Arbeitsmarktchancen - das ist in dem Gutachten ausführlich beschrieben, ich möchte hier nichts dazu ausführen, empfehle allerdings, es nachzulesen -, aber sie muss in Abstimmung mit dem Kunden und mit dem regionalen Netzwerk erfolgen, in dem diese Qualifizierung stattfindet. Insofern ist es wichtig, auf die Region abzuheben.

Das gesamte Gutachten bezieht sich in seinen Auswertungen ausdrücklich auf die Entwicklungen in den Regionen. Auch dazu einen interessanten Satz:

„Als besonders hilfreich hat sich bei den erfolgreichen Regionen die Existenz einer regionalen Leitfigur erwiesen, die Aktivitäten bündelt und das Wirtschaftsklima in der Region insgesamt prägt. Es kommt wesentlich auf das kooperative Klima zwischen verschiedenen Institutionen und Unternehmen und auf die Entwicklung von Beziehungsnetzen an.“

Mit einer regionalen Leitfigur ist nicht unbedingt der große Überflieger gemeint, sondern ist eine Institution, eine Organisation, ein Netzwerk gemeint, welches diese Vernetzung leisten kann.

Klar ist jedoch - das war der Hintergrund der Großen Anfrage und ist auch in dem Gutachten deutlich geworden -, dass die verschiedenen Instrumente der regionalen Förderung in den neuen Ländern ganz wesentlich die wirtschaftliche Entwicklung geprägt haben:

„Allen ist gemeinsam, dass sie zum Beschäftigungswachstum beigetragen haben.“

Wir können gern diskutieren, ob Wirtschaftsförderungsinstrumente in ihrer Ausrichtung fein genug sind, ob wir noch etwas verbessern können, ob wir sie besser vernetzen können. Aber wir sägen den Ast ab, auf dem wir sitzen, wenn wir darüber zu diskutieren beginnen, ob wir in Zukunft Förderprogramme brauchen oder nicht. Wir werden solche Förderprogramme noch lange Zeit brauchen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das sollte zumindest Konsens sein.

Es ist auch Konsens, dass diese Förderprogramme im Wesentlichen so ausgerichtet sein müssen, dass sie den ersten Arbeitsmarkt stärken und stabilisieren. Aber gleichzeitig gehört es zum Realitätsbewusstsein bezüglich der Situation in Brandenburg zu wissen, dass neben den Qualifizierungsmaßnahmen Arbeitsbeschaffungs- und Anpassungsmaßnahmen das Bild in den nächsten Jahren noch - ich sage nicht: prägen - begleiten werden. Auch dies gehört zur Realität in diesem Lande. Alles, was dazu dient, Qualifizierung im Sinne von langfristig stabilen Arbeitsplätzen zu fördern, ist richtig und ist ein guter Ansatz. Kollege Ziel und ich arbeiten nicht nur deshalb gemeinsam daran, weil wir in derselben Regierung sitzen, sondern auch deshalb, weil dies die gemeinsame Grundlage der Zusammenarbeit unserer Mitarbeiter in den jeweiligen Bereichen ist.

Wir können die Profile für Qualifizierung inzwischen kundenscharf entwickeln, indem wir Fördermittel aus dem Arbeitsmarktbereich und Mittel aus der Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur aufeinander abstimmen. Das muss es sein. Das muss uns in unserer Region von anderen Regionen unterscheiden, dass wir die Programme kundenorientiert und marktorientiert einsetzen können.

Herr Christoffers, Sie haben einen wichtigen Hinweis zum Thema des Wettbewerbs der Regionen gegeben. Natürlich gibt es da auch eine Konkurrenz in der Form, dass die Regionen versuchen, sich bei den Fördermitteln zu überbieten, auch wenn offiziell natürlich jeder die gleichen Sätze hat. Klar ist jedenfalls, dass die reichen Länder auch noch Geld haben, um Landesmittel für eine Ansiedlung hinzulegen, wenn wir keines mehr haben. Klar ist auch, dass die Unternehmen ihre Philosophie ändern. Ich kann Ihnen das am Beispiel von BMW deutlich machen.

BMW ist nicht durch Europa gezogen und hat sich Standorte angeschaut, sondern BMW hat gesagt, man möchte gern ein neues Auto bauen und die europäischen Standorte mögen Angebote dafür vorlegen, wo man das am besten machen könne. Da haben sich 270 Standorte in Europa beworben.

Wirtschaftsförderung ist also Standortpolitik und Standortpolitik heißt, Profile zu entwickeln, die anders sind als die von anderen; sonst hat man in diesem Wettbewerb keine Chance. Umgekehrt gilt aber auch: Da das so ist, haben wir als Region eine Chance, können uns deswegen mit einem guten Profil entsprechend qualifizieren, und zwar qualifizieren nicht nur im Sinne der Qualifizierung der Mitarbeiter, sondern auch in der Art und Weise, wie wir schnell und unbürokratisch Entscheidungen herbeiführen und damit den Unternehmen das Ansiedeln ermöglichen.

Auch ich wünschte mir, dass die GA-Richtlinien und Richtlinien der Europäischen Union besser koordiniert wären. Wer wünschte sich das nicht. Gerade bei dem letzten Operationellen Programm haben wir aber gesehen, wie das mit der Europäischen Kommission ist: Erst wenn auch noch der Letzte geliefert hat, wird das genehmigt. Dies war 18 Monate später als bei denjenigen, die ihre Anträge sofort geliefert haben. Mit solchen Verwerfungen werden wir auch in Zukunft rechnen müssen.

Was in den Bereich der Legendenbildung gehört, ist aber die Vermutung, dass wir für unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen zu wenig getan hätten. Die Zahlen in den Antworten auf die Fragen in der Großen Anfrage machen nämlich deutlich, dass wir fast alles in die kleinen und mittelständischen Unternehmen investiert haben. Es ist nicht wahr, dass die Großunternehmen in diesem Lande die großen Gelder geschluckt haben; richtig ist vielmehr, dass mehr als zwei Drittel aller Investitionen aus den Förderprogrammen in kleine und mittelständische Unternehmen geflossen sind. Das wird auch in Zukunft so sein, und zwar nicht nur deswegen, weil wir gar nicht so viele große Ansiedlungen hierher bekommen, sondern auch deswegen, weil wir eine zweite Investitionswelle in den bestehenden Unternehmen initiieren müssen, damit diese den Anschluss an die Wettbewerbsfähigkeit bekommen. Den Bestand zu pflegen wird also in der Zukunft eine ganz wesentliche Aufgabe von Wirtschaftsförderung und von Förderprogrammen sein.

Der Vergleich mit den anderen Bundesländern ist immer so eine Sache. Jeder wählt sich gerade das Bundesland aus, das er braucht, um zeigen zu können, wo er besser ist bzw. dass die anderen schlechter sind. Diese Methode ist nicht sehr hilfreich. Es ist aber gut, wenn einem ab und zu einmal jemand sagt, dass das, was man getan hat, gar nicht so schlecht ist, dass es durchaus Chancen gibt, den Aufholprozess im Rahmen des europäischen Wettbewerbs zu gestalten.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang zum Schluss noch einmal aus dem erwähnten Gutachten zitieren, weil das hilfreich ist und uns in den Intentionen gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik in hohem Maße bestärkt. Die letzte Passage dieses Gutachtens lautet:

„Insbesondere in den benachteiligten Regionen des Ostens treten massive Probleme auf. Die hier lebenden Menschen sind doppelt benachteiligt, weil die ostdeutsche Ökonomie generell ein niedrigeres Aktivitätsniveau bietet und die angesprochenen Räume selbst innerhalb dieses Gebiets noch einmal ungünstig betroffen sind.“

Man darf aber nicht nur den ersten Teil dieser letzten Passage lesen, sondern muss sich auch den zweiten Teil vor Augen führen. Da heißt es:

„Diese Perspektiven“

- das sind die Perspektiven, die in dem Gutachten genannt werden; ich habe vorhin einige angesprochen -

„für eine Besserung der Lage werden sich nur realisieren lassen, wenn die Wirtschaftspolitik in ihrer Umsetzung der Förderprogramme weiter unterstützt wird und insbesondere die überregionale Orientierung der Ökonomie gefördert wird.“

Sie sehen: Wir sind gar nicht auf einem so schlechten Kurs. Wenn wir da weitermachen und bei aller kritischen Betrachtung den Unternehmern in diesem Lande - es gibt hier mehr als 100 000 - gleichzeitig immer wieder einmal sagen, dass sie gute Arbeit leisten und dass wir ihnen helfen, diese gute Arbeit fortzusetzen, dann werden wir in Zukunft nicht immer nur an der Klagemauer stehen, sondern werden eines Tages über diese Mauer hinwegsehen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsident Habermann:**

Ich danke dem Wirtschaftsminister, beende gleichzeitig die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und stelle fest, dass Sie die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 27, die Ihnen in der Drucksache 3/3443 vorliegt, zur Kenntnis genommen haben.

Nach dieser Feststellung kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in der Drucksache 3/3558 vorliegt. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 6 und rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Rahmenbedingungen für Mittelstand und Handwerk im Land Brandenburg**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
der Fraktion der CDU

Drucksache 3/3522

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Beitrag der Fraktion der CDU. Herr Abgeordneter Bartsch, Sie haben das Wort.

**Bartsch (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der letzten Aktuellen Stunde habe ich angekündigt, dass seitens der Koalitionsfraktionen ein Antrag eingebracht wird, in dem Maßnahmen vorgesehen sind, um die Rahmenbedingungen für unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen wesentlich zu verbessern.

In zahlreichen Gesprächen mit Unternehmen und ihren Vertretungen haben wir die Probleme erfragt, die unsere Unternehmen drücken. Wir haben danach gefragt, welches die Probleme der Unternehmen vor Ort sind, die ihr wirtschaftliches Agieren erschweren und sie daran hindern, zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen.

Natürlich wurde uns ständig deutlich gemacht, dass sich die hohe Steuer- und Abgabenlast auf die wirtschaftliche Entwicklung negativ auswirkt. Es wurde uns auch deutlich gemacht, dass die Neuregelung der 630-DM-Jobs, die Einführung der so genannten Ökosteuer, die Verschärfung des Kündigungsschutz-

zes und die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes alles andere als die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze bewirkten. Insoweit ist sicherlich ein bundespolitisches Umdenken notwendig.

Mit den Forderungen in dem vorliegenden Antrag wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Besonders freut mich in diesem Zusammenhang, dass sich die SPD der jahrelangen Forderung der CDU nach Einführung einer Nachunternehmerklausel angeschlossen hat. Wie oft müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass durch Subunternehmerketten Arbeitsplätze und Existenzen vernichtet werden, dass bei öffentlichen Aufträgen die Gewinnspanne der Generalunternehmer einstreicht, wobei das gesamte Risiko bei unseren mittelständischen Unternehmen liegt.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wollen wir darauf achten, dass die mittelständischen Unternehmen eine faire Chance erhalten. Im Mittelstandsförderungsgesetz ist bereits verankert, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge in kleinen Losen erfolgen soll, damit sich unsere Mittelständler in stärkerem Umfang um Aufträge der öffentlichen Hand bemühen können.

Mit der Einführung der Nachunternehmerklausel stellen wir zudem sicher, dass sich in Zukunft nur der Unternehmer um einen öffentlichen Auftrag bemühen wird, der auch ein Interesse an der Ausführung des Auftrags hat und öffentliche Investitionen nicht dazu nutzt, Preise und Löhne bei unseren mittelständischen Unternehmen weiter zu drücken.

Eine weitere Forderung in unserem Antrag lautet, dass die für die Vergabe öffentlicher Aufträge Verantwortlichen besser geschult werden. Sicherlich ist es zutreffend, dass der billigste Anbieter auch der günstigste sein kann. Es ist aber nicht die Regel, dass das so ist. Wenn wir für die Vergabe öffentlicher Aufträge faire Bedingungen einfordern, dann müssen wir die in den Kommunen und im Lande dafür Verantwortlichen auch dazu befähigen, beurteilen zu können, ob das billigste Angebot auch das günstigste ist.

In unseren zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der Verbände und der Kammern wurde uns immer wieder deutlich gemacht, dass die Regelungen der VOB völlig ausreichend sind, um eine faire Vergabe rechtlich sicherzustellen. Allerdings liegt es oftmals an den handelnden Personen vor Ort, dass auch bei öffentlichen Aufträgen ein unfairen Preis- und Lohnwettbewerb nicht verhindert wird.

Einen weiteren erheblichen Verbesserungsbedarf bei den staatlichen Rahmenbedingungen sehen wir im Bereich der Bekämpfung der Schwarzarbeit und der Zahlungsmoral. Die Union hat die rot-grüne Bundesregierung gewarnt, dass ihr Gesetz, das im Bereich der Zahlungsmoral erhebliche Verbesserungen herbeiführen sollte, nicht greifen wird. Hier wurden Erfahrungen der Verbände und der Kammern ignoriert und es wurde ein Gesetz verabschiedet, dem die Unternehmensvertreter lediglich zubilligen, dass es nicht schadet. Seit der Verabschiedung dieses Gesetzes sind fast zwei Jahre vergangen, zwei Jahre, in denen unzählige Unternehmensexistenzen vernichtet wurden, weil der Staat nicht in der Lage war, entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen.

Auf Druck der Länder Thüringen und Sachsen ist es gelungen, dass die Bundesjustizministerin die Bund-Länder-Konferenz zur Verbesserung der Zahlungsmoral wieder einberufen hat. Diese Konferenz wird am 5. Dezember zum ersten Mal zusammen-treten.

Die Koalitionsfraktionen haben in ihrem Antrag konkrete Forderungen formuliert, die die Landesregierung auf dieser Konferenz vertreten soll. Wir als Parlamentarier wollen unsere Landesregierung aktiv dabei unterstützen, dass es endlich zu Regelungen kommt, die die Zahlungsmoral nachhaltig verbessern.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Zur verbesserten Bekämpfung der Schwarzarbeit wurde im Sommer dieses Jahres das Gesetz zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung am Bau verabschiedet. Angesichts der Bedingungen, die das Gesetz dafür vorsieht, dass einem Unternehmen eine Freistellungsbescheinigung erteilt wird, ist damit zu rechnen, dass dieses Gesetz nicht nur die Schwarzarbeit eindämmen, sondern auch Arbeitsplätze vernichten wird. So wichtig es ist, Schwarzarbeit zu bekämpfen, so müssen wir bei den Maßnahmen, die wir vorschlagen, doch darauf achten, dass sie nicht mehr schaden als nutzen. Wenn als Versagungsgrund für eine Freistellungsbescheinigung das wiederholte nicht rechtzeitige Einreichen der Steuererklärung ausreicht, so stellt sich für mich schon die Frage, ob das Gesetz nicht mehr die Sicherung der Steuerschuld bzw. die Vorfinanzierung staatlicher Aufgaben durch unsere Unternehmen bezweckt als die Bekämpfung der Schwarzarbeit.

(Beifall bei der CDU)

Zur Bekämpfung der Schwarzarbeit fordern die Koalitionsfraktionen die Einführung des fälschungssicheren und elektronisch lesbaren Sozialversicherungsausweises. Dieses Instrument hat sich in anderen europäischen Ländern bereits bewährt. Wir wissen, dass die Schwarzarbeit nicht allein dadurch bekämpft werden kann. Im Zusammenhang mit stärkeren Kontrollen sehen wir in diesem Sozialversicherungsausweis jedoch ein attraktives Instrument, das endlich genutzt werden sollte.

In unserem Antrag ist weiterhin eine Reihe von Maßnahmen enthalten, die auf verbesserte Rahmenbedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge abzielen. Wir fordern ein Instrument bzw. eine Institution, damit kommunale Auftragsvergaben nachgeprüft werden können. Wir sehen hier die Möglichkeit der Einrichtung einer Landesnachprüfstelle oder der Wiedereinrichtung der kommunalen Vergabestellen. Es ist ein Auftrag an die Landesregierung formuliert worden, zu prüfen, welche der beiden vorgeschlagenen Möglichkeiten die effizientere ist. Uns ist es jedenfalls wichtig, dass es eine Möglichkeit gibt, kommunale Vergaben nachprüfen zu lassen.

Wir fordern in unserem Antrag auch die Einrichtung eines Unternehmer- und Lieferantenverzeichnisses. Die Beteiligung an öffentlichen Aufträgen soll für unsere Unternehmen mit weniger bürokratischem Aufwand verbunden sein. Auf der anderen Seite wird auch das staatliche Handeln effektiver, wenn ein Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis eingerichtet ist.

In unserem Antrag fordern wir auch, dass die Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen zwischen Berlin und Branden-

burg angeglichen werden. Wir halten nichts von einer Abschottungspolitik. Es kann aber nicht sein, dass um Brandenburg herum und in Berlin, das in der Mitte von Brandenburg liegt, höhere Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen gelten als bei uns. Sicherlich wäre es ein ehrgeiziges Ziel, eine Angleichung der Ausschreibungsgrenzen mit allen Bundesländern, die an Brandenburg grenzen, zu erreichen. Da die wesentliche Verflechtung jedoch mit Berlin besteht, haben wir uns bei unserer Forderung darauf beschränkt, dass zukünftig für Berlin und Brandenburg die gleichen Ausschreibungsgrenzen gelten.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit ist es mir leider nicht möglich, auf die übrigen Punkte unseres Antrages einzugehen.

Lassen Sie mich abschließend im Interesse der kleinen und mittelständischen Unternehmen im Land Brandenburg um Ihre Zustimmung für unseren Antrag bitten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

#### **Vizepräsident Habermann:**

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Bartsch. - Das Wort geht an die Fraktion der PDS, Herrn Abgeordneten Christoffers.

#### **Christoffers (PDS):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorab möchte ich ein Wort an den Kollegen Ehler richten: Nachdem Sie der PDS gerade vorgeworfen haben, sie wolle zu viel Staat und zu wenig Markt, finde ich es interessant, wenn jetzt von Ihrer Seite ein Antrag gestellt wird, der ein Eingreifen des Staates in den Markt fordert.

(Beifall bei der PDS)

Aber ich gehe davon aus, Herr Ehler, dass Sie Ihre Intention auf dem Parteitag der CDU in der Prignitz deutlich gemacht haben. Soweit ich es nach der Antragslage mitbekommen habe, hat die Position, die Sie hier vertreten haben, auf dem CDU-Parteitag in der Prignitz keine Mehrheit gefunden.

Ich komme zu dem Antrag selbst.

Ich bin sehr froh darüber, dass ein Antrag vorliegt, der das Ziel hat, die Rahmenbedingungen für Mittelstand und Handwerk im Land Brandenburg zu verbessern. Dies ist ein gemeinsames Anliegen, auch aus dem Bewusstsein heraus, dass es erfolgreiche Unternehmen, die im Land Brandenburg den Aufbau mitgestaltet und Beschäftigungsleistungen induziert haben, einfach erwarten können, dass die öffentliche Hand einen Rahmen setzt, der ihre Existenz erleichtert. Insofern ist der Antrag richtig und er kommt zur richtigen Zeit.

Ich möchte aber auf drei widersprüchliche Punkte des Antrages hinweisen.

Erstens soll es um die Vergabe öffentlicher Aufträge gehen. Herr Bartsch, ich glaube, es liegt nicht daran, dass die VOB nicht angewendet werden kann. Der Fehler liegt im Grundkonstrukt bei Vergaben. Dieser Fehler wird durch Ihren Antrag nicht beseitigt. Wenn Sie Haushalts- und Vergaberecht nicht

zusammenführen, dann werden Sie nicht in eine Situation kommen, dass regionale Vergabestellen - trotz aller Schulung, die auch Sie immer fordern - eine tatsächliche Abwägung der Gebote nach dem wirtschaftlichsten Anbieter vornehmen können; denn dann greifen natürlich andere Rechtssysteme, die der betreffenden Vergabestelle anschließend auf die Füße fallen. Deswegen haben wir Ihnen Ende letzten Jahres unseren Antrag vorgelegt, ein Landesvergabegesetz zu verabschieden. Damit war vor allen Dingen das Ziel verbunden, beide Rechtssysteme zusammenzuführen und damit auch im Land Brandenburg rechtlich sichere Vergaben zu ermöglichen.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Die Landesregierung hat sich entschieden, die bundeseinheitliche Regelung abzuwarten. Das ist ein möglicher Weg. Aber die Erwartungshaltung, dass dieser Weg sehr schnell beschritten wird, ist ungeheuer hoch. Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Hohen Haus Einigkeit darüber herstellen können, dass die Landesregierung aufzufordern ist, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese bundeseinheitliche Regelung so schnell wie möglich vorgelegt wird.

(Beifall bei der PDS)

Zweitens: Wenn Sie eine Veränderung des Mittelstandsförderungsgesetzes als eine mögliche Variante ins Spiel bringen, um hier ein besseres Vergabeverhalten zu erzielen, dann ist das ein möglicher Weg. Aber noch einmal: Er wird nur dann greifen, wenn Sie bei der Veränderung des Mittelstandsförderungsgesetzes beide Rechtssysteme - Haushaltsrecht und Vergaberecht - zusammenführen. Ansonsten wird es am Leben vorbeigehen und das Ziel dieses Antrages wird nicht erreicht. Deswegen appelliere ich an Sie alle, diesen Antrag zu überweisen, damit wir uns über diese Problematik noch einmal unterhalten können.

Drittens: Ich sehe ein ordnungspolitisches Problem mit der Höhe der freihändigen Vergabe in Berlin. Wenn diese Praxis in Berlin ordnungspolitisch falsch ist, dann kann es doch nicht der Weg des Landes Brandenburg sein, eine ordnungspolitisch falsche Entscheidung zu übernehmen. Nur ein Weg kann in diesem Fall gangbar sein: Berlin muss gezwungen werden - in diesem Fall meine ich wirklich: gezwungen werden -, die Wertgröße, bis zu der die freihändige Vergabe noch zulässig ist, zu verringern.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Ich gehe auch davon aus, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Ich nehme an, dass die regierende SPD in Berlin nach den Wahlen und auch die mitregierende SPD in Brandenburg sehr schnell zu einer Einigung kommen werden; denn ich höre von beiden Parteien in beiden Ländern immer wieder, dass sie hier einen Schwerpunkt ihrer Politik sehen. Wir sollten sie beim Wort nehmen und einfach bitten, den Druck auf die Genossen der SPD in Berlin zu erhöhen, damit dieses Problem endlich vom Tisch kommt.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte auf eine weitere Problematik aufmerksam machen. Herr Bartsch, Sie fordern eine Nachunternehmerklärung erst

ab 500 000 Euro. Auch damit habe ich ein ordnungspolitisches Problem. 500 000 Euro entsprechen rund 1 Million DM. Sie wissen doch genau so gut wie ich, dass für einen Handwerker ein Bauauftrag im Wert von 1 Million DM ein sehr großes Volumen darstellt. Deswegen bin ich dafür, die Nachunternehmerklausel nicht erst ab 500 000 Euro greifen zu lassen. Vielmehr sollten wir uns im Ausschuss zusammen mit Experten darüber verständigen, welche Größe gangbar ist und tatsächlich greifen würde.

Insgesamt gehe ich also davon aus, dass im Zusammenhang mit diesem Antrag einige ordnungspolitische Fragen zu debattieren sind, damit er tatsächlich das Ziel erreichen kann, das in der Überschrift erläutert wird.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt hinweisen. Gegenwärtig finden Haushaltsberatungen statt, die sehr intensiv und, um es vorsichtig zu formulieren, etwas unübersichtlich sind. Mein Appell an uns alle lautet: Der Haushalt des Landes Brandenburg - das ist in den Beratungen ganz deutlich geworden - ist mit mehr als 1 Milliarde DM unterfinanziert. Ich gehe davon aus, dass wir Anfang des nächsten Jahres mit einem Nachtragshaushalt zu rechnen haben. Die Finanzministerin wird das zwar jetzt noch nicht bestätigen, aber ich gehe davon aus, dass es dazu kommen wird. Sollte ich mich irren, dann werde ich mich auch öffentlich dazu äußern, dass ich einem Irrtum aufgefressen bin.

**Vizepräsident Habermann:**

Herr Abgeordneter Christoffers, spekulieren Sie nicht so viel, sondern kommen Sie zum Ende Ihres Beitrages!

(Heiterkeit bei der SPD)

**Christoffers (PDS):**

Ich komme zum Schluss. - Deswegen möchte an Sie alle appellieren, in den Haushaltsberatungen dem gemeinsamen Anspruch gerecht zu werden, Mittelstandspolitik dadurch sicherzustellen, dass wir einen bestimmten Anteil der zur Verfügung stehenden Fonds für diesen Bereich reservieren; denn wir werden ohnehin mit Sonderfinanzierungen für Großprojekte umgehen müssen. Ich glaube, dann kann man auch den konsequenten politischen Schritt gehen und ein Signal nach außen senden, dass hier über eine Begrenzung bzw. eine Definition des Einsatzes der Mittel für diesen Bereich haushaltspolitische Sicherheit geschaffen wird. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsident Habermann:**

Ich danke dem Abgeordneten Christoffers und gebe das Wort an die Fraktion der SPD, an den Abgeordneten Müller.

**Müller (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, wir haben heute einen wirtschaftspolitischen Tag. Aber das ist nicht verkehrt; denn die Themen sind von so gravierender Bedeutung, dass man so viel und so deutlich darüber reden muss.

Ich mache im Land Brandenburg seit elf Jahren Wirtschaftspolitik und muss feststellen, dass sich die Art und Weise, wie man in den Diskussionen mit Unternehmern empfangen wird, dramatisch verändert hat. Ich möchte das an einem Beispiel festmachen.

Ein Tischler, der erfolgreich agiert und dessen Familie seit Generationen das Tischlerhandwerk ausübt, erklärte mir, dass er ein Problem habe. Seine Kinder sagten ihm, dass sie sich das, was er sich als Unternehmer derzeit antue, in Zukunft nicht antun wollten. Deswegen werden sie die Tradition, die seit 200 Jahren in der Familie besteht, nicht fortsetzen. Das tut nicht nur dem Unternehmer, sondern auch mir weh. Dieses Beispiel macht deutlich, dass sich die Bedingungen für das Handwerk erheblich verschlechtert haben.

Es ist jetzt wichtig zu überlegen, inwieweit wir dazu beitragen können, dass sich die Bedingungen ein Stück weit verbessern. Ich will auf einige Punkte eingehen.

Der erste Punkt ist die Nachunternehmerklausel. Herr Bartsch, es ist nicht so, dass wir einfach nur das gemacht haben, was Sie seit Jahren fordern, sondern es ist ein Kompromiss zustande gekommen. Diesen Kompromiss will ich an zwei Punkten deutlich machen. Erstens sind diese 70 % nicht mehr enthalten, zweitens gibt es eine Untergrenze. Herr Christoffers, das Problem, das ich mit solchen Dingen habe, ist, dass das zunächst mehr Bürokratie bedeutet. Deshalb war es mir sehr wichtig, eine Untergrenze einzuziehen, damit nicht bei jedem kleinen Auftrag noch mehr Papier auszufüllen ist. Ein kleiner Auftrag wird in der Regel sowieso nicht an Subunternehmer weitergegeben. Deshalb muss der Unternehmer nicht mit noch mehr Bürokratie belastet werden und deshalb unser Vorschlag bezüglich dieser Untergrenze.

Was die Frage der Grenzen für beschränkte Ausschreibungen angeht, kann man sicherlich verschiedener Meinung sein. Ich bin nicht davon überzeugt, dass man ordnungspolitisch sofort zum Ergebnis kommen muss und dass diese 50 000 DM eine vernünftige Grenze sind. Ich glaube schon, dass eine Erhöhung dieser Wertgrenze sinnvoll ist, und möchte begründen, warum ich das für sinnvoll halte. Zurzeit ist es so, dass sich um einen Auftrag circa 200 Unternehmen bewerben. Man stelle sich einen Auftrag über 60 000 DM vor. Auf diesen Auftrag kommen bis zu 200 Angebote. Das Ergebnis ist, dass sich viele Unternehmen damit beschäftigen müssen und die Verwaltung alle diese Angebote auswerten muss. Das macht keinen Sinn; denn das ist Arbeit ohne Effekt. Zum Schluss erhält ein Unternehmen diesen Auftrag.

Mit beschränkten Ausschreibungen kann man erreichen, dass die Quote deutlich verbessert wird, wenn es vernünftig organisiert ist. Wir müssen natürlich darauf achten, dass diese Praxis nicht dazu führt, dass immer der Freund den Auftrag bekommt - das ist keine Frage -, aber bei einem Verhältnis von 1 : 6, das heißt, einer von sechs erhält den Auftrag, bedeutet das sowohl für die Unternehmenseite als auch für die Verwaltungsseite weniger Aufwand bei der Vergabe der Aufträge. Das macht schon Sinn. Insofern ist eine Erhöhung durchaus verantwortbar.

Ich komme zum Unternehmerleistungsverzeichnis. Auch das ist aus unserer Sicht ein Mittel, Bürokratie zu minimieren. Wenn ich sehe, was die Unternehmen an Papier beschreiben und an Unterlagen einreichen müssen, um einen öffentlichen Auftrag zu erhalten, dann stelle ich fest, dass dies eine immer wieder-

kehrende formelle Angelegenheit ist. So viel ändert sich in einem Unternehmen nicht. Wenn es uns gelingen würde, diese formellen Elemente der Angebotsabgabe in einer Liste, zum Beispiel bei den Handwerkskammern, zu erfassen und der Unternehmer dann nur noch seine Nummer angeben muss, unter der er gelistet ist, dann bräuchte das für das Unternehmen und für die Verwaltung weniger Aufwand und wäre ein Beitrag zur Entbürokratisierung.

Ferner ist uns Folgendes wichtig: Wir wissen, das Internet spielt eine immer größere Rolle. Es ist noch nicht gelungen, dass alle Verwaltungen die Ausschreibungen im Internet veröffentlichen, sodass die Unternehmen in die Lage versetzt werden, sich entsprechende Angebote herunterzuladen und sofort elektronisch zu verarbeiten. Hierbei sehe ich eine Möglichkeit, den Verwaltungsaufwand für beide Seiten zu senken.

Der letzte Punkt, auf den ich eingehen will, hat etwas mit der Zahlungsmoral zu tun. Hierbei greift der Staat tatsächlich in privatwirtschaftliche Beziehungen ein; denn das Problem besteht nicht zwischen dem öffentlichen Dienst und den Auftragnehmern, sondern zwischen privaten Auftraggebern und Auftragnehmern. Hierbei muss etwas verändert werden. Die bisherigen Maßnahmen haben nicht ausreichend gegriffen.

Unsere Überlegungen sind folgendermaßen: Wenn zum Beispiel ein Gutachter auf einer Baustelle bei der Zwischenrechnung feststellt, dass die Arbeit zu 95 % ordnungsgemäß erbracht und der Mangel überschaubar ist, dann muss es doch möglich sein, dass der Unternehmer das Geld nicht erst nach drei Jahren auf dem Gerichtsweg bekommt. Wir sind der Meinung, dass es möglich sein muss, zum Beispiel über einen Beurkundungsprozess oder eine ähnliche Konstruktion zu erreichen, dass das Risiko an dieser Stelle auf den Auftraggeber übergeht. Wir wollen erreichen, dass die Gerichte entlastet werden und dass man im Vorfeld schneller zu einer Entscheidung kommt. Dort ist aus unserer Sicht Entbürokratisierungspotenzial vorhanden.

Ich hoffe, dass wir sehr bald zu Ergebnissen kommen. Der Auftrag geht zunächst an die Landesregierung. Aber ich kündige bereits an, dass mit diesem Auftrag, der durchaus in der Schublade des Ministeriums verschwinden könnte, die Angelegenheit nicht beendet ist; denn wir sind uns einig, dass wir beobachten werden, wie sich das entwickelt. An den Stellen, an denen es sich vielleicht nicht so umsetzen lässt, weil die anderen Bundesländer nicht mitmachen, werden wir das diskutieren. Da es zu keiner Überweisung des Antrages kommen wird - ich hätte sehr gut damit leben können, aber man kann sich nicht immer im Leben durchsetzen -, kündige ich an, dass wir auf die Unternehmensverbände zugehen werden und unsere Überlegungen im bilateralen Gespräch weiterentwickeln werden.

#### **Vizepräsident Habermann:**

Herr Abgeordneter Müller, ich habe schon vor längerer Zeit angekündigt, dass Ihre Redezeit zu Ende ist. Nehmen Sie das bitte auch einmal zur Kenntnis!

#### **Müller (SPD):**

Ich bin auch schon ziemlich am Ende.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber nur mit meinem Redebeitrag! - Wir werden auf die Unternehmensverbände zugehen und die Ideen, die hieraus entstehen, gemeinsam weiterentwickeln. Ich hoffe auf gute Zusammenarbeit. Das war's. Ich bin am Ende.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Habermann:**

Ich bedanke mich. - Das Wort geht an die Fraktion der DVU, den Abgeordneten Schuldt.

**Schuldt (DVU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Koalitionsfraktionen sind lernfähig.

(Beifall bei der DVU)

Inzwischen scheint sich die Krise der Bauindustrie im Land sogar bis in Ihre Reihen herumgesprochen zu haben. Mein Kompliment!

Laut Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages in Berlin rechnet die deutsche Wirtschaft für das Jahr 2002 nicht mehr mit einer Konjunkturbelebung. Nach einem Nullwachstum in diesem Jahr sei im kommenden Jahr nur noch ein Wachstum von knapp 1 % zu erwarten, so der Deutsche Industrie- und Handelstag. So fordert dieser folgerichtig auch mehr öffentliche Investitionen.

Die Anzahl der Firmenpleiten stieg nach einer Untersuchung der Wirtschaftsauskunftei Creditreform in Brandenburg und in Berlin im ersten Halbjahr 2001 explosionsartig an. Wenn eine Firma ihre Zahlungen und ihre Geschäftstätigkeit einstellt, dann sind bekanntlich nicht nur der Betrieb selbst und seine Beschäftigten davon betroffen, sondern auch Kunden und Lieferanten haben Verluste zu beklagen.

Jeder vierte mittelständische Unternehmer im Land Brandenburg hat im ersten Halbjahr 2001 Forderungsverluste von mehr als 1 % im Verhältnis zum Jahresumsatz erlitten, stellt die Auskunftei Creditreform fest. Nur 6,9 % der befragten Betriebe hatten keine Forderungsverluste registriert. Das Gesetz zur Verbesserung der Zahlungsmoral vom Mai 2000 hat die Erwartungen unserer Betriebe nicht erfüllt, betonte auch die Pressesprecherin der Handwerkskammer Potsdam. Die schlechte Zahlungsmoral der Kunden bleibe ein Dauerbrenner handwerklicher Kritik. Der Politik sei es mit dem neuen Gesetz nicht gelungen, dieser Form der Wirtschaftskriminalität einen wirksamen Riegel vorzuschieben, so die Pressesprecherin weiter.

Auch Sie, Herr Minister Fürniß, geben auf der Internetseite Ihres Hauses unumwunden zu, dass im Baugewerbe in Brandenburg keine Trendwende eingetreten sei und sich der Schrumpfungprozess weiter fortgesetzt habe.

Es ist ein Wunder, dass sich die Koalitionsfraktionen angesichts solcher Tatsachen und angesichts der Konkurrenz durch unsere Fraktion der Deutschen Volksunion nunmehr zu einem Antrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Mittelstand und das Handwerk im Lande Brandenburg entschieden haben.

Dabei haben sie - zumindest indirekt - kräftig von uns abgeschrieben.

(Beifall bei der DVU)

Unsere Fraktion war es nämlich, die bereits in der 34. Landtags-sitzung am 5. April 2001 einen Antrag zur Änderung der Verdingungsordnung für Bauleistungen, Teil B, in der Fassung aus dem Jahre 2000 einbrachte. Wir wollten damals mit unserem Antrag erreichen, dass die kleinen und mittelständischen Betriebe so abgesichert werden, dass es keinen Boden für Betrug und bewusste Falschauslegung von VOB, BGB und anderen Vorschriften gibt. Während der 42. Landtagssitzung am 20. September 2001 brachten wir einen Antrag für eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches und anderer Gesetze ein, der ebenfalls bezweckte, die rechtlichen Rahmenbedingungen gerade für Handwerksbetriebe im Bau-bereich zu verbessern.

Siehe da, viele unserer Forderungen, die Sie damals selbstverständlich abgelehnt haben, finden wir in Ihrem vorliegenden Antrag wieder.

(Lachen bei der CDU)

Selbst unsere Änderungsanträge zum Einzelplan 06 des Wissenschaftsministeriums, die eine Erhöhung der Mittel für Verbundforschung und Unternehmensgründung zum Ziel hatten, finden sich in veränderter Form in Punkt 4 Ihres Antrags wieder. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir Ihrem Antrag, der unser Antrag ist, wenn er auch auf Ihrem Kopfbogen geschrieben wurde, selbstverständlich zustimmen.

(Lachen bei SPD und CDU)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

**Vizepräsident Habermann:**

Ich danke dem Abgeordneten Schuldt. - Ich gebe das Wort an die Landesregierung, Herrn Minister Fürniß.

**Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich staune über das beachtliche Maß an Lernfähigkeit, das heute hier beschrieben wurde.

Lieber Herr Müller, mein Schreibtisch hat keine Schublade. Also kann ich auch nichts in ihr verschwinden lassen, um irgendetwas aufzuschieben.

(Fritsch [SPD]: Man kann es gleich herunterfallen lassen!)

Ich weise nur auf zweierlei hin: Die Intentionen dieses Antrages nehmen wir gern auf. Wir sollten zusehen, dass wir daraus gemeinsam eine Offensive „Mittelstand und Handwerk“ erarbeiten, allerdings ohne den Menschen falsche Versprechungen zu machen. Wenn wir rechtliche Rahmenbedingungen verbessern, bedeutet dies noch lange nicht, dass es morgen mehr Arbeitsplätze gibt. Die Bedingungen werden aber besser und insofern ist der Antrag richtig.

Der zweite Hinweis: Bei aller rechtlichen Notwendigkeit der Veränderung von Zahlungsmoral und Schwarzarbeit sollten wir so ehrlich sein zu sagen, dass die Zahlungsmoral zunächst einmal von der Einstellung des Einzelnen zu dem Auftrag abhängt, den er auslöst. Wer nicht bezahlt, tut dies nicht wegen eines Gesetzes, sondern deswegen, weil er sich unanständig verhält.

Das gleiche gilt für die Schwarzarbeit. Sie ist in unserer Gesellschaft sozusagen hoffähig geworden. Man nennt es manchmal Nachbarschaftshilfe; aber wir dürfen uns an diesen Zustand nicht gewöhnen. Das ist das Problem.

(Freese [SPD]: Wir haben auch von Unternehmern organisierte Schwarzarbeit! Viel mehr!)

- Ja, auch dies kommt vor. Heute darf man allerdings nicht mehr „hoffähig“ sagen, sondern muss von „republikfähig“ sprechen. - Ich mache nur darauf aufmerksam, dass es Grenzen dafür gibt, was man mit rechtlichen Möglichkeiten machen kann.

Eine letzte Anmerkung zur VOB: Man muss einmal die Frage stellen, warum andere Länder - in diesem Zusammenhang wird immer von Bayern und Baden-Württemberg gesprochen - dieselbe VOB zur größeren Zufriedenheit der Unternehmer in Anwendung bringen.

#### **Vizepräsident Habermann:**

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

#### **Minister Dr. Fűrniß:**

Aber mit Vergnügen.

#### **Vizepräsident Habermann:**

Bitte schön, Herr Christoffers.

#### **Christoffers (PDS):**

Herr Minister, ich möchte zu Ihren Ausführungen zur Schwarzarbeit eine Nachfrage stellen: Im Rahmen einer Initiative, die in Frankreich sehr erfolgreich war, wurden die Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensive Dienstleister halbiert. Deutschland hat noch bis Mitte nächsten Jahres die Möglichkeit, so etwas in Brüssel anzumelden. Könnten Sie sich vorstellen, mit einer derartigen Herangehensweise der Schwarzarbeit auch in Deutschland den Boden zu entziehen, weil dann Dienstleistungen eher bezahlbar würden und daher eine größere Nachfrage entstünde?

#### **Minister Dr. Fűrniß:**

Darüber muss ich nachdenken; ich kann es Ihnen so nicht sagen. Es lohnt sich jedenfalls, darüber nachzudenken, auch wenn dieser Ansatz nicht zur Freude der Finanzministerin beitrüge. Mir liegen dazu aber keine Erfahrungswerte vor.

Wir haben uns jetzt einmal die bayerische Interpretation der VOB besorgt und prüfen die Unterlagen in den zuständigen Häusern. Aber auch hier muss ich sagen, dass es die VOB allein nicht macht. Auch hier geht es um Moral, um Anstand, um die

Art und Weise, wie man mit Vergaben umgeht. Dies richtet sich auch an die Wirtschaft.

Wir werden den Antrag Punkt für Punkt umsetzen und im Ausschuss intensiv über dieses Thema reden. Aber ich bitte darum, nicht den Eindruck zu erwecken, dass wir die grundsätzliche Denkweise und das Verhalten der Menschen in der Gesellschaft verändern könnten, wenn wir ein paar Spielregeln ändern. Da helfen nur gute Beispiele.

(Beifall bei CDU und SPD)

#### **Präsident Knoblich:**

Wir sind am Ende der Rednerliste. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die PDS-Fraktion beantragt die Überweisung des Antrags von SPD und CDU auf Drucksache 3/3522 an den Ausschuss für Wirtschaft. Wer diesem Überweisungsansinnen zustimmen will, möge bitte die Hand aufheben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung abgelehnt.

In diesem Falle kommen wir zur Abstimmung über den Antrag in der Sache. Wer dem Antrag in der Sache folgen will, möge die Hand aufheben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

#### **Flächendeckende Drogenschnelltests im Land Brandenburg**

Antrag  
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/3517

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der beantragenden Fraktion. Herr Abgeordneter Claus, Sie haben das Wort.

#### **Claus (DVU):**

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! In der Drogenszene nennt man sie verharmlosend Muntermacher oder einfach Stoff: Drogen wie Ecstasy, Speed und Haschisch, die nicht nur die Gesundheit der einzelnen Konsumenten, sondern auch die Sicherheit im Straßenverkehr massiv bedrohen.

Jüngste Untersuchungen im Saarland ergeben hierzu ein alarmierendes Bild. Eine Untersuchung im Auftrag des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft brachte an den Tag, dass sich junge Leute im Alter von 18 bis 25 Jahren zunehmend regelmäßig unter Rauschgifteinfluss ans Steuer setzen.

Die Forschungsgemeinschaft „Auto-Sicht-Sicherheit“ befragte in den Jahren 2000 und 2001 insgesamt 225 Konsumenten so genannter Partydrogen zu ihrem Drogenverhalten und der Nutzung eines Kraftfahrzeugs im Straßenverkehr. Diese Erhebung ergab, dass 94 % der Befragten regelmäßig unter akutem

Drogeneinfluss Auto fahren. In 87 % der untersuchten Fälle kam zum Drogenmissbrauch Alkoholkonsum hinzu. Jeder Siebte hatte nach eigenen Angaben bereits einen Unfall unter Drogeneinfluss. Bedenklich stimmt hierbei, dass in all den genannten Fällen bei Unfallaufnahme der Drogeneinfluss unentdeckt blieb.

Im Saarland wurden außerdem bei Polizeikontrollen Fahrer, bei denen Drogenkonsum vermutet wurde, mit verschiedenen Methoden getestet. Das Ergebnis wurde später durch eine Blutuntersuchung verifiziert.

Als DVU-Fraktion erklären wir daher, dass es endlich Zeit wird, auf dieses Problem, das bisher massiv unterschätzt wurde, effektiv zu reagieren.

In der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen, den hauptsächlichen Konsumenten der populären Partydrogen, ist die Unfallquote 2,9-mal höher als in der Gesamtbevölkerung. Die hiervon ausgehenden Gefahren können nur dann gebannt werden, wenn regelmäßige Verkehrskontrollen den Drogenündern auf der Spur sind. Dazu müssen die Polizeibeamten vor Ort überhaupt erst die Möglichkeit besitzen, den meist nächtlichen Drogenkonsum zu identifizieren.

Erforderlich ist daher ein umfassendes Konzept der Unfallvermeidung durch Sensibilisierung der Beteiligten für den Zusammenhang zwischen Verkehrssicherheit und der Einnahme so genannter weicher Drogen. Das geht nur mit regelmäßigen drogenspezifischen Verkehrskontrollen.

In Frankreich werden seit dem 1. Oktober 2001 die Autofahrer bei Unfällen mit Todesfolge automatisch auf Drogen getestet. Mit einem Urintest wird dort festgestellt, ob Drogen wie Haschisch, Kokain, Opiate oder Amphetamine konsumiert wurden. Bei positivem Ergebnis kann mit einem anschließenden Bluttest der Zeitpunkt der Einnahme bestimmt werden.

Das österreichische Innenministerium hat mittlerweile für die Polizei Testkoffer, also mobile Drogenlabors, angeschafft. Diesem Beispiel sollte das Land Brandenburg im Sinne der Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger im Straßenverkehr folgen.

Im Rahmen des so genannten Pilotprojekts im Saarland wurde genau dieser Weg bis Ende 2000 mit erstaunlich positivem Ergebnis beschritten. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dies mit ein paar Zahlen belegen:

In der relevanten Altersgruppe ging während der Laufzeit des gemeinsam vom GDV und der Universität des Saarlandes durchgeführten Projekts die Zahl der Verkehrstoten um 68 % zurück, während sie im Bundesdurchschnitt nur um 2,8 % fiel.

Zudem ergaben die Untersuchungen, dass der effiziente Einsatz von Drogenschnelltests das entscheidende Werkzeug zur Lösung des Problems ist. Bei 97,6 % von insgesamt 498 Kontrollierten hat der Test zuverlässig gearbeitet und für eine sichere Erkennung des Drogenkonsums gesorgt. Es gab nur sechs falsche Ergebnisse, bei denen Drogen angezeigt wurden, obwohl tatsächlich keine Spuren nachgewiesen werden konnten. Diese Zahlen sprechen eigentlich für sich. Bei 107 Tests konnte sogar mehr als eine Drogenart nachgewiesen werden.

Dies ist eine deutliche Verbesserung im Verhältnis zu früheren Resultaten, bei denen alte Testmethoden Anwendung gefunden haben. Im Gegensatz zu früheren Verfahren, die wesentlich häufiger fälschlicherweise eine positive Reaktion angezeigt haben, wie der so genannte Suchtgiftkoffer, welcher zudem noch gefährliche Chemikalien, Säuren und giftige Flüssigkeiten enthielt, existieren nun Testgeräte ohne Chemie.

Seit einigen Jahren sind Drogenschnelltests auf dem Markt, die zuverlässig arbeiten und ohne gefährliche Stoffe auskommen. Diese Tests sind schnell, bedienerfreundlich in der Anwendung und - wie gesagt, bis auf eine zu vernachlässigende Restquote - auch sicher in der Anzeige.

Diese modernen Tests funktionieren in der Regel auf immunbiologischer Basis unter Verwendung von präparativen Antikörpern. Eine Antikörper-Antigenreaktion zeigt an, ob die gesuchte Substanz in ausreichender Konzentration vorhanden ist bzw. ob die Konzentration der gesuchten Substanz unter der Nachweisgrenze liegt oder überhaupt nicht vorhanden ist.

Die Effektivität und leichte Anwendbarkeit in der Form von Harn- oder Speicheltests, wobei schon zwei Minuten nach einem fünfsekündigen Eintauchen eines Teststreifens in die Testsubstanz ein sicheres Ergebnis abgelesen werden kann, kann die Arbeit der Polizei effektiv, einfach und vom Kostenpunkt her auch überschaubar machen. Auch die Kontrollierten haben dadurch den Vorteil, das ungerechtfertigte Blutentnahmen in aller Regel unterbleiben können - anders als bei dem Nachweis der mittleren Blutalkoholkonzentration.

Der Einsatz flächendeckender Drogenschnelltests bei nächtlichen Verkehrskontrollen wird zusätzlich den entsprechenden verkehrspädagogischen und sicherheitsorientierten Lerneffekt erzielen.

Durch die Kontrollandrohung und durch zusätzliche Aufklärung muss und wird auf das Verhalten der Verkehrsteilnehmer zukünftig verstärkt eingewirkt werden. Dies ist jedoch nur durch eine Verstärkung der nächtlichen Polizeikontrollen und durch eine flächendeckende Ausrüstung der Polizei mit Drogenschnelltests möglich.

Fahren unter Drogeneinfluss soll und darf in Brandenburg, auf Brandenburgs Straßen in Zukunft kein Kavaliersdelikt mehr sein. Darum bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Das Wort geht an die Koalitionsfraktionen. Für sie spricht der Abgeordnete Homeyer.

**Homeyer (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag und die beiden folgenden Anträge zeigen, dass die antragstellende Fraktion halbwegs aktuelle Themen, die sie den Medien entnimmt, in die Landtagsarbeit einfließen lässt. Vom

Ansatz her finde ich dies ganz sinnvoll, doch steht vor dem Schreiben eines Antrages die Recherche. Es ist nämlich zunächst zu prüfen, ob das, was man mit dem Antrag fordert, nicht vielleicht schon längst existiert oder angewendet wird.

Eine solche Recherche hätte schnell ergeben, dass die Polizei gerade wegen zahlreicher so genannter Diskounfälle seit Jahren verstärkt Verkehrskontrollen im Umfeld von Diskotheken und darüber hinaus durchführt. Hierbei werden selbstverständlich auch Untersuchungen hinsichtlich Alkohol- und Drogenkonsums vorgenommen.

Wir sind der Meinung, dass das ausreichend ist und weitere Maßnahmen nicht vorgenommen werden sollten. Wir trauen unserer Polizei zu, dass sie sehr wohl weiß, wo Gefahrenherde und -situationen sind, und dann auch entsprechend lagebezogen reagiert. In diesem Sinne lehnen wir Ihren Antrag ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Das Wort geht an die PDS-Fraktion. Frau Kaiser-Nicht, bitte.

**Frau Kaiser-Nicht (PDS):**

Anknüpfend an das, was Herr Homeyer bereits ausführte und was ich bestätigen möchte, will ich zwei Dinge nennen.

Das Anliegen von mehr Präsenz der Polizei vor Ort ist Konsens bei SPD, PDS und CDU, auch wenn meine Fraktion im Zweifel darüber ist, ob es mit der laufenden Polizeistrukturreform auf dem richtigen Weg ist. Diesbezüglich jedenfalls ist der Antrag gegenstandslos.

In der Begründung zum Antrag wird offensichtlich, worum es Ihnen wohl eigentlich geht. Ich zitiere: „Mit der Einführung von Drogenschnelltests bei der Polizei...“ Ich finde, das beinhaltet eine Unterstellung, die nun wirklich absurd ist, und wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der PDS und des Abgeordneten Schippel [SPD])

**Präsident Dr. Knoblich:**

Wir sind bei der Landesregierung. - Sie verzichtet. Damit sind wir am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die DVU-Fraktion beantragt die Überweisung ihres Antrages in der Drucksache 3/3517 an den Ausschuss für Inneres, der federführend sein soll, sowie mitberatend an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr. Wer diesem Überweisungsansinnen folgen will, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag folgen will, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 8 und rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Bundratsinitiative zur Änderung des Strafgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 322), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz) vom 19.06.2001 (BGBl. I S. 1142)**

Antrag  
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/3518  
(Neudruck)

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der beantragenden Fraktion. Herr Abgeordneter Schuldt, Sie haben das Wort.

**Schuldt (DVU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Recht oder Unrecht, was ist das?“, möchte ich fragen; denn das Unrechtsbewusstsein in diesem Land hat in letzter Zeit in schamloser Weise eine neue Dimension bekommen. Eine Reihe von so genannten Trittbrettfahrern hat die Ereignisse des 11. September zum Anlass genommen, um auch in Deutschland Angst und Schrecken zu verbreiten. Bereits wenige Stunden nach den schrecklichen Anschlägen in den USA erreichte beispielsweise die Frankfurter Börse eine Bombendrohung. Aus Sicherheitsgründen musste das Gebäude geräumt werden. Am gleichen Tag musste auch der Messturm in Frankfurt evakuiert werden. Anonyme Anrufer kündigten bundesweit Sprengstoffattaken auf Hochhäuser, Krankenhäuser und öffentliche Plätze an. Bombenalarm wurde nahe der amerikanischen Botschaft in Berlin-Mitte und am Flughafen Schönefeld ausgelöst.

Wenn ich die leeren Reihen hier so sehe, dann merke ich, dass Sie sich dafür gar nicht interessieren, dass das, was Sie bisher gesagt haben, wahrscheinlich nur als Lippenbekenntnis zu betrachten ist.

(Beifall bei der DVU)

Nach telefonischen Bombendrohungen wurden die Commerzbank in der Potsdamer Straße, der Verband der Deutschen Industrie in der Breiten Straße in Berlin-Mitte und ein Einkaufszentrum in Hohenschönhausen geräumt. Wie sich herausstellte, waren sämtliche Drohungen falscher Alarm.

Größere Anschläge führen immer wieder dazu, dass Trittbrettfahrer mit Bombendrohungen Angst und Panik verbreiten. Mit minimalen Mitteln wird durch diesen Täterkreis ein großer Effekt erzielt. Durch notwendige kostenintensive Einsätze von Polizei und Katastrophenschutz wird ein nicht absehbarer volkswirtschaftlicher und rechtspolitischer Schaden produziert; denn die Drohungen müssen ernst genommen werden, da niemand Leben gefährden will.

Die Motive dafür, dass Straftaten vorgetäuscht werden, sind vielfältig und oft widersprüchlich. In der Regel sind Geltungssucht oder die Verschleierung anderer, möglicherweise schwerer Straftaten kausal für solch ein kriminelles Verhalten. Doch

meistens handeln die so genannten Trittbrettfahrer allein aus Langeweile, um - wie man so sagt - einen Kick zu bekommen, um aus bloßer Egomane einmal im Mittelpunkt zu stehen.

Dass die Androhung bzw. die Vortäuschung gemeingefährlicher Vergehen und Verbrechen diesen schrecklichen Umfang annehmen konnte, wirft ein bedenkliches Bild auf die Rechtskultur in diesem Land.

Der eigentliche Schaden ist jedoch der, dass durch diese Form perverser Streiche die Handlungsfähigkeit der Sicherheits- und Ordnungsbehörden und nicht zuletzt das Vertrauen der anständigen Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat geschwächt werden. Insbesondere bei solchen Straftaten, mit denen eine konkrete Gefährdung einer Vielzahl von unschuldigen Personen mit sozial schädlicher krimineller Energie bestimmter Tätergruppen vorgetäuscht wird, um ein besonderes öffentliches Interesse und staatlichen Handlungsdruck zu erreichen, werden die Strafverfolgungsbehörden und insbesondere die Polizei in besonderem Ausmaß in Anspruch genommen. Neben den unnötigen Kosten für den Bürger und der erzielten Unruhe in der Bevölkerung werden dadurch zulasten der Verfolgung tatsächlich realisierter Straftaten und Gefahrenlagen personelle und materielle Kapazitäten gebunden.

Besonders gravierend ist die Vortäuschung auch dann, wenn zudem Unschuldige in Verdacht geraten und gegen sie strafprozessuale Maßnahmen eingeleitet werden. Dabei riskieren die Täter noch nicht einmal empfindliche Strafen, sondern gehen meist mit geringfügigen Freiheitsstrafen aus dem Gerichtssaal - und dies zumeist noch auf Bewährung.

Eine Rechtsgesellschaft, die einen derartigen Werteverfall und eine derartige Aushöhlung der Rechtskultur toleriert, verfällt früher oder später in Anarchie.

Die Erpressung des Staates oder Einzelner durch Androhung bzw. durch Anwendung gemeingefährlicher Mittel hat jedoch besonders in Brandenburg und Berlin ein ganz besonders abscheuliches Ausmaß angenommen. Linksextremistische Chaoten werfen aus ideologischen Motiven heraus Hakenkrallen auf Oberleitungen und verüben regelmäßig Attentate auf Bahnstrecken. Damit wird der Tod einer Vielzahl unschuldiger Menschen bewusst in Kauf genommen.

Meine Damen und Herren, es ist Aufgabe der Politik, durch die Schaffung entsprechender strafrechtlicher Voraussetzungen die notwendigen rechtspolitischen Lenkeffekte zu erzielen. Straftäter in soeben genanntem Sinne verdienen die volle Härte des Gesetzes. Sie müssen unnachgiebig verfolgt und bestraft werden. Daher muss der Strafrahmen der Tatbestände der Störung des öffentlichen Friedens, des Vortäuschens von Straftaten sowie der Bedrohung angehoben werden, um Personen, die, aus welchen ideologischen oder krankhaften Motiven auch immer, meinen, den Staat und die Gesellschaft erpressen und in seiner Handlungsfähigkeit aushöhlen zu können, entsprechend abzuschrecken. Hier ist der Gedanke der General- sowie der Individualprävention besonders anzuwenden.

Rechtsgut der in dem Antrag genannten Vorschriften ist der öffentliche Frieden. Das ist ein objektiver Zustand allgemeiner Rechtssicherheit sowie das subjektive Bewusstsein der Bevölkerung, in Ruhe und Frieden leben zu können. Hinter den genann-

ten Vorschriften steht daher der Schutz der Rechtsordnung als Ganzes und damit ihrer Legitimität.

Der öffentliche Friede ist ein normatives Rechtsgut. Gestört ist der Friede, wenn eine allgemeine Beunruhigung der Bevölkerung, mindestens aber einer nicht unbeträchtlichen Personenzahl, durch die genannten Handlungsweisen eintritt. Daher muss die Strafrechtspflege entsprechend gestärkt werden. Sie muss vor unnützer Inanspruchnahme ihres Apparates und der damit verbundenen Schwächung der Verfolgungsintensität geschützt werden und das Vertrauen des Bürgers in die rechtsstaatliche Ordnung im Sinne einer wehrhaften Demokratie muss gestärkt werden. Dieses wird im Bereich des Vortäuschens und Androhens von Straftaten nur durch die entsprechende Heraufsetzung des Strafrahmens für Tatbestände der Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten, des Vortäuschens einer Straftat sowie der Bedrohung erreicht werden, indem zum einen die Strafkonsequenz generell erhöht wird. Zum anderen müssen die Androhung sowie die Vortäuschung gemeingefährlicher Handlungen, unter anderem die schweren Qualifikationen der Brandstiftung, der gemeingefährlichen Vergiftung sowie der gemeingefährlichen Angriffe auf den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr, durch die Einführung der Mindeststrafe und die Hebung in den Rang eines Verbrechens veranlasst werden, um dafür zu sorgen, dass Bewährungsstrafen solche Taten nicht mehr als Kavaliärsdelikte erscheinen lassen.

Wir als Fraktion der Deutschen Volksunion setzen uns konsequent für den Rechtsfrieden in unserem Land ein. Deshalb bitten wir Sie: Stimmen Sie unserem Antrag vollinhaltlich zu! - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Das Wort geht an die Koalitionsfraktionen. Für sie spricht erneut der Abgeordnete Homeyer.

**Homeyer (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann nahtlos an meine Ausführungen zu dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt anknüpfen. Momentan herrscht große Sorge vor weiteren Terroranschlägen in der Bevölkerung, insbesondere durch die El Kaida. Tatsächlich gibt es nun Wirrköpfe, die ohne Sinn und Verstand diese Ängste ausnutzen, indem sie beispielsweise Backpulver versenden, was schlimmste Sorgen beim Empfänger solcher Briefsendungen verursacht. Das sind keine üblen Scherze mehr, sondern dies ist durch nichts zu rechtfertigen oder gar zu entschuldigen. Wer solche Taten begeht, ist mit aller Härte zu bestrafen. Die bisher erfolgten Verurteilungen zeigen, dass ich mit dieser Meinung nicht allein stehe, sondern dass auch die damit befassten Richter den Strafrahmen des Strafgesetzbuches ausschöpfen. Eine Veranlassung, die Höchststrafen der entsprechenden Paragraphen zu erhöhen, sehen wir jedoch nicht. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Das Wort geht an die PDS-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Vietze.

**Vietze (PDS):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, ich löse jetzt keine Irritation über die Größe der Koalition in diesem Lande aus, aber ich möchte auf eine ausführliche Begründung, was die Ablehnung dieses Antrages der DVU seitens der PDS-Fraktion betrifft, verzichten. Herr Homeyer war so freundlich, das in der Sache Notwendige zu sagen, sowohl was die Sorge der Bürgerinnen und Bürger, als auch die Bewertung der notwendigen Maßnahmen betrifft, die die Bundesregierung diesbezüglich zu ergreifen hat. Wir stimmen der Auffassung von SPD und CDU, den DVU-Antrag hier abzulehnen, zu.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei SPD und CDU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Wir sind bei der Landesregierung. - Sie signalisiert Verzicht. Damit ist die Rednerliste abgearbeitet und ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die DVU-Fraktion beantragt die Überweisung ihrer Drucksache 3/3518 - Neudruck - an den Rechtsausschuss. Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wer diesem Antrag folgen möchte, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 9 und rufe den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

**Bundratsinitiative zur Ablehnung des Entwurfs des Zuwanderungsgesetzes der Bundesregierung und zur grundlegenden Reform des bestehenden Flüchtlings- und Ausländerrechts anstelle des beabsichtigten Zuwanderungsgesetzes**

Antrag  
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/3519  
(2. Neudruck)

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der beantragenden Fraktion. Frau Abgeordnete Hesselbarth, Sie haben das Wort.

**Frau Hesselbarth (DVU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Innenminister, die Bundesregierung beabsichtigt, die Zuwanderung nach Deutschland durch ein neues Gesetz zu regeln, das auch hierzulande die Gemüter erhitzt. Vom Verhalten Brandenburgs im Bundesrat wird es maßgeblich abhängen, ob das Zuwanderungsgesetz Wirklichkeit wird. Wir als DVU-Fraktion lehnen das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung ab. Wir halten aber das Bestehen des Ausländer- und Flüchtlingsrechts in weiten Teilen für reformbedürftig. Es wird den heutigen Lebenswirklichkeiten nicht mehr gerecht.

Zuwanderung in unser Land hat es immer gegeben, charakteristisch für die Zuwanderung in der Vergangenheit war aber Folgendes: Diese sozusagen in Wellen erfolgten Zuwanderungen führten nicht dazu, dass die sozialen und kulturellen Werte unseres Landes so weit verschoben wurden, dass seine Zugehörigkeit zum europäischen, christlich-abendländischen Kulturkreis infrage gestellt worden wäre. Im Gegenteil: Diese Zuwanderungen standen insbesondere auch der Herausbildung des deutschen Nationalstaates ab 1848 nicht entgegen.

Die Zuwanderer der vorangegangenen Epochen wurden in einer Weise in das gesellschaftliche und soziale Leben Deutschlands integriert, dass sie den notwendigen gesellschaftlichen Konsens zur Herausbildung des Nationalstaates mittragen konnten.

Möglich machten das die Integrationsleistungen dieser Generationen von Zuwanderern einerseits und die Grundwerte der Toleranz und des Humanismus im deutschen Volk andererseits. Aus der Sicht der Fraktion der DVU gilt es heute daran anzuknüpfen.

Leitbild für uns ist der moderne aufgeklärte Nationalstaat, der, eingebettet in die Wertegemeinschaft europäischer Nationen und Staaten, die Grundwerte Toleranz und Humanismus sowie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sozialstaatlichkeit verwirklicht

(Frau Siebke [SPD]: Geht es nicht einen Zacken schärfer?)

und die notwendige Integration von Zuwanderern in diesen Wertekonsens abfordert. Das muss jedoch letztendlich zu der Erkenntnis führen, dass Deutschland eben kein klassisches Einwanderungsland ist

(Schippel [SPD]: Nein, was denn dann?)

wie etwa die USA oder Australien.

(Frau Siebke [SPD]: Wo ist der Unterschied?)

Die Zuwanderung nach Deutschland vollzieht sich in ein bestehendes, über Jahrhunderte gewachsenes kultur-, rechts- und sozialetisches Wertesystem, während klassische Einwanderungsländer wesentlich inhomogener sind. Deren Bevölkerung setzt sich von Anfang an aus Menschen unterschiedlicher Herkunft mit verschiedenen Kulturen sowie ethischen und sozialetischen Standards zusammen. Aus diesen Gründen ist deren kultureller, sozialer und rechtlicher gemeinsamer Nenner ein anderer.

Ganz abgesehen davon ist unser Land - anders als etwa die USA oder Australien - schon aufgrund seiner geographischen Beschränktheit, Besiedlungsdichte und sozialen Sicherungssysteme nicht dafür konzipiert, ein solches Einwanderungsland zu sein oder zu werden.

Wer das nicht beherzigt, der wird mit seiner Politik in der Bevölkerung nicht auf die Akzeptanz stoßen, die tolerantes Verhalten gegenüber Menschen anderer Herkunft voraussetzt. Er versündigt sich deshalb auch gegen die Menschen, die berechtigterweise nach Deutschland kommen.

Hieraus ergeben sich tief greifende Unterschiede zu den Kon-

zepten aller anderen Parteien, auch der des Herrn Schönbohm, der wegen des rot-grünen Gesetzentwurfes jetzt sogar mit dem Bruch der großen Koalition drohte. Das Konzept der DVU ist konsequent auf Einzelfallinteressen bezogen und zugleich rechtsstaatsorientiert. Es verbietet sich, im Bereich des allgemeinen Ausländerrechts insbesondere - wie das Zuwanderungskonzept der Bundesregierung das vorsieht -, Zuwanderung pauschal nach Quoten zuzulassen.

Die Notwendigkeit von Zuwanderung zur Aufnahme von Erwerbstätigkeit lässt sich nicht pauschal, sondern nur im Einzelfall feststellen. Unter Anwendung des Grundsatzes der Subsidiarität wird diese Notwendigkeit zudem nur anzuerkennen sein, wenn feststeht, dass - bezogen auf einen konkreten Arbeitsplatz oder auf eine konkrete wirtschaftliche Betätigung - die personellen Ressourcen hierzulande tatsächlich erschöpft sind. Daher muss dies im Ausländergesetz im Sinne einer bedarfsgerechten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik tatbestandsmäßig geregelt werden.

(Schippel [SPD]: Das steht alles so drin!)

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt der DVU-Fraktion an dem Entwurf der Bundesregierung und den Vorstellungen von CDU und CSU ist die beabsichtigte pauschale Herabsetzung des Nachzugsalters für Kinder auf 14 oder gar zwölf Jahre. Das widerspricht nicht nur dem Stellenwert, den wir Ehe und Familie nach Artikel 6 Abs. 2 und 3 Grundgesetz zumessen, sondern auch dem Grundsatz, dass Kinder oder Jugendliche in diesem Alter der elterlichen Fürsorge bedürfen.

Zudem lässt sich die Integrationsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen nicht pauschal nach dem Alter bemessen. Auch Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren sind grundsätzlich zu den notwendigen Integrationsleistungen fähig, wenn nur der Wille zur Integration, insbesondere auch bei den Eltern, vorhanden ist.

Schließlich konterkariert dieses Vorhaben von Bundesregierung und CDU/CSU geradezu den Leitgedanken der so genannten Süsmuth-Kommission, durch Zuwanderung einer Überalterung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Konkret: Wenn Sie heute die Eltern ins Land holen und die Kinder draußen lassen, dann sind die Eltern etwa im Jahr 2035 im Rentenalter und man benötigt mangels Kindern stets neue Zuwanderer zum Ausgleich.

Wir halten es deshalb für besser, einen Nachwuchs hier zu haben, der seine Schul- und Berufsausbildung in Deutschland absolviert hat. Wir schlagen vor, bei Kindern über zwölf Jahre das Recht auf Wiederkehr zu beschränken, wenn sie nach ihrer Ersteinreise in Deutschland trotz durchgehenden Aufenthalts ihrer Eltern in Deutschland nicht die Schulpflicht erfüllt haben und deshalb die Integrationsanforderungen nicht erfüllen. Schon heute sind aufgrund mangelnder Integration in der Vergangenheit die Parallelgesellschaften insbesondere in gettoisierten Stadtteilen deutscher Großstädte festzustellen.

Wegen der hiermit einhergehenden sozialen und sicherheitspolitischen Verwerfungen halten wir es für unbedingt erforderlich, die Integrationsanforderungen für die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung heraufzusetzen, um diese Entwicklung schrittweise zu überwinden.

Maßstab hierfür müssen zukünftig die Sprachkenntnisse und Integrationsleistungen sein, die heute für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit vonnöten sind.

Unklar bleibt bei dem Zuwanderungskonzept der Bundesregierung auch, wer künftig die Kosten der Integration tragen soll. Die DVU-Fraktion will damit die Allgemeinheit nicht übermäßig belasten.

Bei Zuwanderung zur Aufnahme einer Arbeitnehmertätigkeit halten wir es nur für billig und gerecht, wenn der anwerbende Betrieb diese Kosten anstelle von Ausbildungskosten zu tragen hat.

Ergänzend hierzu halten wir es allerdings für unbedingt erforderlich, dass Integrationskosten in der Zukunft wie Ausbildungskosten steuerlich absetzbar sind.

Grundsätzlich gilt hier Folgendes: Erfolgreiche Integration ist ganz wesentlich vom Willen zur Integration abhängig. Diesen Willen stärkt man bekanntlich am besten dadurch, dass man die erfolgreichen Integrationsleistungen auch abfordert.

Schließlich hält es die DVU-Fraktion für unerlässlich - darüber können Sie sich alle ereifern, solange Sie wollen -, alle aufenthaltsrechtlichen Verfahren erheblich zu beschleunigen, den Missbrauch unseres Ausländer- und Flüchtlingsrechts auch durch Gesetzesänderung viel konsequenter als bisher zu bekämpfen und jedenfalls diejenigen Ausweisungstatbestände zu verschärfen, die sich gegen Ausländer richten, die kriminell geworden sind, die Ideen oder Ideologien anhängen, welche unserer Grund- und Werteordnung offensichtlich zuwider laufen oder die ansonsten unser Recht offenbar missbrauchen.

Nur kurz kann ich noch auf das Asyl- und Flüchtlingsrecht eingehen. Die DVU-Fraktion hält nichts von der vor einiger Zeit aus den Reihen der CSU und heute seitens eines Herrn Schill vertretenen Einteilung von Ausländern in solche, die uns nützen, und solche, die uns schaden. Wie sollen die asylberechtigten und anerkannten Flüchtlinge zugeordnet werden? Nutzen oder schaden die? Wir meinen, es handelt sich hier um Menschen, die unserer Hilfe dringend bedürfen. Helfen kann man diesen Menschen sicherlich nicht dadurch, dass man das Asylrecht abschafft, sondern dadurch, dass man deren Verfahren erheblich beschleunigt und den Asyl- und Flüchtlingsschutz der heutigen Lebenswirklichkeit anpasst.

Mit diesen Vorschlägen können Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, sich endlich einmal konstruktiv in den Bundesrat einbringen. Dann brauchte der Innenminister ...

**Präsident Dr. Knoblich:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss!

**Frau Hesselbarth (DVU):**

... nicht über das hohe Erpressungspotenzial des Kanzlers zu lamentieren, sondern Sie hätten einen Beitrag mit Inhalt zu bieten. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Für die Koalitionsfraktionen spricht noch einmal der Abgeordnete Homeyer. Bitte sehr, Herr Homeyer.

**Homeyer (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dem Entwurf des Zuwanderungsgesetzes der Bundesregierung handelt es sich um ein Zustimmungsgesetz, um ein Gesetz also, das zu seiner Wirksamkeit der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Dies auch aus gutem Grund, da die Interessensphären der Länder in besonderem Maße berührt werden. Im Gegensatz zu Einspruchsgesetzen, bei denen dem Bundesrat gegen Gesetzesbeschlüsse des Bundestages lediglich nach Abschluss des Vermittlungsverfahrens ein Einspruch zusteht, kommen Zustimmungsgesetze nur dann zustande, wenn der Gesetzesbeschluss des Bundestages die ausdrückliche Zustimmung des Bundesrates findet. Dies kann man übrigens in Artikel 78 Grundgesetz, erste Variante, nachlesen.

Bei dem hier im Mittelpunkt stehenden Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung handelt es sich um ein Gesetz, welches zum einen eine sensible Thematik behandelt, zum anderen aber auch für die Zukunft Deutschlands von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Aus diesem Grunde findet derzeit in den Ländern der notwendige Meinungsbildungsprozess statt.

Der Bundesrat wird sich in angemessener Frist mit dem Gesetzentwurf befassen und alle Beteiligten sollten bestrebt sein, dass am Ende ein Gesetz in einer Form vorliegt, die möglichst vielen Interessen gerecht wird.

Der uns heute vorgelegte Antrag würde dieses vernünftige Vorgehen konterkarieren. Wir lehnen ihn deshalb ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Für die PDS-Fraktion erhält die Abgeordnete Frau Wolff das Wort.

**Frau Wolff (PDS):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die PDS-Fraktion lehnt den Antrag der DVU zu einer Bundesratsinitiative zur

Ablehnung des Entwurfs des Zuwanderungsgesetzes mit aller Entschiedenheit ab.

Ein sensibler Umgang mit dem Problem der Zuwanderung ist unumgänglich und nach dem 11. September dringender denn je. Diesen sensiblen Umgang lässt die DVU in ihrem Antrag vermissen. In zum Teil verbrämter Form werden Vorbehalte gegen Ausländerinnen und Ausländer aufgemacht, die die Diskriminierung dieser Menschen fördern. Entgegen den Realitäten hält die DVU an ihrer Behauptung fest, dass die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland sei.

Mit der Forderung nach Verschärfung der Versagungsgründe für Asyl und der Gründe für die Ausweisung sowie der Forderung nach einer erheblichen Beschleunigung der Durchsetzung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen schärft die DVU ihr ausländerfeindliches Profil. Diese Brunnenvergiftung weisen wir entschieden zurück. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der PDS)

**Präsident Dr. Knoblich:**

Als Nächstes steht die Landesregierung auf meiner Liste. - Sie verzichtet, sodass ich am Ende der Rednerliste bin. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag mit der Drucksachenummer 3/3519 - 2. Neudruck - der DVU-Fraktion. Wer diesem Antrag zustimmen will, möge die Hand aufheben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist er mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 10 und damit die heutige Sitzung.

Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses eine etwas unglückliche Formulierung für die Einladung zu der jetzt folgenden Sitzung gewählt hat. Sie hatte gemeint, 18 Uhr sei die Zeit, zu der wir die Sitzung beenden. Aber der Landtag ist manchmal schneller. Ich bitte Sie also, sich jetzt gleich im Raum 306 einzufinden.

Wir sehen uns morgen nach hoffentlich erholsamer Nacht um 10 Uhr an gleicher Stelle wieder.

**Ende der Sitzung: 16.26 Uhr**

**Anlagen****Gefasste Beschlüsse****Zum TOP 7:****Rahmenbedingungen für Mittelstand und Handwerk im Land Brandenburg**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 45. Sitzung am 21. November 2001 folgenden Beschluss gefasst:

„1. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne einer besseren Beteiligung kleiner und mittelständischer Unternehmen an öffentlichen Vergaben und zur Steigerung der Effizienz von Vergabeverfahren folgende Maßnahmen umzusetzen:

1.1 Dem Landtag ist bis zum 1. März 2002 ein Entwurf zur Novellierung des Brandenburgischen Mittelstandsförderungsgesetzes vorzulegen, in dem die öffentlichen Auftraggeber angehalten werden, eine Nachunternehmererklärung von den an der Ausschreibung teilnehmenden Unternehmen abzuverlangen. Die Nachunternehmerklausel soll oberhalb eines Auftragsvolumens von 500 000 Euro angewendet werden.

1.2 Durch die Schulung der Vergabeverantwortlichen im Land Brandenburg sowie in den Kommunen des Landes ist sicherzustellen, dass bei der Auftragsvergabe die Prüfung hinsichtlich des wirtschaftlichsten Angebots unter besonderer Berücksichtigung der fachlichen Eignung des Auftragnehmers (z. B. Vorlage von Referenzobjekten) und der Wirtschaftlichkeit in Unterscheidung zum billigsten Angebot konsequent entsprechend den Verdingungsordnungen durchgeführt wird. Es soll geprüft werden, ob die Auskömmlichkeit als Grundlage für die Preisprüfung (z. B. § 25 Nr. 3 VOB/A) durch eine Musterkalkulation vor der Vergabebekanntmachung definiert werden sollte.

1.3 Es ist zu prüfen, ob eine Landesnachprüfungsstelle für kommunale Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte gebildet werden kann bzw. ob alternativ dazu kommunale Vergabestellen wieder eingerichtet werden sollten.

1.4 Gegenüber dem Berliner Senat ist darauf hinzuwirken, dass die in Berlin geltenden hohen Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben gesenkt werden. Wenn keine Einigung erzielt werden kann, ist die Erhöhung der im Land Brandenburg geltenden Wertgrenzen zu prüfen.

1.5 Die Einrichtung eines Unternehmer- und Lieferantenverzeichnisses wird vorbereitet. In einem Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis sollen solche Unterlagen zentral registriert werden, die die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit von Bewerbern um öffentliche Aufträge bestätigen und

die bei jeder öffentlichen Auftragsvergabe vorgelegt werden müssen. Bis zum 31. März 2002 sollen dem Landtag Vorschläge zur Einrichtung, Finanzierung und Anwendung des Unternehmer- und Lieferantenverzeichnisses, über eine mögliche Zusammenarbeit mit dem Land Berlin sowie über die Einbeziehung der Vergabestellen in den Landkreisen und Kommunen unterbreitet werden.

1.6 Den Ausschüssen für Wirtschaft und Finanzen sind bis 31. März 2002 konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, durch die die Nutzung des Internets bei der Durchführung öffentlicher Vergaben verstärkt und die rechnergestützte Standardisierung von Bewerbungsunterlagen ausgeweitet werden kann.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative durchzuführen, in der die Einführung eines elektronisch lesbaren und fälschungssicheren Sozialversicherungsausweises vorgeschlagen wird.

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur 'Verbesserung der Zahlungsmoral' unter anderem für folgende Forderungen einzusetzen:

3.1 Schaffung einer zentralen Schuldnerdatei für ganz Deutschland auf der Basis der Schuldnerverzeichnisse bei den Amtsgerichten.

3.2 Gutachter, die die Mängel von Bauwerken prüfen, werden künftig verpflichtet,

a) festzustellen, ob es sich um einen wesentlichen oder unwesentlichen Mangel handelt;

b) den Mangel zu quantifizieren.

3.3 Wenn der Gutachter einen Mangel quantifiziert hat, soll dem Auftragnehmer die Möglichkeit eingeräumt werden, die schnelle Bezahlung der qualitätsgerecht geleisteten Arbeit zu erwirken. Es ist zu prüfen, ob dies durch einen Gutachterprozess ähnlich einem Urkundenprozess nach ZPO § 592 ff. erreicht werden kann.

3.4 Verbesserung der Rechtsstellung des Subunternehmers durch Einräumung eines gesetzlichen Forderungspfandrechts und Erweiterung des Anwendungsbereichs der Bauhandwerkersicherungshypothek.

3.5 Verkürzung der Fristen für Abschlagszahlungen auf sieben Werktage.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Innovationsfähigkeit des Mittelstandes durch die Förderung von Unternehmensnetzwerken und durch den Ausbau und die Weiterentwicklung der Kooperationsinstrumente mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen verstärkt zu fördern. Wirtschaftsfördermittel sollen verstärkt für Unternehmensnetzwerke und für solche mittelständischen Unterneh-

men eingesetzt werden, die mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen - etwa bei der anwendungsbezogenen Forschung - kooperieren.

5. Die Landesregierung wird aufgefordert, geeignete unterstützende Maßnahmen und Hilfen beim Unternehmensübergang anzubieten, damit bei ca. 10 000 Unternehmensnachfolgen in den nächsten fünf Jahren die davon betroffenen Arbeitsplätze gesichert werden. Die Landesregierung ist aufgefordert, ihre Aktivitäten organisatorisch und finanziell mit gleich gelagerten Initiativen der Kammern und des Bundeswirtschaftsministeriums zu verzahnen."

#### **Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 21. November 2001**

##### **Frage 932**

##### **Fraktion der DVU**

##### **Abgeordnete Birgit Fechner**

##### **- Abschiebung von ausländischen Strafgefangenen zur Strafverbüßung in ihre Heimatländer -**

Nach der gegenwärtigen Rechtslage ist die Abschiebung ausländischer Strafgefangener zur Strafverbüßung in ihre Heimatländer nur mit Zustimmung der Betroffenen möglich. Diese ist jedoch aus nahe liegenden Gründen oftmals nicht gegeben.

Bereits im Dezember 1999 war der Presse zu entnehmen, dass das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg an einem Entwurf arbeite, der die Haftverbüßung in den Heimatländern regeln soll. Auf meine mündliche Anfrage 581 in der Fragestunde am 25. Januar 2001 antwortete Minister Schelter, die von ihm angekündigte Initiative des Landes Brandenburg mit dem Ziel, auf die derzeit noch grundsätzlich erforderliche Zustimmung unter bestimmten Voraussetzungen zu verzichten, befinde sich noch in der Abstimmung zwischen den Ländern und dem Bund im Rahmen einer Arbeitsgruppe des Strafrechtsausschusses der Justizministerkonferenz. Es sei derzeit noch nicht absehbar, wann und mit welchem Ergebnis dieser Abstimmungsprozess abgeschlossen sein werde.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auskunft kann die Landesregierung über den Stand des Abstimmungsprozesses innerhalb der Arbeitsgruppe des Strafrechtsausschusses der Justizministerkonferenz hinsichtlich der Abschiebung straffällig gewordener Ausländer zur Strafverbüßung in ihre Heimatländer geben?

##### **Antwort der Landesregierung**

##### **Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter**

In der Antwort auf die letzte zu diesem Thema gestellte mündliche Anfrage hatte ich mitgeteilt, dass sich die von mir angekündigte weitergehende Initiative des Landes Brandenburg in der Abstimmung zwischen den Ländern und dem Bund befindet.

Die im Rahmen der Arbeitsgruppe des Strafrechtsausschusses

der Justizministerkonferenz durchgeführte Länderumfrage ist zwischenzeitlich abgeschlossen. Sie hat ergeben, dass bei einigen Ländern Gesprächsbedarf besteht. Deshalb wird das Ministerium im Januar 2002 zu einem abschließenden Gespräch einladen. Ziel dieser Erörterung wird es sein, einen Entwurf eines zweiten Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen zu erarbeiten, den die Frühjahrs-Justizministerkonferenz 2002 beraten wird.

##### **Frage 933**

##### **Fraktion der PDS**

##### **Abgeordnete Anita Tack**

##### **- Revision der Regionalisierungsmittel und SPNV-Plan des Landes Brandenburg -**

Nach mir vorliegenden Informationen hat sich die Verkehrsministerkonferenz im Oktober auf die künftige Verteilung der Mittel gemäß § 8 Abs. 1 Regionalisierungsgesetz geeinigt.

Bei Anfragen nach Terminen und Zielstellungen zur Überarbeitung des SPNV-Planes des Landes Brandenburg wurde bisher von der Landesregierung stets auf die anstehende Revision der Regionalisierungsmittel verwiesen, die Voraussetzung der Novellierung sei.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen hat die im Oktober erreichte Einigung in der Verkehrsministerkonferenz auf Zeitplan und Inhalt der SPNV-Plan-Novelle des Landes?

##### **Antwort der Landesregierung**

##### **Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer**

Der Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom 10./11. Oktober 2001 über die Revision der Verteilung der Regionalisierungsmittel stellt zweifellos einen wichtigen Schritt für die dazu notwendige Änderung des Regionalisierungsgesetzes dar, jedoch ist damit noch keine verbindliche Finanzierungsgrundlage gegeben.

Vielmehr bedarf es jetzt insbesondere der Klärung noch offener, aber sehr entscheidender Fragen mit dem Bund, wie die Sicherstellung des von den Ländern geforderten Gesamtbetrages der Regionalisierungsmittel für 2002 in Höhe von 13,8 Milliarden DM und die Beibehaltung der Dynamisierung der Regionalisierungsmittel nach der derzeitigen Regelung des Regionalisierungsgesetzes erfolgen sollen.

Insoweit ist bereits abzusehen, dass die Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens erst im Verlauf des nächsten Jahres erfolgen kann.

Unsere Arbeiten an der Aktualisierung des Nahverkehrsplanes für den Schienenpersonennahverkehr gehen also weiter und sind an der von der Verkehrsministerkonferenz geforderten Finanzausstattung ausgerichtet. Wir betrachten jedoch auch Alternativen.

Erst nach erfolgter Änderung des Regionalisierungsgesetzes können aber die abschließenden Abstimmungen vorgenommen und die Veröffentlichung des überarbeiteten SPNV-Planes vorbereitet werden.

**Frage 934****Fraktion der PDS****Abgeordneter Frank Hammer  
- Kabarett „Die Oderhähne“ -**

Die Landesregierung sieht für den Haushalt 2002/2003 keine finanzielle Unterstützung vonseiten des Landes für das Kabarett „Die Oderhähne“ vor. Das stellt bei der verbleibenden kommunalen Finanzierung eine schwierige Situation für die Satire-Bühne dar.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, zum einen Übergangsfristen zu gewähren oder zum anderen eine Einbindung in den Theater- und Orchesterverbund vorzusehen?

**Antwort der Landesregierung****Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Prof. Dr. Wanka**

Im Rahmen der Gespräche des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur zur Kulturentwicklungskonzeption wurde bereits im Sommer 2000 Einvernehmen mit der Stadt Frankfurt (Oder) über die Einstellung der Kabarettförderung aus Mitteln des Landes ab 2001 erzielt. Dies ging auch aus der Antwort auf Ihre mündliche Anfrage in derselben Angelegenheit anlässlich der Landtagssitzung am 13./14. Dezember 2000 hervor.

Auf den Wegfall der Landesförderung wurde somit zeitig hingewiesen. Die Stadt Frankfurt (Oder) hätte alternative langfristige Möglichkeiten der Finanzierung ab 2001 prüfen müssen.

Einen Vorschlag zur Einbindung des Satire-Theaters „Die Oderhähne“ in den Theater- und Orchesterverbund können nur die Kommunen Frankfurt (Oder), Brandenburg an der Havel und Potsdam und die Einrichtungen als Vertragspartner unterbreiten.

**Frage 935****Fraktion der PDS****Abgeordneter Dr. Andreas Trunschke  
- Großgemeindeförderung Neuhausen/Spree -**

Vor einigen Monaten haben sich die Gemeinden des Amtes Neuhausen/Spree einhellig für die Bildung einer Großgemeinde auf der Basis der Leitlinien des Innenministeriums entschieden. Vor wenigen Tagen teilte das Innenministerium mit, dass es dieser Großgemeindeförderung im Spree-Neiße-Kreis nicht zustimmen wird.

Ich frage die Landesregierung: Welche Versagungsgründe gibt es aus Sicht der Landesregierung für die Genehmigung dieser Großgemeindeförderung im Amt Neuhausen/Spree, die in allen Punkten den Leitlinien entspricht?

**Antwort der Landesregierung****Minister des Innern Schönbohm**

Zunächst ist die Aussage richtig zu stellen, das Innenministerium habe den Gemeinden mitgeteilt, der Zusammenschluss werde nicht genehmigt. Das ist nicht der Fall.

Tatsächlich wurde der Eingang des Genehmigungsantrags bestätigt und mitgeteilt, dass bei seiner Prüfung neben den Rechten

und Interessen der am Vertragsabschluss beteiligten Gemeinden auch die übrigen Ziele der Leitlinien in die Abwägung einzubeziehen sind. Zugleich wurde um Verständnis dafür gebeten, dass aus diesem Grund eine abschließende Bewertung voraussichtlich nicht so kurzfristig möglich sein wird, dass eine Entscheidung rechtzeitig vor dem von den Gemeinden angestrebten Neugliederungstermin 31. Dezember 2001 getroffen werden kann.

Wie bereits dem „Bericht der Landesregierung über den Stand der Umsetzung der Leitlinien für die Entwicklung der Gemeindestruktur im Land Brandenburg“ zu entnehmen ist, bestehen im Umfeld zentraler Orte, unter anderem der Oberzentren, im Einzelfall besondere Zielkonflikte. Dies gilt insbesondere für die kreisfreien Städte Brandenburg, Potsdam und eben auch Cottbus. Einerseits gibt es Verflechtungen zwischen einzelnen Gemeinden des Amtes Neuhausen/Spree mit der Stadt Cottbus, die in den Leitlinien als Grundlage für maßvolle Eingliederungen benannt werden; andererseits ist die Leistungsfähigkeit der Umfeldgemeinden und des Landkreises zu gewährleisten.

Es gibt deutliche bauliche und infrastrukturelle Verflechtungen zwischen der Stadt Cottbus und den Gemeinden Gallinchen, Groß Gaglow und Kiekebusch (zusammen circa 4 000 Einwohner) des Amtes Neuhausen/Spree. Ein großer Teil der Einwohnerzuwächse dieser Gemeinden stammt aus Cottbus. Gallinchen und insbesondere Groß Gaglow (Gewerbegebiet und EKZ „Lausitz-Park“) profitieren wirtschaftlich - vor allem durch Entzug der Kaufkraft - von der Randlage zum Oberzentrum. Die Zahl der Ein- und Auspendler ist erheblich. Der Nahbereich der Stadt Cottbus umfasst beinahe das gesamte Amt Neuhausen/Spree. Damit liegt es nahe, Gemeinden in die Stadt einzugliedern. Verhandlungsbestrebungen der Stadt Cottbus mit den Gemeinden wurden von diesen jedoch wegen der dortigen Neugliederungsbestrebungen abgelehnt.

Die Gemeinden des Amtes Neuhausen/Spree wollen eine amtsfreie Gemeinde bilden. Die genannten Gemeinden gehören auch zu den wenigen wirklich leistungs- und finanzstarken des Landkreises Spree-Neiße. Der Landkreis Spree-Neiße lehnt Ausgliederungen von Gemeinden aus seinem Gebiet ab, vor allem, weil durch Eingliederung dieser Gemeinden in die Stadt Cottbus dem Landkreis die wenigen finanzstarken Kommunen verloren gingen und er in der Folge die Ergänzungs- und Ausgleichsfunktion nicht mehr erfüllen könnte; zudem würde die „Restgemeinde“ finanz- und leistungsschwach sein.

Infolgedessen sind die Argumente beider Seiten gründlich zu prüfen und vor einer Entscheidung über die geplante Neugliederung abzuwägen.

**Frage 936****Fraktion der DVU****Abgeordneter Michael Claus  
- Straßenbenutzungsgebühr -**

Während der 44. Plenarsitzung am 25. Oktober 2001 brachte unsere Fraktion einen Antrag auf eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Gesetzes zur Erhebung einer Straßenbenutzungsgebühr für den Schwerlastverkehr auf Bundesfernstraßen (Autobahnmautgesetz) ein. Während der Plenardebatte äußerte sich die Landesregierung dazu nicht.

Ich frage die Landesregierung: Welche Meinung vertritt die

Landesregierung zur Frage einer möglichen Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr für den Schwerlastverkehr auf Bundesfernstraßen?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer**

Die Landesregierung steht der Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr für schwere LKWs auf Bundesautobahnen grundsätzlich positiv gegenüber. Sie hat deshalb auf der Sitzung des Bundesrates am 27. September 2001 einem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung mit einigen Änderungsanträgen zugestimmt (vgl. Bundesratsdrucksache 643/01 - Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen).

#### **Korrektur des Protokolls der 43. Plenarsitzung des Landtages Brandenburg am 24. Oktober 2001**

Die in der Anlage des Protokolls der 43. Plenarsitzung am 24. Oktober 2001 zu TOP 16 verzeichneten Beschlüsse sind folgendermaßen zu komplettieren:

#### **Zum TOP 16:**

##### **Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses 3/2**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 43. Sitzung am 24. Oktober 2001 für die Fraktion der PDS

Herrn Abgeordneten Heinz Vietze und  
Herrn Abgeordneten Klaus-Jürgen Warnick

als Mitglieder sowie

Herrn Abgeordneten Ralf Christoffers und  
Herrn Abgeordneten Stefan Ludwig

als stellvertretende Mitglieder

des Untersuchungsausschusses 3/2 zur Aufklärung der Verantwortung der Landesregierung und der Landesvertreter in den Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten sowie der Geschäftsführer für den bisherigen Verlauf 1991 bis 2001 der Entwicklung a) der Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg (LEG) und b) der LEG-Gruppe, ihrer Töchter und Beteiligungen gewählt.